

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren:
 beträgt für die sechsgepatente Kolonettzeitung oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereine und Veranlassungen 30 Pf., für „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf., für das erste Wort frei. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.

Freitag, den 13. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 5121.

Die Reichstagsarbeit.

Das Arbeitspensum, das der Reichstag in seiner letzten Tagung seit dem 26. November 1901 bewältigt hat, ist kein geringes. Die Staatsberatung, die sonst schon vor Weihnachten vorgenommen zu werden pflegt, begann erst im Januar, da die erste Lesung des Zolltarif-Gesetzes die Zeit vor Weihnachten voll in Anspruch nahm.

Aus der ersten Staatsberatung ragen als wichtigste parlamentarische Vorkommnisse hervor: die patriotischen Entlastungsversuche wider Chamberlain, die Besprechung der Dreibundspolitik, die wirtschaftliche Krise, die Spahn-Prozessur in Straßburg, die Wegnahme astronomischer Instrumente aus Peking und die endgültige socialdemokratische Abrechnung über den China-Feldzug in Verbindung mit der Sonnenbrief-Affaire. Bei der zweiten Staatsberatung gestaltete sich, wie alljährlich, diejenige des Etats des Reichsamts des Innern am eingehendsten. Noch einmal kam die 12000 Mark-Affaire zur Besprechung, daneben die zahlreichen Materien, die in das Gebiet der Reichs-Socialpolitik gehören: Maximalarbeitszeit, Fabrikinspektorat, Frauen- und Kinderarbeit, Nachtarbeit, Koalitionsrecht, Unfallversicherung, internationales Arbeitsamt in Basel, die Zustände in den öffentlichen und privaten Krankenhäusern, Tuberkulosebekämpfung und eine Anzahl anderer wichtiger Fragen, die in der öffentlichen Diskussion eine Rolle gespielt hatten. Beim Etat des Reichs-Marineamts führte der Zirkus-Erlaß vom 6. Januar 1902, der scharf die Doppelzüngigkeit der Regierung bei der parlamentarischen Durchpeitschung der letzten Marinevorlage zeigte, zu einer bösen moralischen Niederlage des Marineministers, welche alles Gezeiter der Rechten über den angeblichen Erlaßdiebstahl des „Vorwärts“ nicht zu bessern vermochte.

Während der Etat des Reichs-Schatzamts mit Ausnahme der Frage der Judensteuer-Gesetzgebung in diesem Jahre wenig Anlaß zu großen Debatten bot, wurde der Etat des Reichs-Justizamts desto lebhafter besprochen. Die Gärten und die Verfolgungssucht der Strafsjustiz, wie sie sich im Falle Bredendick Dortmund wieder so scharf zeigten, das Zeugniszwangsverfahren wider Redacteurs, die Entschädigung unfaulbig Verurteilter, wie andererseits die Energielosigkeit der Strafsjustiz gegenüber dem Duellunfug usw. kamen zur Sprache, wobei sich, wie in jedem Jahre, so auch diesmal wieder zeigte, daß unter dem gegenwärtigen Staatssekretär Niederbald die Reichs-Justiz keine Fortschritte machen wird. Ueberall Stillstand und Rückschritt. Die Beratung des Postetats brachte die Beschwerden über die mangelhafte Bezahlung der Unterbeamten sowie die vielen Wünsche über Neuerungen und Verbesserungen im Postwesen.

Die Beratung des Militäretats nahm in dieser Tagung weniger lange als sonst der Reichstag in Anspruch, doch gestalteten sich die Debatten durch die Kritik der Soldatenmishandlungen, des Duellunfugs im Heere, des Krotzigprozesses und durch das parlamentarische Fiasko des schneidigen Komens sehr lebhaft. Die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes brachte noch einmal eine ausgedehnte Chinadebatte durch unsere Forderung der Rückgabe der Peking astronomischen Instrumente, welche der Reichskanzler mit dem viel belächelten Einwand ablehnte, es werde dies „die Gefühle der Kaiserin-Lante von China verletzen“. Ferner wurde von socialdemokratischer Seite die Stellung der Regierung gegenüber dem Voerentrieg und der vielfache Bruch der Haager Verträge kritisiert.

Unter den Gesetzentwürfen, die der Reichstag durchzubraten hatte, wurde gleich in der ersten Sitzung das Gesetz betreffend die Abänderung der Strandungsordnung nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Längere Zeit nahm die Erledigung der Seemanns-Ordnung und der mit ihr zusammenhängenden Gesetze in Anspruch, bei deren Beratung unsere Fraktion eine eifrige Tätigkeit zur Verbesserung der rechtlichen und sozialen Lage der seemannischen Arbeiterschaft entwickelte. Das angenommene Gesetz bedeutet denn auch eine gewisse Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande; aber einige der wichtigsten Forderungen der Seeleute blieben unerfüllt.

Die Branntweinsteuer-Novelle, welche in jener Kommission des vorigen Jahres durch die Konstatierung der Beschlusunfähigkeit vorläufig begraben worden war, kehrte in Form eines Kompromißantrages zwischen dem Centrum, der Rechten und einigen Vertretern der Nationalliberalen wieder. Sie kam zunächst an eine Kommission und wurde am letzten Sitzungstage in der Schlussabstimmung angenommen, nachdem zuvor die Judensteuer-Novelle und das Sacharinsgesetz angenommen worden waren.

Ferner gelangte zur Annahme ein Gesetzentwurf betreffend die Kontrolle im Reichshaushalte, ein Gesetzentwurf zum Schutze des Kaiser Neutralitätszeichens (rotes Kreuz), die aus voriger Tagung noch rückständige Schaumweinsteuer, das Gesetz betreffend den Gebührentarif für den Nord-Ostsee-Kanal, das Gesetz betreffend die geschäftliche Behandlung des Entwurfes eines Zolltarifes (Diätengesetz), das Gesetz betreffend die Abänderung des § 7 der Strafprozess-Ordnung (fliegender Gerichtsstand der Presse), das Gesetz betreffend den Servistarif, Gesetz betreffend Militärdienstleistungen von

Reichsangehörigen im Auslande, das Staaten-Uebereinkommen betreffend den Schutz der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel und der Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Diktatur-Paragraphe in Elsass-Vothringen.

Unerledigt blieb die größte Vorlage, die den Reichstag in der verflochtenen Tagung beschäftigte: der Zolltarif. Obwohl erst dem Reichstag gleich nach seinem Wiederzusammentreten in den ersten Dezembertagen des vorigen Jahres vorgelegt wurde und die Regierung, gleich den Zollwucherern, sich die größte Mühe gab, wurde die anfänglich geplante Durchpeitschungsabsicht alljährlich zu scheitern. Nicht weniger als neun Sitzungen nahm allein die erste Lesung in Anspruch, und nachdem dann das Tarifgesetz an die Kommission kam, erwies es sich als ein solches Paragrafenungeheuer, daß die Kommission den Sommer durch tagen muß und sich heute noch nicht absehen läßt, wann diese Beratungen beendet sein werden.

Unerledigt blieb auch noch der Gesetzentwurf betreffend die Regelung der Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, welchen der Reichstag im nächsten Winter verabschiedet wird.

Neben diesen Beratungsgegenständen hat sich der Reichstag noch mit einer Menge anderer Materien zu befassen gehabt. Es waren dies Initiativanträge, Interpellationen, Wahlprüfungen, Petitionen. Infolge der Vepackung mit der Zollvorlage kamen die Initiativanträge der Parteien sehr schlecht weg. Es wurde ein Initiativantrag Bassermann, Erleichterung kaufmännischer Schiedsgerichte, einer Kommission überwiesen, ein Initiativantrag Ricker-Gröber, Aenderung des Wahlgesetzes, von den Junkern wegen der Einführung eines besonderen Raumes zum Convertieren des Stimmzettels, höhnisch „Klosettgesetz“ genannt, angenommen. Ein Centrums-Initiativantrag betr. die Freiheit der Religionsübung, der sog. Toleranzantrag, wurde ebenfalls, nach vorheriger Bearbeitung durch eine Kommission, angenommen.

Die Interpellationen, welche von den verschiedenen Fraktionen eingebracht waren, betrafen folgende Gegenstände: zunächst eine Interpellation der Nationalliberalen Bassermann und Genossen bezüglich des Insterburger Duells zwischen den Lientenants Blaschewitz und Hilbrand; eine Interpellation der Polen Niazowski und Genossen über die Breschener Vorgänge; eine Interpellation der Abgeordneten Arendt und Genossen (Reichspartei) betreffend Reichsfürsorge für die Kriegsteilnehmer; eine Interpellation Graf Oriola (nationalliberal) betreffend die Reform der Militärpensions-Gesetzgebung; eine Interpellation der Socialdemokratie betreffend die Arbeitslosigkeit und den durch die Krise hervorgerufenen Noistand, eine Interpellation des Centrums: Aufhebung des Jesuiten-gesetzes; eine weitere Interpellation der Socialdemokratie betreffend den Versuch der Deuthener Anklagebehörde, den Deuthener Arbeitersekretär als Winkelkonsulenten zu behandeln.

Die Wahlprüfungen, mit denen sich der Reichstag zu beschäftigen hatte, betrafen die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Volz-Saarbrücken, welche kassiert, die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Eieg-Brandenburg, über welche Erhebungen angeestellt, und die Wahl des freisinnigen Abgeordneten Hähnel-Kiel, welche genehmigt wurde. Das Mandat des an Stimmens Stelle gewählten nationalliberalen Abgeordneten Priege wäre in dieser Tagung sicher ebenfalls für ungültig erklärt worden, wenn nicht die Nationalliberalen sich die Beschlusunfähigkeit des Hauses zu Nutzen gemacht hätten, um neue Erhebungen zu beantragen und so die Entscheidung vorläufig noch hinauszuschieben.

Mit zahlreichen Petitionen, die die verschiedensten reichsgesetzlichen Materien betrafen, hat sich der Reichstag in mehreren Plenarsitzungen beschäftigt.

Zu ganzen hat der Reichstag in dieser Tagung, seit dem 26. November, 96 Plenarsitzungen abgehalten. Am 26. November fand die 97. statt, während die gestrige letzte Sitzung vor den Ferien die 192. war. Damit ist die zweite Session der 10. Legislaturperiode nur unterbrochen, um im nächsten Frühjahr ihren Schluß zu finden und damit zugleich das Ende dieses Reichstags zu bringen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Juni.

Die Polenvorlage im Herrenhause.

Bei den „Herren“ der preussischen Gesetzgebung ging es am Donnerstag hoch her. Die Auseinandersetzung über die Polenvorlage hatte alle die Fürsten, Grafen, Freiherren bis „herab“ zu den Oberbürgermeistern, Professoren und Bankiers in großer Zahl ins Haus gelockt. Es herrschte eine angeregte Stimmung. Man plauderte gruppenweise: verwirrte Braudleigens, wackes neben äußerst jugendlich aussehendem Blandus, von dem man mitunter zweifeln konnte, ob es bereits mit Erfolg geimpft, gebräunte derbe Landjunker mit lahl geschorenen oder lahl gelebten Köpfen, breiten Rücken und den dicken durch die Siebstragen wampfenartig abgedünnten Hüften; ein paar Uniformen, geradenwegs aus dem „Simplicissimus“ entspringen; die Emporkömmlinge des Industrie-

staates, wie Herr Krupp; die Kommunalbureaucraten, z. B. der rostige Herr Richter und der — lang ist's her — rote Becker von Köln; Professoren von der interesselosen Physiognomie des Herrn Schmöller; und endlich die vielen lieben, meist schon vergessenen Erscheinungen ehemaliger Minister — man ist erfreut, sie hier wiederzusehen, die Herren v. Bötticher, Lucius u. a.; das Herrenhaus ist das Spittel invalid gewordener Minister, die ja neuerdings außerordentlich zahlreich von Betriebsunfällen heimgeführt werden.

Der Anfang der Sitzung verzögert sich ungebührlich. Warum? Hat Graf Bälow, der reden will, sein Citatenlexikon verlegt? Endlich marschirt der Ministerpräsident mit den Seinen auf; die ganze in Preußen regierende Herrlichkeit ist vollständig beisammen. Die ministeriellen Herren sind durchweg sehr aufgedaut, wie nach einem soliden Frühstück. Aber es spiegelt sich eben nur die stille Wärme der ausgekühlten Weltlage in ihren Mienen. Nur Herr v. Thielen sieht wirklich ruhebedürftig aus; bei ihm sind die Gesundheitsrückichten sicher nicht eingebildet.

Herr v. Koscielski ist der erste Redner. Mit einem anspielenden Scherz beginnt er: „Die großen Vorgesätze, hier als Execler zu sprechen, verdanke ich wohl dem Umstande, daß das Karnikel immer anfängt.“ Der arme Hopsale „Admiralst“, der vor zehn Jahren so eifrig für Deutschlands Seeregierung wirkte, ist derweilen ziemlich grau geworden. Er würde sich aber in seiner ein wenig affektierten Eleganz immer noch sehr preuzlich und sehr germanisch am Berliner Hofe ausnehmen, wenn ihn nicht irgend unbetontes Mißgeschick in die Verbannung getrieben hätte. Es fällt ihm offenbar schwer und er giebt sich große Mühe, rauh und kräftig zu reden. Er spricht sehr langsam, pointiert und überschüttet die Polenpolitik mit spizigen Sarkasmen — alles nicht ohne Ernst und Würde. Er schließt mit dem schärfsten Worte: der preussische Rechtsstaat — ein Märchen.

Graf Bälow antwortete. Er wiederholte seine hinlänglich bekannte Wacht-an-der-Weichsel-Rede, mit dem künstlichen Pathos eines zu fetterlicher Schneidigkeit verurteilten Kriegervereins-Vorsitzenden, der eigentlich ein gutmütiger jovialer Herr ist. Der Ministerpräsident fand Gelegenheit, ein viertel Duzend fremdsprachiger Citate anzubringen und versicherte im Uebigen, daß er und seine Nachfolger müthig die polnische Gefahr abwehren und dafür sorgen würden, daß die Provinzen Posen und Westpreußen von Preußen nicht losgerissen würden.

Die eigentliche politische Programmrede der Regierung aber hielt der deutsch-nationale Oberbürgermeister von Posen, Herr Witting, dessen Ausführungen sich von den Bälowschen Allgemeinheiten dadurch sehr vorteilhaft unterscheiden, daß er nicht nur gute Sachkenntnis hat, sondern auch genau weiß, was er will. Bevor Herr Witting sich germanisierte, hieß er potenziert polnisches Willkommst; er ist der Bruder des noch anderer Richtung sprachlich germanisierten Maximilian Harden. Witting darf wohl als der Urheber der Viertel-Milliarden-Vorlage gelten; sein Mat gilt etwas beim Kaiser. Und jedenfalls macht dieser listige, frische, geschmeidige und selbstbewußte Ankläger des Polentums den Eindruck, daß er sich über seine Zwecke und Ziele in kaufmännischer Mäßigkeit durchaus klar ist. Er vertritt einfach die Geschäftsinteressen des Ostens, Posens insbesondere. Unter der Maske der Zustimmung schlingt er dem Grafen Bälow all seine Argumente mit gut gespielter Hartnackigkeit ans der Hand. Großpolnische Gefahr, Verstärkung von Preußen, rabiate polnische Presse? — Lächerlich! Eine so gewaltig aufstrebende Bourgeoisie, wie die polnische, denkt nicht an Polische. Die Koscielskis als Hochverräter — tomische Einbildung! Die heutige polnische Bewegung ist überhaupt nicht aristokratisch-lexikaler Art, sondern demokratisch-radikal. Das polnische Volkstum dringt mit der Gewalt einer Naturerscheinung vorwärts. So belehrt Herr Witting den Kanzler. Dennoch nimmt Herr Witting mit Freuden die Viertel-Milliarde entgegen. Scheinbar ein unlösbarer Widerspruch! Glaubt Herr Witting mit 250 Millionen eine Naturerscheinung überwäligen zu können? Dazu scheint der Herr zu lug und klar. Er erstrebt ganz etwas anderes. Vermuthlich ist ihm der „nationale Kampf“ nur ein Vorwand. Er will Geld aus dem reichen Westen nach dem armen Osten leiten. Die Viertelmilliarde soll den dürren Boden besuchten. Und mit dieser einen Subvention ist es nicht geihan. Es muß noch viel mehr Geld in den Osten gesteckt werden. Die kleinste Landstadt muß ihre Garnison erhalten, Eisenbahnen müssen gebaut werden, Theater, Akademien usw. von Staatswegen errichtet werden. Kurz, der Osten soll nicht sowohl germanisiert, sondern kapitalistisch entwickelt, industrialisiert werden. Das ist im Grunde die „nationale Politik“ des Herrn Witting, der nicht nach deutscher, sondern nach kapitalistischer Kultur drängt. Freilich sagt er das als gemachter Geschäftsmann nicht so gerade heraus, sondern paßt sich vielmehr der antipolnischen Mode an. Er vermutet z. B., daß die wirtschaftliche Hebung des Polentums aus auswärtigen Quellen gelteht wird, und er erzählt mit tüchtig patriotischer Entzückung, daß die polnische Gentry nur einmal im Jahre Gelder für allgemeine Wohlfühligkeitszwecke hergeben, an Kaisers Geburtstag schicken die Polen ihm regelmäßig 50 Mr. als Ablösung für die Reichs-Illuminierung ihres „Bazar“.

Die weitere Debatte war belanglos. Der Herrliche Herr v. Droste-Bischoffing erhob schwächlich Einspruch gegen das „Ausnahmengesetz“. Auch der Schwager Wilhelm II., Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, schien mit der schneidigen Germanisierungspolitik nicht recht zufrieden. Der Herr Bischoff sah die polnische Gefahr darin, daß die deutschen Ansiedler schließlich doch Polinnen heiraten. Es kann eben nicht jeder in das — lastillanisch-ungarische Geschlecht derer von Hops hineinheiraten.

Die Vorlage wurde an eine Kommission verwiesen. —

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Donnerstag in dritter Lesung die Lex Adickes und in zweiter Lesung das Ausführungsgesetz zum Unfallfürsorge-Gesetz für Gefangene unter Wiederherstellung der Regierungsvorlage an. Im übrigen beschäftigte sich das Haus nur mit Petitionen, darunter solche betreffend die Sanpolizei-Verordnung für die Berliner Vororte. Die Petitionen, die auf Erleichterungen hinsichtlich der landwirthschaftlichen Bedienung abzielten, wurden teils durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, teils wurden sie der Regierung als Material oder zur Berücksichtigung überwiesen.

Am Freitag steht das Ausführungsgesetz zum Fleischbeschau-Gesetz in zweiter Lesung zur Beratung.

Richtigstellung der Handelsverträge seitens Oesterreich-Ungarns.

Aus Wien wird uns berichtet: Nach einem ungewissen Artikel des „Pester Lloyd“ scheint es ganz sicher zu sein, daß Oesterreich-Ungarn die Initiative zur Kündigung der internationalen Handelsverträge nicht ergreifen wird. Zwischen Oesterreich und Ungarn steht nach dem ungarischen Ausgleichsgesetz vom Jahre 1869 die Sachlage so, daß jeder der Staaten das Recht hat, die Kündigung der Verträge in der Weise zu verlangen, daß er diese Absicht sechs Monate vor dem Kündigungsstermin dem andern Teil kundgibt. Kommt eine Vereinbarung nicht zu stande, so ist der Vertrag, sobald dies auch nur der eine Teil wünscht, durch den Minister des Aeußern zu kündigen. Oesterreich und Ungarn müßten sich also bis Ende dieses Monats entscheiden, ob sie die Kündigung der Verträge verlangen sollen oder nicht.

Wie die Dinge stehen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß weder Oesterreich noch Ungarn eine Kündigung anregen wird. Von den Erwägungen der allgemeinen handelspolitischen Lage ganz abgesehen, wäre die Kündigung für Oesterreich-Ungarn schon deshalb ein wahres va banque-Spiel, weil bisher die Voraussetzungen für den Abschluß neuer internationaler Handelsverträge fehlt — der neue Zolltarif, der zu stande kommen muß, wenn neue Verträge abgeschlossen werden sollen, und das Zoll- und Handelsbündnis zwischen den beiden Staaten des Dualismus, ohne das Verträge über die durch den ostrotrierten Ausgleich festgesetzte Frist, nämlich über das Jahr 1907 hinaus, überhaupt nicht geschlossen werden können. Da sich aber kein Staat auf dreijährige Verträge verlassen wird, so könnte höchstens Oesterreich die Kündigung verlangen — um dadurch Ungarn zur Rachegeiligkeit zu zwingen, auf den widerwärtigen Compagnon einen Druck auszuüben. Aber zu so kühnen zweischneidigen Mitteln ist Herr v. Koerber durchaus nicht ungenügend Mann. Es wird also so kommen, wie es an dieser Stelle schon vor längerer Zeit angekündigt worden ist: daß Oesterreich-Ungarn bereit sein wird, die Geltung seiner Handelsverträge stillschweigend zu verlängern.

Deutsches Reich.

Die Generalprobe.

Der Verlauf und der Ausgang des „Judenkonflikts“ ist eine ernste Mahnung, die Gefahren des Zolltarifstempes nicht zu unterschätzen.

Allerdings die ewig blinden Liberalen und Freisinnigen jubeln über eine Niederlage der Agrarier. Diese Niederlage besteht darin, daß es den Agrariern fast ohne Miße gelungen ist, die Konkurrenz des Saccharins zu erdroffeln. Diese Niederlage besteht darin, daß ihnen der höchste zulässige Zuderzoll bewilligt worden ist. Unsere Freisinnigen sind glücklich so weit herabgekommen, daß ihnen als eine Niederlage erscheint, daß die Agrarier nicht alles durchsetzen konnten. So sehr hat sich die agrarische Taktik des Schreiens und Heberforderns bewährt! Die Freisinnigen halten es schon für einen Erfolg, wenn die Junker nicht alles erhalten.

Die Gefahr des Zolltarifs besteht, wie wir von Anfang an erklärt haben, nicht in der Heberzöllerei der Hahn und Heim, sondern in dem „diagonalen“ Zollwucher der Regierungsvorlage. Und nichts wäre verfehlter, als darauf zu rechnen, daß die Vorlage an dem anscheinend unlöslichen Konflikt zwischen der Regierung und den Heberzöllern scheitert. Zwar erklärt die Regierung die Zollforderungen der konservativ-meritokratischen Mehrheit für eben so unannehmbar, wie diese die Regierungsvorlage. Aber gerade der letzte Tag des Reichstags hat gezeigt, mit welcher verblüffender Strupplosigkeit und Schemeligkeit das Centrum bereit ist unzulässig, wenn es sieht, daß das „Unannehmbar“ der Regierung wirklich ernst gemeint ist. Geht aber das Centrum auf die Regierungsvorlage zurück, so bildet es mit den Nationalliberalen schon einen stattlichen Kräftigkeitsbündel für eine Mehrheit zu Gunsten des „mahvolken“ Zollwuchers.

Die Gefahr aber, daß sich diese große Minderheit thatsächlich zu einer Mehrheit für die Regierungsvorlage entwickelt, ist dadurch äußerst verschärft worden, weil es sich herausgestellt hat, daß nun auch die Freisinnigen in der Zollfrage durchaus unzuverlässig geworden sind. Die Freisinnigen denken jetzt thatsächlich an Regierungsfähigkeit, und daraus erklärt sich vielleicht auch ihre merkwürdige Zurückhaltung in der Zollkommission.

Ihr Verhalten bei der Zundersteuer hat gezeigt, wie der Wind weht. Sie haben es verhindert, daß die Steuer auf 12 M. herabgesetzt wird — und zwar nur aus dem Grunde, um der Regierung gefällig zu sein. Herr Richter hat zur Entschuldigung für dieses merkwürdige Vorgehen am Mittwoch wie ein regierender Centrumsführer gesprochen. Und die „Freisinnige Zeitung“ springt ihm heute mit folgender Argumentation bei:

„Daß die Reichsregierung, die nur die Herabsetzung auf 16 M. wollte und eine Ermäßigung auf 12 M. abzulehnen entschlossen war, sich auf den Mittelweg drängen ließ und die 14 M. Steuer annahm, ist wesentlich ein Verdienst der freisinnigen Partei. Denn hätte sie diesen Vermittlungsantrag nicht gestellt und befürwortet, so wäre auch der 16 M. Satz durchgegangen. Die Linke wird also ihr Verhalten unschwer verantworten können. Forderungen zu vertreten, die gänzlich ansichtslos sind oder auf das Gute verzichten um des vermeintlich Besseren willen, kann die berechnete Eigennützigkeit des Herrn Singer und seiner Freunde bleiben.“

Der Freisinn ist bereits so regierungsfähig, daß seine Organe wie — Schweinburg bei der Wahrheit bleiben. Die Darstellung der „Post“ ist bewußte Verdrehung. Die Forderung der 12 Mark-Steuer war weder aussichtslos, noch bedeutete sie einen Verzicht auf das Gute um des Besseren willen. Für die 12 Mark-Steuer, an der alle Parteien gleichmäßig interessiert waren, hätte sich mit den Freisinnigen eine Mehrheit gefunden, und die Regierung hätte diesen Beschluß unzweifelhaft ratifiziert. Der Freisinn aber hat das Gute vereitelt um des Schlechteren willen — als Regierungspartei.

Wer trägt uns dafür, daß die Freisinnigen nun mit denselben Gründen nicht auch für den Zolltarif der Regierung eintreten werden? Sie werden uns darlegen, daß es gelte, die handelsvertragsfeindlichen Intriguen der Agrarier abzuwehren. Sie werden uns beweisen, daß die Regierung den 5,50 Mark-Zoll auf Roggen dränge, weil sie sonst mit Bier- und Tabaksteuern kommen müßte. Sie werden uns belehren, daß man nicht die „gute“ Regierungsvorlage scheitern lassen dürfe, um der allerdings besseren Zoll-

ermäßigungen willen. So werden sie mit Centrum und Nationalliberalen der Regierungsvorlage gegen Konservative und Socialdemokraten eine Mehrheit zusammenbringen und dann sich noch hinsetzen und juben — über die Niederlage der Agrarier!

Der Juckerstreit ist so eine höchst aufklärerische Generalprobe für den Zolltarif geworden. Die Agrarier organisieren ihre Siege dadurch, daß sie sich von den Freisinnigen und der Regierung „Niederlagen“ zufügen lassen. Und wir wissen jetzt, daß wir im Kampfe gegen die Zollpolitik der agrarischen Regierung ganz allein auf uns selbst angewiesen sind.

Ein sanberes Plänchen.

Die Leute des Zollwuchers verfallen in ihrer Furcht vor der seitens der Zollopposition geforderten gründlichen Beratung auf die tollsten Pläne. Eine im Berliner Tageblatt wiederergebene Korrespondenz verbreitet die Ansicht, es gehe die Session des Reichstags nicht mit dem 14. Juni 1908, sondern erst mit dem 5. Dezember 1908 (fünf Jahre nach der ersten Einberufung des Reichstags in der Legislaturperiode) zu Ende. Diese Ansicht, durch die für die Verabschiedung des Zolltarifs Monate gewonnen würden, werde auch von „mahgebender“ Seite aus vertreten.

Wäre diese Auffassung richtig, so würde die Zollopposition einige Monate mehr der gründlichen Beratung des zweischneidigen Zolltarifs zu widmen in der Lage sein. Aber nach dem klaren Wortlaut der Verfassung endet die Legislaturperiode mit Ablauf des 14. Juni, ein Tag darüber hinaus wäre ein Verfassungsbruch. Einmal, während des Krieges 1870/71, ist die Legislaturperiode des Reichstags durch ein ausdrückliches, die Verfassung vorübergehend änderndes Gesetz vom 21. Juli 1870 über den Tag der Wahl hinaus für die Dauer des Krieges verlängert. Wenn jetzt versucht wird, mit Rücksicht auf Zeitgewinnung für die Zolltarif-Verhandlungen des Reichstags die Verfassungsbestimmung fortzudisputieren, so ist es gut, daß die tariffeindlichen Parteien auf dies sanbere Plänchen eines kleinen Verfassungsbruchszeitig aufmerksam gemacht werden. Gelingen wird dieser reaktionäre Plan nicht. Wer ist übrigens die „mahgebende“ Seite, die sich für die Zulässigkeit eines Verfassungsbruchs ausgesprochen haben soll?

Der Bundesrat erteilte in seiner Sitzung am Donnerstag dem Beschlusse des Reichstags zu dem Gesetzentwurf betreffend die geschäftliche Behandlung des Zolltarif-Gesetzentwurfes (Zollkommissions-Diktat) seine Zustimmung. Die Beschlüsse des Reichstags zu dem von den Abg. Kieber und Genossen vorgelegten Gesetzentwurf betreffend die Freiheit der Religionsübung (Toleranzgesetz) wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Bundesrat beifolgt ferner, dem Gesetzentwurf wegen Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des Statthalters in Elßaß-Lothringen zur allerhöchsten Vollziehung vorzulegen, und erteilte dem Ansuchen um die Vorlage betreffend die Ausführungsbestimmungen zum Schaumweinsteuer-Gesetz, sowie den Ausschlußberichten zu dem Entwurf einer Bestimmung über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Geshelräumen und dergleichen die Zustimmung.

Die preussische Wasserbauverwaltung. In dem von uns mitgeteilten Bericht, daß eine Trennung der Wasserbauverwaltung vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten und Vereinigung mit dem Landwirtschaftsministerium geplant werde, sagt jetzt offiziell die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Diese Gerüchte haben nur insoweit eine thatsächliche Unterlage, als seit geraumer Zeit Verhandlungen über die Zusammenfassung der verschiedenen Zweige der Wasserbauverwaltung in eine Centralstelle schweben. Das Ergebnis dieser Erwägungen läßt sich noch nicht absehen. Der Gedanke, die Wasserbauverwaltung dem landwirtschaftlichen Ministerium zu unterstellen, hat aber dabei nicht im Vordergrund gestanden.“ Die Möglichkeit dieser unzulässigen Vereinigung scheint danach doch zu bestehen.

Finanzrat Lehmann, Unterstaatssekretär im Finanzministerium, ist am Mittwochabend gestorben. Derselbe wurde soeben noch als künftiger Nachfolger des Ministers v. Thielen bezeichnet.

Eine Flucht aus der Öffentlichkeit. Aus Baden wird uns vom 11. Juni geschrieben: Eine sonderbare Meldung hat unser Staatsminister v. Frauer, dem auch das Eisenbahnenwesen untersteht, in die parlamentarischen Geystlochen des Landes eingeführt: er verließ gestern während der Beratung der zweiten Kammer über das Eisenbahnbudget in demonstrativer Weise den Sitzungssaal, als der freisinnige Eisenbahner-Rechtsanwalt Fröhlich zu einer längeren Rede das Wort ergriff, und erwichen erst wieder, nachdem dieser geendet hatte. Es ist eine prächtige Ironie des Schicksals, daß es gerade einer der bekanntesten Karlsruheer Jubiläums-Abgeordneten sein mußte, der dem Leiter des großherzoglichen Ministeriums so wenig Achtung einflößt, daß er seine Reden im Landtag nicht mehr anhören kann. Damals, als es in der Residenz die Socialdemokratie zu verdrängen galt, konnte seitens der „Staats-erhaltenden“ nicht oft und eindringlich genug betont werden, daß die Landeshauptstadt in der Zeit des Regierungsjubiläums des Landesfürsten eine ihrer würdigen Vertretung in der Kammer haben müsse, und die Herren Ding, Goldschmit und Fröhlich wurden als solche bezeichnet. Heute ist es bereits so weit, daß einer dieser „Würdigen“ nicht mehr wert ist, von dem ersten Minister des Landes angehört zu werden. Herr Fröhlich's Rede war übrigens zweifellos die beste, die in der ganzen Eisenbahndebatte gehalten wurde.

Die „Freisinnige Zeitung“ erwiderte in Nr. 135 auf unsere Notiz zum Toleranz-Gesetzentwurf vom 11. Juni, wobei sie den thatsächlichen Sachverhalt meisterlich fälscht und alles auf das rein persönliche Gebiet hinüberzieht.

Sie verfährt dabei genau ebenso, wie der Abg. Richter-Hagen immer zu verfahren pflegt, wenn er, am Ende seiner Argumente angelangt, nichts Sachliches mehr zu sagen weiß: Der Gegner ist dann völlig bedeutungslos, nur die eigene Kolossalgröße erstirbt in ungeahnter Glorie. In unigen Zusammenhang damit erfolgt nunmehr der Kündigung auf das weigere Richter'sche Terrain, auf das der persönlichen Indelivien und vollendeter politischer Körperlei.

Da mag folgen, wer will und kann; wir aber weichen solcher Götterstärke.

Richtigstellung. In der gestrigen Nummer ist durch Versehen die Notiz: „Wirkungen der Wahrscheinlichkeitsdemonstrationen“ unter die Rubrik Deutsches Reich statt unter Schweden gekommen. — Das Versehen hat bereits zu der amüsanten Folge geführt, daß die „Freisinnige Zeitung“ entristet erklärt, ihr sei von einer dergleichen freisinnigen Landesvereinigung nichts bekannt. Die Furcht der „Freisinnigen Zeitung“, daß deutsche Freisinnige den vernünftigen Beschluß gegen den Kommunalcensus gefaßt haben könnten, war also unnötig.

Ausland.

Inr Lage in Südafrika.

Heber fortandauernde Schwierigkeiten in der Kapkolonie wird uns aus London vom 10. Juni geschrieben:

In den letzten Tagen wurden in Kapstadt zwei Reden von Ministern gehalten, die zeigen, daß die alten Konflikte zwischen den Lokalfürsten (Whiten) und Boeren noch lange nicht beseitigt sind. Der Premierminister Sir Gordon Sprigg ist für die Einberufung des Kap-Parlaments und überhaupt für die Wiederaufnahme des Verfassungslebens, während der vor zwei Wochen zurückgetretene Arbeitsminister Dr. Smart, unterstützt von den Lokalfürsten,

für eine weitere Suspension der Verfassung sich ausspricht. Die Forderung der Lokalfürsten bedeutet ohne Zweifel einen Bruch der Verfassung, nach deren Bestimmungen das Parlament nicht länger als zwölf Monate vertagt sein darf. Es sind aber bereits 18 Monate verstrichen, seitdem es nicht mehr zusammengetreten ist. Die Absichten der Lokalfürsten sind klar. Sie wissen, es würde ihnen leichter sein, eine von der Krone angelegte Exekutive zu beeinflussen, als das Parlament gegen die Rebellen zu gewinnen. Die Lokalfürsten wollen die Neuordnung der Dinge gegen die Kap-Holländer ausüben.

Diese Konflikte finden selbstredend einen lebhaften Widerhall in England. Bei der imperialistischen Stimmung, von der die öffentliche Meinung hier beherrscht wird, stellen sich die meisten auf Seiten der Lokalfürsten. England, die Geburtsstätte des Verfassungslebens, sagt jetzt: Nieder mit der Verfassung, es lebe das Empire! Die Times plädieren sogar für eine Suspension des Kap-Parlaments bis zur Federation Südafrikas, damit die Kap-Holländer in dieser wichtigen Frage ganz mundtot gemacht werden. Jedoch ist zu erwarten, daß die Freen und die englischen Liberalen sich der Kap-Holländer annehmen und die Rechte der unterdrückten Klasse verteidigen werden.

Die Friedensresolution der Boeren.

Eine Depesche des „Standard“ aus Durban vom 10. d. meldet: Schalk Burger hat den Wählern den Wortlaut der Resolution mitgeteilt, welche die in Vereeniging versammelten Boeren am 31. Mai angenommen haben. Die Resolution spricht das Bedauern darüber aus, daß die englischen Bedingungen genau wie sie sind, angenommen oder abgelehnt werden müßten und beklagt ferner, daß England ein Unterhandeln auf der Grundlage der Unabhängigkeit oder die Erlaubnis, mit den Boerenvertretern in Europa in Verbindung zu treten, verweigert habe. Sodann bemerkt die Erklärung, es bestehe kein angemessener Grund mehr für die Erwartung, daß die Witterung des Krieges die Unabhängigkeit sichern werde, und keine Verächtigung mehr für die Verlängerung der Feindseligkeiten. Die Resolution spricht daher die Annahme der gestellten Bedingungen und die Zustimmung aus, daß die Lage sich bald bessern und die Bevölkerung in den vollen Genuß der Rechte treten werde, auf welche sie Anspruch habe.

Kapstadt, 11. Juni. General Lyttelton hat sich von Natal nach Transvaal begeben, um an Stelle Richters den militärischen Oberbefehl über ganz Südafrika zu übernehmen.

Es ist eine Proklamation an die Kapboeren erschienen, in der erklärt wird, daß die im Friedensvertrag festgestellten Bedingungen betreffs der Aufständigen bis zum 10. Juli Geltung haben sollen. Aufständige, die sich bis dahin nicht ergeben haben, sollen aufs strengste bestraft werden.

Oesterreich-Ungarn.

Das neue Prehgesetz.

Wien, 11. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Bei Einbringung des neuen Prehgesetzes führte Ministerpräsident Dr. v. Koerber aus: Die vorläufige Beschlagnahme beschränkt sich nur auf Fälle, in denen es sich um den Schutz des monarchischen Prinzips, der Integrität des Staates, den Saug des Gottesbegriffes, die Sicherheit der Rechtsprechung und der guten Sitte handelt. Die Beschlagnahme erlischt, sofern ihre nicht alsbald ein strafgerichtliches Verfahren gegen die Schuldigen folgt. Ein objektives Verfahren findet nur in dem einzigen Falle statt, in dem keine verantwortliche Person für das Prehbesitz heranzuziehen ist. Berichte über Verhandlungen gesetzlicher Vertretungskörper sind immunität, doch haben die Vertretungen das Recht, gewisse Mitteilungen aus beschlaggenommenen Druckschriften von dieser Unverantwortlichkeit auszufreien. Der Entwurf entzieht alle Privat- sowie gewisse Ehrenbeleidigungs-Klagen an öffentlicher Personen der Kompetenz der Schwurgerichte und setzt für Ehrenbeleidigungen sowie für die Verächtlichmachung von öffentlichen Anstellungen obligatorisch Arreststrafe fest, außer welcher bei besonders erschwerenden Umständen auf Geldstrafe und Schadensersatzpflicht erkannt werden kann. Aus den anderen Bestimmungen des Entwurfs ist hervorzuhellen, daß der Entwurf die Zeitungspolportage freigeht und die Ausgabe von Extrablättern von der Verpflichtung zur vorherigen Anzeige befreit.

Der Ministerpräsident schloß, die Regierung habe durch Einbringung des Entwurfs neuerdings das Bestreben bekundet, dem Hause Gelegenheit zu fruchtbringender Arbeit zu bieten; es stehe bei dem Hause, diese Arbeit wirklich zu vollbringen, die Regierung habe ihre Pflicht getan. Im Laufe der Sitzung wurden zehn neue Dringlichkeitsanträge eingebracht, einer von den Abgeordneten, einer von den Radikal-Gehehen, acht von Jung-Gehehen, darunter ein Antrag betreffend Einsetzung eines Ausschusses zur Ausarbeitung einer Verfassungsreform, ferner ein Antrag, worin die Regierung aufgefordert wird, über den Stand der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn und die Chancen des Abschlusses neuer Handelsverträge baldigst Mitteilung zu machen.

Das neue Prehgesetz lehnt sich stark an das Prehgesetz des Deutschen Reiches. Die Freigabe der Zeitungspolportage und die Freilegung des Konfiskationswesens bedeuten die Erfüllung seit langem dringlichst geäußelter Wünsche der österreichischen Presse. Recht reaktionär dagegen ist die Beschränkung der Kompetenz der Schwurgerichte bei Beleidigungsklagen; die österreichischen Schwurgerichte haben beinahe stets die Verfolgungspflicht der Behörden durch Freisprechung der Zeitungsredacteure blankiert, das soll jetzt anders werden.

Die internationale Zunderkonvention.

Budapest, 12. Juni. Abgeordnetenhaus. In Beantwortung einer Interpellation erklärte Finanzminister v. Lulacs, er müsse gegenüber von Gerüchten, daß die Delegierten Deutschlands auf der Brüssel-Zunderkonferenz die ungarischen Delegierten nicht loyal unterstützen hätten, erklären, daß dies grundlos sei. Nach der Ansicht des Ministers wäre eine inoffizielle Herabsetzung des Eingangszolles wünschenswert gewesen, doch sei dieser Vorschlag, den Deutschland unterstützt habe, an dem Widerstande anderer Staaten gescheitert. Jedes sei es gelungen, den Zoll von 5 Frank, den England wünschte, auf 6 Frank zu erhöhen. Der Finanzminister kündigte dann die Vorlage eines Gesetzentwurfs auf Abschaffung der Zunderprämien an, in dessen Rahmen Maßregeln betreffend die Lage der Zunderindustrie vorgeschlagen werden sollen.

Frankreich.

Die ministerielle Deklaration. — Socialistische Einigungswünsche. — Millerand.

Paris, 11. Juni. (Fig. Ver.) Der offizielle Text des Ministerprogramms hat so gut wie nichts Neues gebracht. Die ministerielle Deklaration ist, wie das Ministerium selbst, weder radikales Fleisch noch opportunistischer Fisch. Ein vages Zwitterding, voll verschwommener Versprechungen gemäßigt-radikaler Reformen, die fast jedesmal durch vorsichtige Reservierungen noch abgeschwächt werden. Nur eine einzige Reform wird ohne Umstände mit dem nötigen Nachdruck hervorgehoben — die Herabsetzung der militärischen Dienzeit auf zwei Jahre, die gegenwärtig von jedem andren Ministerium ebenso nachdrücklich verprochen werden würde. Die Altersversicherung dagegen, die ebenfalls von allen Parteien mehr oder minder aufrichtig verlangt wird, tritt in der Deklaration schon in den Hintergrund der isolierten „sorgfältigen Prüfung“. Ind wolle die andren Socialreformen („Maßnahmen ökonomischer Natur“) werden erklärt in einem sentimentalen Wortschwall: keine einzige derselben wird bei ihrem ehrlichen konkreten Namen auch nur genannt. Dafür verweist die Deklaration in diesem Zusammenhang ganz klar und ganz überflüssig, an das „Prinzip des Privat-entums“ nicht rühren zu wollen. Nicht viel hat es ferner zu bedeuten, daß die Reform der Militärjustiz in verschwommenen Sätzen versprochen wird.

Nur in zwei Punkten spricht das Ministerium mit ziemlicher Energie über seinen Antiklerikalismus, dessen konkrete Tragweite aber nicht über die bereits besprochenen Halbheiten hinausgeht, und dann ganz besonders über seine Absicht, die der Demokratie „feindlichen Einflüsse“ innerhalb des Beamtenpersonals zu brechen.

Sonst sei noch bemerkt, daß die Steuerreform in die vagen Worte einer „allgemeinen Einkommensteuer“ gekleidet ist, eine Formel, zu welcher Melles Vororgan seinen Segen giebt.

Kurz und gut, die fade Literatur der ministeriellen Deklarationen ist um ein besonders farbloses Dokument bereichert worden. Die neuen Minister, die in ihrer frischgeborenen Herrlichkeit gern ihr Herz vor Zeitungsreportern ausschütten, hatten in einem freundschaftlichen Organ im voraus versichert, die Deklaration werde auf das Parlament einen „großen Eindruck“ machen. Weit gefehlt! Man kann nur sagen, daß niemand enttäuscht wurde, weil niemand etwas Eindrucksvolles erwartet hatte angesichts der gemischten Ministergesellschaft.

Die Frage bleibt nach wie vor offen, ob Koubier den Ministerpräsidenten nebst Belleau oder Combes den „unentbehrlichen“ Finanzminister unterstiegen wird. In der Deklaration weht jedenfalls der verlagene Geist Koubiers. Und wenn bisher energischen ministeriellen Worten schwächliche Taten folgten, so müßte es mit Wunden zu gehen, wenn jetzt verschwommene Worte in energische Taten umgewandelt werden sollten.

Die neue Regierung wendet sich an die alte ministerielle Mehrheit „ohne Unterschied der Schattierungen“, d. h. einschließlich der früheren ministeriellen Sozialisten. Aber, wie Pressensé, Mitglied der jauresischen Kammerfraktion, in der „Aurore“ schreibt, macht sie ihnen eine fremdliche Haltung zu einer „unangenehmen, undankbaren und schwierigen“ Aufgabe. Auch die „Petite République“ zeigt sich in einem Artikel Gérauld-Richards vorläufig ziemlich reserviert. In der Donnerstagssitzung wird Jaures die Haltung seiner Fraktion präzisieren.

Die vier sozialistischen Abgeordneten von Bouche-du-Rhône (Marteille und Ay), darunter drei frühere Mitglieder der jauresischen Fraktion und ein als Guesdist nengegründeter Abgeordneter, G. Baron, haben brüchlich die Einigung der beiden sozialistischen Kammerfraktionen auf dem Wege eines „Verständigungs-Komitees“ beantragt. Die Jauresisten antworteten, „mit Vergnügen ein solches Komitee zu Stande kommen zu sehen“. Die Antwort der blanquistisch-guesdistischen Fraktion ist noch nicht bekannt.

Millerand hat sich von der jauresischen Fraktion als Mitglied aufnehmen lassen. Er machte dabei eine eigene Prinzipien-Erklärung: Er lehnte mit seinen früheren Überzeugungen zurück, wonach alle legalen Aktionsmittel in den Dienst der sozialistischen Ideen zu stellen seien, „in erster Linie“ aber „die Verteilung unserer Partei an der Regierung“, während die „gewalttätigen Methoden, einschließlich des Generalstreiks“, zu verwerfen seien.

Paris, 12. Juni. Das Zivilgericht sprach heute das Urteil in dem Prozeß der Witwe des Obersten Henry gegen Reinach und das Journal „Le Sicle“ wegen Verleumdung. Die Witwe Henry hatte 200 000 Fr. Schadenersatz mit Zinsen verlangt. Das Gericht verurteilte Reinach und „Le Sicle“ zur Zahlung von je 500 Fr. an die Witwe Henry und ihren Sohn. Das Urteil bedeutet mehr eine Verurteilung der klagenden Partei als der Beklagten.

Italien.

Kommunal- und Provinzialwahlen. Zur Zeit finden in Italien die Wahlen zu den kommunalen und Provinzialvertretungen statt; teilweise sind die Wahlen am vergangenen Sonntag vorgenommen worden, teilweise finden sie in den nächsten Wochen statt. In Neapel haben die Provinzialwahlen einen vollständigen Sieg der Kamorra gebracht. Von den alten Kamorristen sind allein 30 wiedergewählt; unter den 27 Neugewählten befinden sich viele Parteifreunde von ihnen. Die Sozialisten sind fast vollständig unterlegen; nur in Vicaria siegte der sozialistische Kandidat Dr. Leone, während Labriola unterlag. Infolge dieses bedauerlichen Resultates, welches zeigt, daß die Kamorra doch immer eine ungeheure Macht ausübt, sieht sich der gewählte Leone veranlaßt, zunächst seine Wähler zu befragen, ob er sein Mandat ausüben solle, und der sozialistische Deputierte für Neapel, Ciccoiti, hat ebenfalls sein Mandat niedergelegt.

In Catania hat der sozialistische Kandidat mit einer Mehrheit von 500 Stimmen über seinen reaktionären Gegner gesiegt.

Mailand, 12. Juni. Die Landarbeiter in der Umgebung von Foggia revoltieren neuerdings. Es haben vielfach Zusammenstöße zwischen Militär und Arbeitern stattgefunden, die zahlreiche Verwundungen und Verhaftungen zur Folge hatten.

England.

London, 12. Juni. Die Liberalen wollen die Ernennung eines Parlamentsausschusses verlangen, welcher beauftragt werden soll, eine Untersuchung über die Art und Weise der Kriegsführung in Südafrika einzuleiten. Die Opposition will die zahlreichen Verfechtungsfälle und die groben militärischen Fehler vom Militärgericht abgeurteilt wissen.

Rußland.

Ein Märtyrer der Unterdrückten.

Petersburg, 12. Juni. Der „Regierungsbote“ meldet: Der Prozeß gegen Sirich Lesch (auch Leder), der den Aufschlag auf den Gouverneur von Wilna, Generalleutnant v. Wahl ausgeübt hat, ist am 28. Mai vor dem Militärbezirksgericht zur Verhandlung gelangt; der Angeklagte wurde zum Tode durch den Strang verurteilt. Ein Kassationsgesuch des Angeklagten ist am 3. Juni verworfen und das Urteil am 10. Juni vollstreckt worden.

Der Hingerichtete ist in die Geschichte des geknechteten russischen Volkes, die ebenso eine Geschichte furchtbarer Leiden wie eine Geschichte des todesmutigen Heroismus ist, für immerdar eingezzeichnet.

Wilna, 12. Juni. Dr. Michailow, welcher bei den Prügelstrafen des Gouverneurs als ärztlicher Sachverständiger fungierte, wurde zur Strafe hierfür von dem revolutionären Komitee in ein Haus gelockt und erhielt dort 50 Stockhiebe. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

Internationale Epikelliga.

Dem „E. L.“ wird aus Rom gemeldet: Von einer aus Paris hier eingetroffenen hohen russischen Persönlichkeit erfahre ich über die in Russland neugegründete anti-revolutionäre Liga interessante Einzelheiten. Die Liga, deren Hauptzweck in der Aufklärung und Verfolgung sozialistischer Elemente besteht, wird in Rom, Genf und London Succursalen begründen. Die Liga verfährt über unbeschränkte Mittel und zählte allein in Russland bereits zwanzigtausend Mitglieder; auch in Frankreich hätten sich zahlreiche Angehörige der besten Gesellschaftskreise der Liga zur Verfügung gestellt.

Partei-Nachrichten.

Die „Leipziger Volkszeitung“ erklärt, daß sie die Anwendung von dem gewissen Bernstein, die sich in einer Polemik gegen die „Dresdener Volkszeitung“ fand, nur ironisch gegen das Dresdener Blatt gebraucht habe.

Totenliste der Partei. In Gnyow (Brandenburg-Westhaveland) ist am Montag unser langjähriger Vertrauensmann, der

Maurer Karl Buchmüller, im Alter von 38 Jahren verstorben. Seit Bestehen der Kreisorganisation bekleidete Buchmüller den Posten des Vertrauensmannes und war eifrigst für die Partei thätig. Seiner Thätigkeit ist es mit zu danken, daß Gnyow mit zu den besten Parteiortern des Kreises zählte und zu den wenigen ländlichen Ortsgemeinden gehörte, welche die Partei regelmäßig durch Geldbeiträge unterstützten. Obwohl er als Socialdemokrat vielfach angefeindet worden ist, hat er doch getreulich standgehalten und ist für die Partei stets ein fleißiger Agitator gewesen.

Protest gegen die russischen Grenz.

Das Internationale Socialistische Bureau zu Brüssel erklärt soeben einen Aufruf an die sozialistischen Parteien aller Länder. In demselben werden die jüngsten Brutalitäten des Zarismus in Wilna, Kiew, Poltawa, Odessa, besonders die Mißhandlung seitens des Gouverneurs von Wahl geschildert. Zum Schluß fordert das Internationale Bureau die Arbeiterparteien aller Länder auf, gegen diese neuen Brutalitäten der russischen Regierung zu protestieren; in welcher Weise das zu geschehen hat, überläßt das Internationale Komitee den Parteigenossen der einzelnen Länder.

Aus Industrie und Handel.

Der Kohlenmarkt sieht noch fortgesetzt unter dem Einruß der ungünstigen Konjunktur. Den Angaben einiger Blätter, daß das Kohlenhandels-Geschäft seine Fortentwicklung herabsetzen werde, wird von informierter Seite widersprochen. Der Ausfuhr des Kohlenhandels, hat vielmehr beschlossen, die Einschränkung in Höhe von 24 Prozent der Forderungs-Versammlung auch für den kommenden Monat zu empfehlen. Der Beschluß würde bedeuten, daß Änderungen in der Gesamtlage des Marktes nicht zu erwarten sind.

Eine vor einiger Zeit mit großer Bestimmtheit von der Rhein-Westfälischen Zeitung vertretene Mitteilung, die preussische Eisenbahnverwaltung habe einen Antrag Lokomotivlohlen zu dem bisherigen Preise von 11 M. pro Tonne abgeschlossen, stellt sich als unrichtig heraus. Die Eisenbahnverwaltung hat noch keine Entscheidung getroffen und die Börse ist um eine Hoffnung ärmer.

Gleich trübsalig gestaltet sich die Lage des Coaksmarktes. Wie die „Adriatische Volkszeitung“ berichtet, ist in den Absatzverhältnissen für Coak in den letzten Wochen kaum eine Änderung eingetreten. Der Verkauf ist nicht befestigt und nicht schlechter geworden, das heißt, er bewegt sich nach wie vor in engen Kreisen. Der Bedarf unserer großen Eisenwerke ist noch zu gering, um einen störenden Absatz an Coak herbeizuführen; zudem lagern auf den Werken auch noch bedeutende Vorräte, welche bei der meist unzureichenden Beschäftigung noch für lange Zeit den Bedarf decken. Namentlich in Hochöfen-Coak ist der Verkauf schleppend; denn unsere heimischen Hochöfen sind so mangelhaft beschaffen, daß von wirklichem Bedarf an Coak kaum geredet werden kann. Daran sind in erster Linie die auch heute noch sehr großen Vorräte an Roheisen schuld, welche, trotz der etwas besseren Beschäftigung der Werke, kaum abnehmen wollen. Ehe diese Vorräte aber nicht auf die Seite geschafft sind, werden die Verhältnisse der Hochöfen nicht besser werden, und infolge dessen auch der Bedarf an Hochöfen-Coak nicht sich heben.

Wenn die Vorräte auf den Werken etwas kleiner geworden sind, was bei dem großen Umsatze derselben kaum ins Gewicht fällt, so ist die Ursache lediglich in dem Verkauf nach dem Auslande zu suchen, wohn das Kohlenhandels-Geschäft bekanntermaßen größere Mengen zu Schindelpreisen abgeschlossen hat. Der Umfang der Vorräte auf den einzelnen Werken ist sehr verschieden; während die eine Zeche nur wenige hundert Tonnen liegen hat, lagern auf der andern Zeche Tausende von Tonnen. Das liegt einmal an der Art und Weise, wie seitens des Coakshandels die Zuweisungen an Werken geschehen; dann aber auch wird der Coak der einen oder andern Zeche von den Verbrauchern bevorzugt.

Die Schiffahrts-subsidien kann uns gestohlen werden! Diese gelegentlich eines Festens vom Generaldirektor Vallin gethane Aeußerung erfährt jetzt von den „Hamburger Nachrichten“ eine Kommentierung. Danach will Herr Vallin die Redezeitung nicht so verstanden haben, als ob die deutsche Schiffahrts-Gesellschaft auf die Reichssubsidien größtenteils verzichtet wollen, sondern nur der Ueberbrückung der Schiffahrts-subsidien eine Abhilfe erteilt haben. Im besonderen richtete sich der Vorwurf gegen die „Times“, die in England einer Bewegung das Wort reden, die auf Bewilligung großer Subventionen an englische Schiffahrts-Gesellschaften hinausläuft. Herr Vallin erblickt hier eine Gefahr, die dem deutschen Schiffahrts-Gewerbe droht.

Die Prämienpolitik hat immer ihre bedenklichen Seiten, wir sehen es bei der Zucker- und Branntweinsteuer-Erhebung. Wenn überhaupt es eine Berechtigung zur Subvention der deutschen Schiffahrt vorhanden war, dann sind heute alle Voraussetzungen gefallen. Die großen deutschen Schiffahrts-Gesellschaften sind wirtschaftlich so entwickelte Organisationen, daß jede Zuwendung aus Reichsmitteln eine nicht gerechtfertigte Gewinnbegünstigung bedeutet. Die deutsche Regierung sollte zunächst die Umkehr in der Schiffahrts-subsidien an anderen Staaten den Anreiz zu weiteren Uebertreibungen zu geben.

Ausfuhrvergütungen in der Eisenindustrie. Seit Jahren besteht zwischen dem Halbjahresverband, dem Kohlen-, Coak- und Roheisen-Syndikat die Vereinbarung, an die Industriezweige, die Fertigfabrikate ausführen, Vergütungen zu gewähren. Auf diese Weise konnte man dem Auslande besonders niedrige Preise stellen und deckte die Differenz aus den höheren Preisen für den Inlandsbedarf, da die Preise durch die Syndikatsbildung in die Höhe gedrückt werden konnten. Seit langem sind nun Verhandlungen im Gange, die eine anderweitige Regelung dieser Exportbonifikationen bezwecken sollen. Die großen Roheisen-Syndikate wollen künftig nur mit Syndikaten der Eisenindustrie verhandeln und andern Arbeitnehmern die Vergünstigung versagen. Sodann ist ein specialisierter Tarif ausgearbeitet, der je nach dem Interesse, das die einzelnen Roheisenwerke an der Herstellung der betreffenden Fabrikate haben, die Lasten verteilt. Die Einzelheiten der Abmachungen sind bisher unbekannt und werden sicherlich auch der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben. Dem Abschluß des Vertrages standen durch die in dieser Frage sich vielfach widersprechenden Interessen manche schwerwiegende Differenzen entgegen. In der letzten Sitzung der Vertreter der Syndikate und Werke ist nunmehr die Verständigung herbeigeführt, und haben die Interessenten der Eisenindustrie mit einer geregelten Exportbonifikation zu rechnen. Der Abschluß eines solchen Vertrages ist ein Beweis, zu welchem Einfluß die Syndikate in diesem Industriezweige gelangt sind.

Kommunales.

Stadtoberordneten-Versammlung.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 12. Juni 1902, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhand eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen und bemerkt dann das Folgende:

Der Stadtv. Stadthagen

hat folgendes Schreiben an mich gerichtet: „Sehr geehrter Herr Stadtoberordneter-Vorsitzer! In der letzten Sitzung der Stadtoberordneten-Versammlung ist mir das Wort entgangen und meine Rede durch so lautes Geräusch unterbrochen worden, daß sie, wie sich aus den vielfachen Böden des stenographischen Berichtes ergibt, am Stenographentisch unverständlich blieb. Sowohl die Entziehung des Wortes, wie die Unterbrechungen verstoßen gegen die Geschäftsordnung. Hiermit protestiere ich gegen beides und stelle ergebend anheim, diesen Protest zur Kenntnis der Stadtoberordneten-Versammlung zu bringen.“

Meine Herren! Ich muß dazu bemerken, daß ich allerdings bei Anwendung der Entziehung des Wortes gegen Herrn Stadthagen mich geirrt habe in der Anwendung der Geschäfts-

ordnung betreffs dieses Punktes. (Stadtv. Singer: Bravo!) Es steht in der Geschäftsordnung ganz genau vorgezeichnet, daß vor der Entziehung des Wortes nach den bekannten vorausgegangenen Erinnerungen des Vorsitzers ein Gemeindebeschuß (Große Heiterkeit) — ein Stadtverordneten-Beschluß notwendig ist. Bezüglich der Anfrage, die Herr Singer in voriger Sitzung an mich stellte, verweise ich auf den stenographischen Bericht, der morgen in Ihre Hände kommt. Sie werden das Weitere daraus ersehen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Vorlage wegen

Bewilligung von Mehrkosten

für die Anlage einer Dampfmaschine und eines Reinigungsbrunnens für die Hauptkloakenleitung sowie für die Beschaffung von Inventarstücken für die neuen Klüßengebäude des Krankenhauses. Probit hat einer Ausschussprüfung unterlegen. Die Mehrkosten betragen 17 120 Mark und haben ihren Grund in einer nach der Meinung des Ausschusses viel zu luxuriösen Einrichtung der Klüßen und in dem palastartigen Charakter der Gebäude.

Stadtv. Wallach trägt die Verschwendung, die hier nach seiner Meinung getrieben worden ist. Für drei Fenstervorhänge aus gewöhnlichem Stoff seien z. B. 420 M. für einen Formularbüchler bezahlt, der noch dazu zu klein sei, 105 M. veranschlagt. Redner beantragt die Annahme einer Resolution, die diesen Bedenken Rechnung trägt, und die Ueberweisung dieser Resolution an einen Ausschuss.

Stadtbaurat Hoffmann: Der Bau ist im Einvernehmen mit dem verstorbenen Direktor Nerke angefaßt worden, und zwar ist die Baupolizei vom Magistrat zu beschleunigter Ausführung des Baues gedrängt worden. Wir beschaffen nicht ein Stück Inventar, ohne uns vorher der Zustimmung der betr. Verwaltungsdeputation vergewissert zu haben.

Stadtv. Zadewig (R. L.) erklärt sich gegen die Resolution.

Stadtv. Wallach: Der Herr Stadtbaurat ist um die Sache herumgegangen. Die Bauverwaltung hat nicht das Personal und nicht die Zeit, die Beschaffung solcher Inventarstücke zu übernehmen.

Stadtbaurat Hoffmann: Ich kann doch unmöglich hier im Plenum auf alle die angeführten Kleinigkeiten eingehen. Jeder der beantragten Fenstervorhänge hat 28 Quadratmeter Fläche. Ich war gestern abend im Schiller-Theater und habe da „Die Mottenburger“ gesehen (Große Heiterkeit); da kommen solche Sachen vor.

Stadtv. Wallach: Es ist hier um mich herum die Meinung verbreitet, daß der Herr Stadtbaurat unter den Mottenburgern mich verstanden habe. (Große Heiterkeit.) Stadtbaurat Hoffmann schüttelt den Kopf. (Einige Heiterkeit.) Wenn es sich um städtische Gelder handelt, ist Gründlichkeit selbstverständlich, gleichviel ob es sich um 50 Pf. oder 10 000 M. handelt.

Die Mehrkosten werden bewilligt und auf das Hochbau-Conto übernommen; die Resolution Wallach wird abgelehnt.

Stadtv. Perls und die Neue Fraktion der Linken beantragt, den Magistrat zu ersuchen, Umfau nach einem geeigneten Platz zu halten, der dem Ausschusse für die

Errichtung eines Hardenberg-Denkmal

für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden könnte.

Der Antragsteller versichert, daß er und seine Freunde weder dem Denkmal-Komitee angehören, noch an freisinnigen Denkmal-Schmerzen leiden. Aber Berlin habe ein Stein-Denkmal und entbehre noch eines Hardenberg-Denkmal. Hardenberg verdiene ein solches als der erste, der dafür gesorgt hat, daß unter einer monarchischen Regierung liberale Grundzüge und Selbstverwaltung Eingang fanden.

Ueberringermeister Kirschner: Der Magistrat ist als solcher mit der Sache noch nicht befaßt. Vor längerer Zeit ist der Vorsitzende des Komitees bei mir gewesen und hat mich für die Angelegenheit interessiert. Ich habe meine Bereitwilligkeit erklärt, das Unternehmen zu unterstützen. In letzter Zeit hat der Herr dann einen Vertreter zu mir geschickt, der verschiedene Pläne anbot, u. a. den Platz am Kölnischen Rathaus (Hört! hört!) und den Dönhofsplatz. Ich habe erklärt, daß die materiellen Unterlagen nachgewiesen und ferner dargelegt werden müßte, daß das Denkmal der Stadt zur Ehre gereicht; unter diesen Umständen würden wir bereit sein, die Sache weiter zu fördern, und ich habe noch gesagt, ich hielte für meine Person den Dönhofsplatz für geeignet. (Sehr gut.) Darauf ist mir versprochen worden, daß man nun die Unterlagen beschaffen würde.

Stadtv. Perls: Nach diesen Erklärungen können wir den Antrag zurückziehen.

Es folgt die Vorlage wegen

Einführung einer neuen Besoldung

für die Oberlehrer an den städtischen Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Realhöfen, Realschulen und höheren Mädchenschulen vom 1. Juli 1902 ab sowie die Erhöhung des Schulgeldes an diesen Anstalten um je 10 M.

Stadtv. Duxow (Fr. Fr.) befürwortet, die Schulgeldderhöhung erst zum 1. Oktober einzuführen. Die Gehaltsderhöhungen dagegen schon vom 1. April ab gewähren.

Stadtv. Cassel (R. L.): Wir haben nichts gegen die anderweitige Besoldungsordnung und würden auch nichts gegen ihre Einführung mit rückwirkender Kraft schon vom 1. April haben. Ganz anders stehen wir zur Frage der Schulgeldderhöhung. Die Eltern der Schüler der Realschulen sind in überwiegendster Mehrheit kleine Leute, die nicht einmal das Einkommen des Mittelstandes haben. Der erste Schritt würde hier weitere Erhöhungen sehr bald nach sich ziehen: principis obsta! Auch die Erhöhung des Schulgeldes für die Vorklassen lehnt die große Mehrheit meiner Freunde ab: sie hält schon den früheren bloß mit einer Stimme gefaßten Beschluß für verhängnisvoll. Wir wollen nicht, daß die Vertenerung des Schulgeldes dahin führt, daß nur noch die Kinder der Reichen und die Stipendiaten die höheren Schulen besuchen können; wir wollen auch dem Mittelstand den Zugang wehren. Es wird sich aber aus der Erhöhung auch ein finanzieller Effekt gar nicht ergeben. Eine Ueberfüllung der städtischen Schulen für den Fall, daß wir bei 130 M. bleiben, der Staat aber auf 140 M. hinaufgeht, ist nicht zu befürchten. Die Gymnasien sind nicht bloß Schulen für die Reichen, sie haben auch den Begabten aus den ärmeren Schichten den Weg zur höheren Bildung gebnet. Dabei wollen wir bleiben.

Stadtschulrat Voigt verteidigt die Vorlage. Die Oberlehrer seien in den letzten zwei Jahrzehnten etwas ins Hintertreffen gekommen. Geeignete Lehrpersonen könnten nur gewonnen werden, wenn die Stadt den Oberlehrern dasselbe biete wie der Staat. Aus welchen Mitteln die Erhöhung zu bestreiten ist, sei eine Frage praktischer Erwägung. Der ideale Zustand wäre, sie aus laufenden Mitteln zu bestreiten, aber das gebe nicht an, und es sei nichts übrig geblieben, als die Schulgeldderhöhung.

Stadtv. Kreitzing (R. L.): Wir haben Verweisung an einen Ausschuss beantragt, weil wir die Sache für sehr wichtig halten und Ergänzungsvorschläge zu stellen haben. Für die Erhöhung der Gehälter sind wir einstimmig. Für die Erhöhung des Schulgeldes der Realschulen sind wir nicht zu haben; Berlin ist stolz auf seine höheren Bürgerkinder und wird ihren Besuch nicht erschweren wollen. Wir hätten überhaupt nicht erwartet, daß der Magistrat aus solchem Anlaß zu dem Vorschlage einer Erhöhung des Schulgeldes den Mut finden würde. Man habe doch lieber endlich die Vorschläge auf, dann komme noch ein finanzieller Vorteil heraus! Uebrigens sind wir mit der Aufhebung der Privilegien bezüglich der Freischule.

Stadtv. Singer (Soz.): Wir werden für Ausschussberatung stimmen. Die Magistratsvorlage scheint auch mir keine glückliche und ich bedauere lebhaft, daß das Schulgeld principell mit der Gehaltsderhöhung verknüpft worden ist. Der vom Magistrat gewählte Weg macht den Eindruck, als ob zu der Erhöhung des Schulgeldes nur geschritten wird, um das Manko für die Gehaltsderhöhung zu decken. Das giebt von den städtischen Finanzen ein doch zu trübes Bild. Unsere principielle Auffassung werden wir deshalb nicht ändern. Bezüglich der Realschulen strebe ich völlig auf dem Standpunkt des Kollegen Cassel. Die Schüler der Realschulen kommen aus Bes-

böckerungsklassen, denen selbst dieses Schulgeld von 80 Mark zu zahlen schwer wird. Anders liegt es mit der Schulgeldfrage bei den Volksschulen. Herr Cassel möchte eigentlich die Konsequenz kommen, daß die höheren Schulen wie die Gemeindeschulen von der Gemeinde unterhalten werden müßten. (Lebhafte Widerspruch.) Leuchten der Wissenschaft sind auch aus den Schichten der Armen hervorgegangen, gewiß, aber wieviel größer würde ihre Zahl sein, wenn den Armen diese Schulen allgemein zugänglich wären! Das durchzuführen wäre ein großer Gedanke und des Schweißes der Ebeln wert. Das ist aber nicht möglich vom Standpunkt der Mehrheit, die die höheren Schulen für die begünstigten Klassen reservieren will. Können Sie doch nicht mit den Freistellen, die haben eine minimale Bedeutung. Wie soll der arme Mann dem Jungen, der eine Freistelle bezieht, die Jahre hindurch Kleidung, Unterhalt und Lehrmittel gewähren? Innerhalb der heutigen Verhältnisse ist es durchaus gerechtfertigt, für die Volksschulen ein entsprechendes Schulgeld zu zahlen. Berechtigt wäre, wenn die Stadt einen gleichen Zuschuß für den Kopf jedes Schülers aussetzte. So stehen wir aber nicht, der Schüler der höheren Lehranstalten kostet die Stadt mehr als das Doppelte wie der Schüler der Gemeindeschule. Thatsächlich richtig ist, daß der Unterricht teurer ist auf den höheren Lehranstalten, aber darin liegt zugleich die Ungerechtigkeit, denn dort wird mehr geboten, und die Ungerechtigkeit noch dadurch gesteigert, daß der Zuschuß der Stadt auch entsprechend größer ist. Die Eltern dieser Schulen sind Steuerzahler, heißt es. Wir müssen immer wieder antworten: Sie danken es der Ausbeutung der ärmeren Schichten, daß Sie Ihre Kinder in die Schulen schicken können. (Große Unruhe.) Eine Schülerflucht aus den Gymnasien wird nicht erfolgen; die 10 M. Unterschied über in den allermeisten Fällen diese Wirkung nicht. Die Frequenz ist allgemein gesunken, hauptsächlich deshalb, weil die Berliner Schulpolitik verständigerweise die Bürgerschule begründet hat. Die Inspizition, daß derjenige der Kultur diene, der die 10 M. Erhöhung für die Volksschulen nicht will, soll man doch unterlassen. Wir müssen wünschen, daß unsere Gemeindeschulen sich immer mehr vervollkommen, und wir wollen auch die höheren Lehranstalten nicht vernachlässigen. So lange wir nicht das ganze Unterrichtswesen kostenfrei den Bürgern geben können, wollen wir auch nicht, daß für die Volksschulen mehr gethan wird, als man moralisch verantworten kann. (Weifall.)

Stadt. Dr. Brenß (R. 2.): Die Begründung des Standpunktes des Herrn Singer entbehrt der Logik. Unter den gegebenen Umständen ist jede Verteuerung der Bildung ein Nachteil; jede Erhöhung des Schulgeldes ist eine Versteuerung der Bildung. Der Staat hat früher die Führung auf diesem Gebiete nicht gehabt, sondern erst seit wenigen Jahren und sehr zu Ungunsten der Stadt; wie brauchen ihm seine fiskalischen Maßnahmen nicht nachzumachen.

Stadt. Cassel: Wegen der 10 M. mehr Schulgeld wird kein Vater seinen Sohn vom Gymnasium wegnehmen, meinte Herr Singer. Ich bestimme nicht sowohl die 10 M., sondern vor allem die 30 M. Erhöhung, die früher beschlossen worden ist. Die Verantwortung für jene Erhöhung trägt Herr Singer mit. 1894 haben die maßgebendsten Schulautoritäten ebenso wie die damaligen Schulräte der Schulgeld-Erhöhung auf äußerer Widerstreit. Ob jetzt auch der Kammerer eine Thronse gewohnt hat, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Der Stadtschulrat hätte die Vertretung dieser Forderung verweigern sollen, die 104 000 M. hätten sich im Etat doch gefunden. Wäre man boshaft, so könnte man annehmen, den Socialdemokraten wäre es recht, wenn im Mittelstande eine rechte Erbitterung entstände.

Stadt. Singer: Herr Cassel hat die Frage aufs politische Gebiet überführt. Herr Cassel ist heute so enttäuscht. Von solcher Enttäuschung hat er bei der Erhöhung der Krankenhausekosten nichts verkouten lassen. Es ist nicht wahr, daß die Gymnasien vom Mittelstande bevölkert werden, aber rechnet er zum Mittelstande auch die Einkommen von 30—50 000 M.? Unsere Bildungseindlichkeit, unsere Feindseligkeit gegen den Mittelstand hat er natürlich wieder einmal in der ihm eignen Weise darzulegen!

Stadt. Dr. Nathan (R. 2.) tritt dem Vorredner bezüglich der Motive zur Erhöhung der Krankenhausekosten entgegen.

Stadt. Cassel: Ich habe den Stadt. Singer die Socialdemokratie nicht bildungsfeindlich genannt. Herr Singer hat mir vorgeworfen, ich hätte unberechtigtmaßen die Politik in diese Erörterung gezogen. Dieser Vorwurf hat mich gerade von Herrn Singer sehr geirrt. (Vorsetzer: Das ist nicht mehr persönlich!) Herr Vorsetzer, ich kann das nicht verstehen. Wegen den Vorwurf des Kollegen Singer werde ich mich doch wohl wehren dürfen; die persönlichen Bemerkungen sind doch nicht bloß für die Herren Socialdemokraten da! Meine Bemerkungen waren rein sachlicher Natur. Die Vorlage geht an einem Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Die Anlage von vier neuen Notendrüsen in den nördlichen Stadtteilen Berlins wird nach kurzer Debatte genehmigt.

Der Ausbau der zweiten Hälfte des Wasserwerkes Tegeler für Grundwasserentziehung soll erfolgen. Dazu ist der Ankauf eines Streifens Postterrasse, gehörig zur Oberförsterei Tegeler, erforderlich, den der Landwirtschaftsminister für 6/8 M. pro Quadratmeter (es handelt sich um 4 536 Hektar) ablassen will, für den er sich aber das Rückkaufrecht zum Preise von 5 M. ausbedungen hat. Die Gesamtkosten sind auf 1 820 000 M. veranschlagt.

Stadt. Dr. Paul (R. 2.) beantragt Aufschubberatung. Stadt. Singer: Die Vorlage gehört wieder einmal zu denen, die und der Magistrat so spät dringt, daß wir sie kaum verhandeln können. Aufschubberatung ist durchaus notwendig. Der Fiskus macht sich hier offenbar der Ausbeutung einer Notlage der Stadt schuldig, um ein recht einträgliches Geschäft zu machen. Derselbe Fiskus hat der Stadt Charlottenburg fiskalisches Terrain nach der Seite von Westend an viel günstigeren Bedingungen verkauft. Der Unterschied erklärt sich daraus, daß im letzteren Fall es später möglich sein wird, mit einem Bierzerg von Berlin nach Döberitz zu fahren. Jede agrarische Notperchalt hätte eine bessere Verhandlung vom Fiskus erfahren. Daß der Ausschuss durchaus schon in der nächsten Sitzung Bericht erstatten soll, wie Kollege Raul will, kann ich nicht billigen.

Stadtrat Hirsborn bemerkt, daß die Verzögerung der Angelegenheit in dem langsamen Fortgang der seit Monaten mit dem Fiskus schwebenden Verhandlungen ihren Grund hat. Das Ministerialreskript sei erst am 15. Mai, und zwar nicht an die Stadt, sondern an die Potsdamer Regierung ergangen.

Stadt. Reichnow (R. 3.) schließt sich bezüglich der Haltung des Fiskus durchaus dem Stadt. Singer an. Die Vorlage geht an den für den Ausbau des Müggelseewasserwerkes eingesetzten Ausschuss. Schluß 9 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schuhmacher! In der Schuhfabrik von Goldstein, Köpnickstr. 55, sind wegen Lohnabzugs bei den Heberholern Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Maurer und Zimmerer! Die Streikleitung in Kiel ersucht und, darauf hinzuwirken, daß der Kampf im Baumgewerbe daselbst immer noch weiter geführt wird. Die Unternehmer, die bekanntlich die Maurer und Zimmerer angepersert haben, lehnten jede Unterhandlung ab. Es ist dringend notwendig, den Zugang nach Kiel fernzuhalten, und sich durch keinerlei Inserate in bürgerlichen Blättern nach Kiel locken zu lassen.

Dieselbe gilt für Hamburg, Altona, Wandsbek, Harburg und Wilhelmshurg, wo der Lohnkampf der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter mit aller Schärfe fortgeführt wird. Auch nach diesen Orten ist der Zugang unter allen Umständen fernzuhalten.

Bergelder! Die Kollegen der Firma Günther, Andreasstraße 10, haben wegen Preisdifferenzen die Arbeit niedergelegt. Ueber die Firma ist die Sperre verhängt und Zugang für sämtliche Branchen fernzuhalten.

Achtung, Putzmacher! In Ramenz in Sachsen haben die Heber wegen zu niedrigen Accordlöhnen die Arbeit niedergelegt, da der Werkführer, Otto Kreisamer, auf der Suche nach Streikbrechern unterwegs sein soll, so werden die Kollegen gut thun, diesen Herrn bei seinem Auslaufen jedes Arbeitsangebot nach Ramenz zurückzuweisen. Der Vorstand der Filiale Berlin.

Deutsches Reich.

Der Lohnkampf im Baugewerbe Hamburgs

Ist durch den Beschluß des Vierstädtebundes, welcher die Aufhebung des Ausspernungsbefehles bedeutet, bis jetzt wenig beeinflusst worden. Aus dem nunmehr vorliegenden ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des Bundes ist zu ersehen, daß einige den lässigen Plan hegen, den Centralverband der Maurer zu sprengen, indem sie nur solche Gesellen beschäftigen wollen, die ihren Austritt aus dem Verbands erklären. Die Mehrheit der Vierstädtebündler war aber verständlich genug, die Unausführbarkeit dieses Vernichtungspianos einzusehen und gegen die Sprengungsgelüste zu stimmen. Darauf kam dann der gestern von uns mitgeteilte Beschluß zu stande.

Die Situation des Kampfes liegt jetzt so: Die Arbeitnehmer haben eine Anzahl Bauten gesperrt, wo der Stundenlohn von 70 Pf. und die 9stündige Arbeitszeit nicht bewilligt sind. Die Unternehmer wollen die gesperrten Bauten besetzen, jedoch nur mit Arbeitern, die bei 9stündiger Arbeitszeit mit einem Stundenlohn von 65 Pf. zufrieden sind. Nach dem bisherigen Verlauf der Bewegung ist nicht anzunehmen, daß sich solche Arbeiter finden. Zu Unterhandlungen sind beide Parteien bereit, jede jedoch nur unter der Voraussetzung, daß ihre Forderung die Grundlage der Verhandlung bildet. Die Arbeitgeber-Organisation hat den Senat ersucht, für die von ihm vergebenen Bauten eine Preisverlängerung zu gewähren; die Organisationen der Arbeiter sind dagegen unter genauer Darlegung der Verhältnisse um Ablehnung dieses Beschlusses eingekommen.

Der Kampf wird einstweilen also noch in der bisherigen Weise fortgeführt.

Ausspernungsgelüste hegt die Hamburger Klemperer-Jungung. Ueber die Firma Oldenburg u. Hensler ist wegen Mahregelung eines Arbeiters die Sperre verhängt worden. Die Jungung hat nun am Dienstag beschloffen, falls die Sperre bis zum Freitag nicht aufgehoben wird, sämtliche bei Jungungsmeistern beschäftigte Gesellen — etwa 500 — an diesem Tage auszusperren. Bei dieser Gelegenheit will die Jungung auch eine Revision des Tarifs — zu Ungunsten der Arbeiter natürlich — vornehmen.

Der Streik der Maurer in Rauen dauert unverändert fort. Der Streikleitung gelang es, 11 Italiener, welche sich die Unternehmer zu Arbeitswilligkeitsdiensten kommen lassen, zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen. Nun stehen den Unternehmern außer ihren getreuen Volkern noch 8 Maurer als Streikbrecher zur Verfügung, die in Verge, einem Dorfe bei Rauen, wohnen. Zur richtigen Wertschätzung dieser Verge Streikbrecher sei die Thatsache erwähnt, daß ihnen in Spandau Arbeit bei einem Stundenlohn von 55 Pf. nachgewiesen wurde, die sie aber ablehnten, weil es ihnen zu un bequem sei, nach Spandau zur Arbeit zu gehen. Das verwerfliche Verhalten dieser „Kollegen“ verdient auf das Schärfste gebrandmarkt zu werden. — In dem Dorfe Dalkow beschäftigt ein Rauerer Meister 8 Berliner Accordmurer. Von diesen haben auf Veranlassung der Streikleitung 4 Mann die Arbeit niedergelegt, um ihre Rauerer Kollegen im Kampf für bessere Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterstützen. So sind die Ausführenden in Rauen der zurechnlichen Meinung, daß sie ihren Lohnkampf siegreich durchführen werden trotz des Verhaltens der Streikbrecher aus Verge.

Die Stuccaturen in Chemnitz sind in einen Ausstand eingetreten. Am Orte sind ca. 30 Gehilfen in 7 Betrieben. Da diese sämtlich der Organisation angehören, wird der Kampf keine lange Dauer haben. Zugang ist fernzuhalten.

Die Lohnbewegung der Stuccaturen in Plauen i. V., die wir seiner Zeit meldeten, ist nach einigen Tagen zu Gunsten der Arbeiter beendet worden.

Wegen ihrer Mitgliedschaft im Metallarbeiter-Verband sollen die Arbeiter der Firma A. Schöne in Pögnitz am 23. d. M. ausgesperrt werden. Die Metallarbeiter allerorts werden ersucht, dies zu beachten.

Ausland.

Streik der Steinmetzen in Triest. Die streikenden Schiffs-Kosten-träger sowie die Steinmetzen und die Kupferarbeiter des Stablimento tecnico erklärten ihre Streiks für beendet und nahmen am Dienstag die Arbeit wieder auf. Im Auslande verbleiben noch sämtliche Maurer und Bauarbeiter, doch sieht auch hier das Ende des Streiks bevor.

Der Tabakarbeiter-Streik in Frankreich ist beendet, nachdem der neue Finanzminister, Rouvier, beschloffen hat, eine Kommission einzusetzen zur „gründlichen Prüfung“ der Arbeiterforderung, die Beförderung ausschließlich nach dem Dienstalter zu regeln. In der Kommission werden neben sechs Beamten auch drei Vertreter der Arbeiter zugezogen werden. Mit diesem Zugeständnis erklärten sich die Streikenden vorläufig, in Erwartung einer günstigen Entscheidung, zufriedener.

Die Ausspernung im Baugewerbe Südschwedens. Der Streik der Bauhandwerker und Arbeiter in Malmö, der am 15. April ausbrach, dauert noch immer an. Um die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, suchten die Unternehmer eine allgemeine Ausspernung der baugewerblichen Arbeiter in allen südschwedischen Städten durchzusetzen; es gelang ihnen jedoch nur in Lund, Malmö, Trelleborg, Kristianstad und Karlskrona. In den beiden letztgenannten Städten wurde die Arbeit nach 14tägiger Ruhepause wieder aufgenommen. In Malmö hat sich eine besondere Bauarbeiter-Vereinigung gebildet, deren Mitglieder die Forderungen der Arbeiter anerkannt haben. Die Hauptorganisation der Bauunternehmer, „Svædöns Bauarbeiter-Vereinigung“, hat aber dafür gesorgt, daß jenen Meistern keine Baumaterialien geliefert werden, so daß auch sie nicht arbeiten lassen können. — An dem Konflikt sind der schwedische Maurer- und Grobarbeiter- und der Holzarbeiter-Verband beteiligt. Vom letztgenannten Verband allein stehen 390 Mitglieder im Kampf.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen Schöneberg und Umgegend hielt am Mittwoch seine regelmäßige Vereinsversammlung in Obf's Festhölle ab. Herr Dr. Röder hielt einen sehr lebhaften Vortrag über die Ernährung des Säuglings. Sehr interessant waren die Ausführungen über natürliche und künstliche Nährweise. Reichlich Beifall lobte den Redner, der zugleich mitteilte, daß er in nächster Zeit einen Vortrag im Anschluß an diesen halten wird. Es fand eine rege Diskussion statt. In Vereinsangelegenheiten machte die Vorsitzende bekannt, daß diesen Sonntag, den 15. Juni, ein Ausflug nach Mariendorf stattfindet. Der Treffpunkt ist für Ausflügler am Tempelhoferweg nachmittags 1/2 Uhr. Für diejenigen, welche fahren wollen, ist der Treffpunkt spätestens um 4 Uhr in Mariendorf, Feld- und Chauffeurstrassen-Ecke, Restaurant von Dell. Für Belustigungen aller Art wird beständ. Sorge getragen. Am 12. Juli findet das Stimmungsfest in Obf's Festhölle statt. Um 2 Uhr morgens ist im Garten gemütliches Familien-Kaffeeessen. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Die Teilnahme von Frauen an einer für politisch erklärten Versammlung der Maurer in Hannover verursachte den vorzeitigen Schluß dieser Versammlung. Obwohl auf Verlangen des abwesenden Beamten die Frauen in einen Nebenraum gingen, genigte das diesem noch nicht; er drohte weiter mit Auflösung. Der Vor-

setzende schloß darauf leider die Versammlung, anstatt es auf die Auflösung ankommen zu lassen.

Ueber die Vorbildung der Frauen zum Apothekerberuf hat der Kultusminister nachfolgende Bestimmung getroffen: Nach der Bekanntmachung des Reichsanzeigers vom 5. März 1875 ist der Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung für den Apothekerberuf durch Verbindung des wissenschaftlichen Befähigungsgewinnes für den einjährig-freiwilligen Militärdienst zu führen, das von einer als berechtigt anerkannten Schule, auf der das Latein obligatorischer Vorgegenstand ist, ausgestellt ist. Nach dem Beschlusse des Bundesrats vom 20. April 1890 ist dem wissenschaftlichen Befähigungsgewinne für den einjährig-freiwilligen Militärdienst das Zeugnis einer als berechtigt anerkannten Schule über den Erwerb der entsprechenden wissenschaftlichen Vorbildung gleich zu erachten. Ein solches Zeugnis können aber auch Frauen erwerben; sie werden dies am einfachsten bewirken, indem sie an einem Progymnasium oder Realprogymnasium die Vorbereitung als Externen erlernen. Die Abolvierung des Lehrstufes an einer höheren Lehrerschule ist als hinreichende wissenschaftliche Vorbildung für den Eintritt in den Apothekerberuf auch dann nicht anzusehen, wenn von der Bewerberin gleichzeitig der Nachweis über das Vorhandensein genügender Kenntnisse in der lateinischen Sprache erbracht wird.

Teile Nachrichten und Depeschen.

Das Programm der Socialisten in der französischen Kammer.

Paris, 12. Juni. (W. Z. V.) Der Präsident Bourgeois eröffnet die Sitzung. Es herrscht großer Andrang im Sitzungssaal und auf den Tribünen. Ruffière (radikal) bringt eine Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung ein und sieht aus, er hoffe, daß das neue Ministerium Festigkeit zeigen werde bei Aufrechterhaltung des Präsidenten der Republik und bei Verteidigung der Republik. Jaureß erklärt, die Socialisten würden mit der ganzen übrigen Mehrheit an der Arbeit für die Republik und Demokratie sich beteiligen. Das von der Regierung aufgestellte Programm stelle ihn im allgemeinen zufrieden. Es freue ihn, daß in der ministeriellen Erklärung angekündigt sei, daß die Einkommensteuer an die Stelle verschiedener anderer Steuern treten solle. Er bedauere jedoch, daß die Regierung nicht für das Monopol des staatlichen höheren Unterrichts sei. Die Socialisten seien bis zur Schaffung von Milizen mit der zweijährigen Dienstzeit einverstanden. Redner verlangt Annahme der Brüsseler Interconvention und sagt, wenn diese Reformen von der Kammer beschloffen seien, würden die übrigen nachfolgen. Das internationale Proletariat sei eine so starke Garantie für den Frieden wie keine andre. Er frage sich, ob es nicht Sache Frankreichs sei, einen nützlichen ersten Schritt in der Frage der allgemeinen Abrüstung zu thun. Die elsaß-lothringische Frage könne hierin kein Hindernis bilden. (Unterbrechungen auf der rechten Seite.) Die Hoanger Konferenz habe ihre Stimme für die stufenweise Begrenzung der Rüstungen abgegeben. Das französisch-russische Bündnis, auf welches die Patrioten früher bei ihren Bestrebungen verstanden, sei in Wirklichkeit das hauptsächlichste Instrument der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes geworden. (Bewegung auf verschiedenen Seiten.)

Präsident Bourgeois erhebt den Redner, nicht die Vaterlandsliebe seiner Kollegen zu verletzen. Jaureß fährt fort, er betrachte Abrüstung als das beste Mittel, um Reformen auf socialen Gebiet sicher zu stellen. (Weifall auf der ganzen linken Seite.)

Seinbat tadelt die Regierung, weil sie nicht die Trennung von Kirche und Staat fordere. Darauf tritt eine Pause ein.

Nach Wiederanfuhrung der Sitzung fährt Sembat in seiner Rede fort. Er verlangt Aufhebung des Kultusbudgets und der Volksschule beim Vatikan und erinnert daran, daß Rouvier sich früher gegen die Einkommensteuer ausgesprochen habe. Loifes bekämpft die Ansichten Jaureß über die Abrüstung und meint, der Krieg sei näher, als man glaube. (Zwischenrufe.) Ministerpräsident Combes erklärt, das Land habe sich bei den Wahlen für die von dem Ministerium Waldeck-Rousseau besetzte Politik ausgesprochen. Die Beteiligung eines Teiles der Christlichkeit an den Wahlen habe diesen eine gewisse Schärfe verliehen. „Dah General André“, fährt Combes fort, „Mitglied des neuen Kabinetts ist, beweist, daß wir das Herz vor Intriguen und Schlingenspieltwirtschaft bewahren wollen. Die Regierung wird das Gesetz über die Kongregationen ohne Schwäche zur Anwendung bringen. (Weifall.) Wir sind entschlossen, alle unsere Versprechungen zu halten. Wenn eine Mehrheit für Reformen vorhanden ist, so werden wir ihr keinen Widerstand entgegenzusetzen. Die Mehrheit ist aus den Wahlen gestärkt hervorgegangen, sie kennt unser Programm und wird uns folgen, ob wir ihr Vertrauen besitzen. (Lebhafte, anhaltende Weifall links.)

Das Vertrauensvotum der Kammer.

Paris, 12. Juni. (W. Z. V.) Die Kammer nahm eine von den Gruppen der Linken vereinbarte Tagesordnung, in welcher der Regierung das Vertrauensvotum ausgesprochen wird, in der Überzeugung an, daß dieselbe eine kräftige Politik der Verwirklichung des Schulwesens, der Reform des Steuerwesens und der socialen Solidarität verfolgen werde, mit 329 gegen 124 Stimmen an. Die meisten gemäßigten Republikaner enthielten sich der Abstimmung.

Die italienische Regierung und die Konserativen.

Rom, 12. Juni. Deputiertenkammer. Bei Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern hebt, nachdem verschiedene Redner gesprochen, Minister Giolitti hervor, der Verlauf der heutigen Erörterung zeige im Gegenfall zu der im Vorjahre, daß auch die Konservative Partei zu der Überzeugung gelangt sei, daß Italien in Zukunft für eine freiheitliche Regierung reif sei. Der Minister hebt hervor, daß unter dem gegenwärtigen Ministerium kein Verein aufgelöst und keiner Person aus politischen Gründen ein zwingender Wobuhly angewiesen worden sei.

Die englische Mission am Tschad-See.

London, 12. Juni. Das „Austereische Bureau“ erfährt: Die englische Mission nach dem Tschad-See unter Oberst Morland hat vollen Erfolg gehabt, es wurde eine Garnison errichtet, die Franzosen zogen sich beim Vordringen der Engländer zurück.

Leipzig, 12. Juni. (Laffan.) Die großen Staslaer Kohlenwerke und Bricketfabriken in Stasla bei Ramenz in der Lausitz sind durch verheerendes Großfeuer eingeeäschert. Zahlreiche Wäldchen sind vernichtet. Der Schaden wird auf über 500 000 M. geschätzt.

Sybilienort, 12. Juni. Der König von Sachsen, dessen Gesundheitszustand sich nicht gebessert hat, hat heute vormittag ca. 150 Quadenbesuche bewilligt.

Süntirhen, 12. Juni. (W. Z. V.) An Bord des Dampfers „City of Perth“ sind zwei neue Vorfälle vorgekommen.

Paris, 12. Juni. (W. Z. V.) Der früher in Berlin wohnhafte gewesene Bankier Hugo Böhm wurde am Montagabend in einem hiesigen Hotel auf Grund eines Haftbefehls, welchen ein französischer Säubiger gegen ihn erwirkt hatte, verhaftet. Am nächsten Tage erfolgte Böhm's Freilassung, nachdem er den Gläubigern befriedigt hatte.

London, 12. Juni. (W. Z. V.) Das „Austereische Bureau“ meldet aus East London, vom 11. Juni: Während eines heftigen Sturmes wurden gestern drei Segelschiffe, die „Arctura“ (Schweden), „Elise Lind“ (Deutschland) und „Arata“ (Norwegen) auf den Strand geworfen und scheiterten. Die aus 11 Mann bestehende Mannschaft der „Arctura“ ertrank, mit Ausnahme des Kapitäns, der sich an Land befand. Die übrigen Mannschaften sind gerettet.

Konstantinopel, 12. Juni. (W. Z. V.) In der vergangenen Nacht um 11 Uhr spürte man in Pera einen ziemlich heftigen Erdstoß, der von unterirdischem Getöse begleitet war.

Herrenhaus.

13. Sitzung vom Donnerstag, den 12. Juni, nachm. 1/2 Uhr.

Am Regierungstisch: Graf Bülow, Hr. v. Rheinbaben, Hr. v. Hammerstein, v. Thielen, Studi, v. Podbielski, Schänsted.

Vizepräsident Hr. v. Manteuffel eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht zunächst die allgemeine Beratung der vom Abgeordnetenhaus unbenändert angenommenen Polenvorlage.

Das Wort ergreift zunächst v. Rosciolski:

So oft vor dies hohe Haus eine sogen. antipolnische Gesetzesvorlage gebracht wird, muß ich immer wieder an die Fabel von dem nächtigen König denken, dem kein Mensch zu sagen wagt, daß er naht ist. Kein Mensch hat den Mut, das Polentum sei naht, eine mit Beulen und Wunden bedeckte Jammergestalt, sondern jeder sagt, es sei bescheiden, gewappnet vom Kopf bis zum Fuß und fogar mit einem gewaltigen Speer in der Rechten. So können sich auch vernünftige Menschen hypnotisieren lassen. So haben wir es auch erlebt bei dem Hundertmillionen-Schwindel (Oho! Große Ursache) — Wie meinen Sie? Jawohl, bei dem Schwindel der Madame Humbert. Allgemeine Enttäuschung. Von uns wird jetzt eine Ausgabe von 250 Mill. verlangt, obgleich die Regierung sonst bei allen Gelegenheiten auf die ungünstige Finanzlage des preussischen Staates hinweist. Aber selbst wenn die Finanzlage des Staates eine glänzende wäre, sollte es dann keine andre Aufgabe geben, wert des Ehrgeizes einer Regierung, als die jetzt von der Regierung inaugurierte Aktion? Wir leben in einer Zeit, wo die öffentliche Hygiene dämmernd liegt, wo der Volksschullehrer in seiner sozialen Existenz kaum über dem gewöhnlichen Erdbewohner steht (Oho) — ja wohl, ausgenommen natürlich die Lehrer im Osten, die Prügelpremien bekommen —, wo tausend soziale Aufgaben ihrer Lösung harren. Trotzdem schmeißt die Regierung für nichts und wieder nichts eine Viertelmilliarde heraus, um das schon an sich stärkere Element in den östlichen Provinzen noch zu stärken. Allerdings wird der Goldstrom dieses Fonds auch nach Polen wohl in mancher Beziehung fließen. Wenn wir dann an Größenwahn erkrankten sollten, so ist es möglich, daß wir auf denselben Standpunkt kommen wie der ganze preussische Staat. (Umrufe.) Man scheint ganz zu vergessen, daß es ohne Wahrheit keine Gerechtigkeit, und ohne Gerechtigkeit keine Macht giebt. Es sind gerade in den letzten Tagen einige Anzeichen aufgetaucht, die auf eine Einkehr auch in der konservativen Presse hindeuten. Wir Polen freilich werden uns durch keine noch so fein gesponnene Vermählung verleißen lassen, den Rechtsboden zu verlassen. Und zerrinnt aber nur auch unser letztes Traumbild in das Nichts: das Märchen vom preussischen Rechtsstaat! (Große Umrufe.)

Reichszankler Graf Bülow:

Der historische Werdegang der preussischen Monarchie hat und gezwungen, Fragmente, Bruchstücke fremder Nationalitäten in den preussischen Staatenverband aufzunehmen. Unsere Könige haben diesen anderssprachigen Elementen alle Wohlthaten der preussischen Kultur und der preussischen Verwaltung zu teil werden lassen. Ich verstehe deshalb nicht, wie Herr v. Rosciolski von einem Traumbild des preussischen Rechtsstaates sprechen konnte. Der preussische Rechtsstaat besteht nach wie vor auch gegenüber unsren polnischen Mitbürgern. Wir können aber den fremden Nationalitäten bei uns keine Autonomie einräumen. Denn der preussische Staat ist ein Einheitsstaat und ein deutscher Staat; er ist der deutsche Staat an sich, und sein geschichtlicher Beruf besteht darin, überall das Deutschtum zu führen und zu fördern. Ich zweifle nicht an der vollen Loyalität irgend eines polnischen Herrn in diesem hohen Hause, ich glaube aber doch sagen zu dürfen, daß Herr v. Rosciolski mit dieser so korrekten und richtigen Auffassung so ziemlich vereinzelt unter seinen politisch thätigen Landsleuten dasteht. Es ist eine rara avis nans in gurgite (ein einziger Vogel, der auf dem Strudel schwimmt). Ich glaube nicht, daß Herr v. Rosciolski sich an irgend welchen Kostrennungs-Bestrebungen beteiligt, sein Einfluß auf die polnische Agitation ist aber nicht so groß, wie ich bei seinen vortrefflichen Anschauungen wünschen möchte, daß er es wäre. (Weiterkeit.) Ich glaube, daß er mehr geschoben wird, als daß er schiebe, und daß in kritischen Zeiten das revolutionäre Element in derselben Weise austreten wird wie 1848. Unbestreitbar sind Bestrebungen im Osten, die am letzten Ende abzielen auf die Los-trennung der östlichen Provinzen von der preussischen Monarchie. Diese Bestrebungen werden seitens der polnischen Agitation mit steigender Leidenschaft verfolgt. Diese Agitation beschadet die preussische Staatsidee aufs bitterste und schadet den Gedanken der Wiederaufrichtung eines polnischen Reiches unerbittlich in den Vordergrund. Deshalb ist diese Frage nach meiner Ansicht die wichtigste Frage unsrer inneren Politik, sie ist die Schicksals- und Zukunftsfrage für unsre Monarchie, denn sie greift an die Fundamente Preussens und des Deutschen Reiches. Wir ist noch heute morgen ein Aus-schnitt aus einer angehenden polnischen Zeitschrift zugegangen, worin ausgeführt wird: „Es ist kein Polen denkbar ohne Oberschlesien, Posen, Westpreußen, ja selbst nicht ohne Ostpreußen. Für den preussischen Staat bedeutet der Verlust dieser Provinzen die Aufgabe seiner Existenz, ja selbst seines Namens.“ Bülow meint, die preussische Regierung verstehe keinen Spatz in polnischen Angelegenheiten. Nun, auch wir verstehen keinen Spatz in den Fragen unsrer Existenz und unsrer Zukunft.“ Vor kurzem habe ich in einem in Grundenz erscheinenden Blatte gelesen, daß aus Oberschlesien, Posen, Westpreußen und Masurien ein eigenes polnisches Gebiet gebildet werden müsse, mit einem eignen Statthalter und einem eignen polnischen Landtag. Gleichwohl wurde ich aufgefodert, mir neben den verehrten Kollegen, die ich schon habe, noch einen besonderen Kollegen für polnische Angelegenheiten zuzulegen. (Weiterkeit.) Wer das sein sollte, wurde mir aber nicht gesagt. Wenn wir uns gegen eine solche Agitation wehren, so thun wir einfach unsre Pflicht. Es ist die Pflicht der Regierung, gegen alle Bestrebungen, die in das feste Gefüge des preussischen Staates einen feindlichen Keil hineintreiben wollen, alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, no quid detrimenti capiat res publica (damit der Staat keinen Schaden erleide).

Die Vorlage steht durchaus im Einklang mit den Tendenzen des 1886 vom Fürsten Bismarck vorgelegten Ansiedelungsgesetzes. Die Ansiedelungsaktion und die Domänenaktion können sehr wohl neben einander hergehen, sie ergänzen einander. Die Hauptsache bleibt natürlich, neue bäuerliche Ansiedelungen ins Leben zu rufen. Es fehlt aber den deutschen Ansiedlern vielfach an Offizieren, und zu solchen Offizieren würden sich gerade die Domänenpächter eignen. Ich weiß sehr wohl, daß alles darauf ankommt, daß die Waffe, die der Regierung zur Verteidigung des Deutschtums in die Hände gegeben wird, richtig angewendet wird.

Ich werde es mir ganz besonders angelegen sein lassen, über die Thätigkeit der Ansiedelungskommission zu wachen und dafür zu sorgen, daß die Ansiedelungskommission praktisch und geschäftsvorgreif, nicht in bürokratischer, sondern mehr in kaufmännischer Weise, nicht vom Standpunkt der Oberrechnungs-kammer, sondern von dem einer gut geleiteten Augen Bank. (Sehr richtig.) Dann wird es sich lohnen, Westpreußen und Posen mit einer Viertelmilliarde fruchtbar zu machen. Herr v. Rosciolski scheint sehr für die Finanzen des Staates besorgt zu sein. Mein verehrter Freund v. Rheinbaben hat aber doch auch die Vorlage als absolut notwendig bezeichnet, und selbst Bülow, der doch viel von Finanzsachen verstand, hat wiederholt darauf hingewiesen, daß mit der Ansiedelung recht wohl ein gutes Geschäft zu machen sei. Und

um unser Volkstum im Osten zu schützen, werden wir immer reich genug sein. (Beifall.) Es handelt sich um die Fortführung der nationalen Aufgaben, die die preussischen Könige in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit Ruhm gelöst haben. Darin werden wir uns nicht durch kleinliche Gesichtspunkte irren machen lassen. Wir denken nicht daran, unsre polnischen Mitbürger aus ihrer Heimat zu vertreiben, ihnen ihre Sprache und Religion zu nehmen. Wir hoffen vielmehr, daß unsre polnischen Mitbürger mit der Zeit aus voller Ueberzeugung gute und loyale Preußen und Deutsche sein werden; wir können aber nicht dulden, daß unsre Kaufleute und Handwerker boykottiert und wirtschaftlich vernichtet werden, daß der deutsche Bauer verdrängt und mit allen Chilanen sein Auzug erzwingen wird. Der fortschreitenden Polonisierung unsrer östlichen Provinzen wollen wir entgegenzutreten durch eine ruhige, klare und konsequente Abwehr. Wer auch immer später an meiner Stelle stehen wird, er wird vor der großpolnischen Agitation die Waffen nicht schießen, bevor nicht alle polnischen Unterthanen auf dem Boden der vollen Loyalität gegenüber dem preussischen Staate stehen. (Bravo!) Ich bin überzeugt, daß dieses hohe Haus dem Gesetz seine Zustimmung erteilen wird. (Lebhafte Beifall.)

Oberbürgermeister Wittig-Posen:

begrüßt die Vorlage mit Bemerkung. Die Begründung des Gesetzes, das ja im wesentlichen aus der Initiative des Reichszanklers hervorgegangen ist, geht nur in einer Beziehung von einer falschen Voraussetzung aus: man sollte die polnische Presse nicht gar zu tragisch und ernsthaft nehmen. Dieser heftige Ton liegt im Charakter des Volkes, es sind aber im wesentlichen nichts als Worte. Die polnische Bevölkerung trägt alle Merkmale einer aufstrebenden Bourgeoisie an sich, und eine solche ist nicht zu Aufständen und Unruhen geneigt. Noch heute könnte ein energischer Stadtherr mit einem Bataillon Infanterie die ganze Provinz, wofen in Schach halten. Andererseits liegt in der Energie und der Konsequenz der Polen eine große Gefahr für das Deutschtum. Die Thätigkeit der polnischen Agitation ist in ihrer Art geradezu großartig, und die Ansicht ist weit verbreitet, daß die Mittel zu dieser Thätigkeit nicht nur aus einheimischen Geldern gewonnen werden. (Hört! hört!) Allerdings kann das Bestreben nie sein, die Polen zu germanisieren; wer das ernstlich versuchen wollte, der würde in der That auf Granit stoßen. Von einer Unterdrückung der Polen seitens der Deutschen kann keine Rede sein, das beweist doch schon der große Erfolg der polnischen Nation. Bezeichnend aber ist, daß die Polen nie auch nur einen Silbergroßchen für gemeinnützige oder gar für deutsche Zwecke ausgeben. Herr v. Rosciolski, der doch heute sehr scharf gegen die Regierung gesprochen hat, ist für seine Haltung von der polnischen Presse sehr heftig angegriffen worden; man hat ihm seine „loyale“ Opposition auf das schärfste vorgeworfen. In der Verhörmingskammer war Herr v. Rosciolski in Posen der bestgehobte Mann; er konnte sich in Posen kaum auf der Straße sehen lassen. Herr v. Rosciolski und seine Freunde sind heute Offiziere ohne Soldaten; die polnische Bewegung hat längst aufgehört, eine aristokratisch-meritale zu sein, sie ist längst eine radikal-demokratische geworden. Das scheint auch das Centrum allmählich einzusehen. Auf dem Boden des von dem Reichszankler angeblich ausgesprochenen Kammervergleichs — ein genauer Beweis für seine Authentizität ist ja nicht geführt — stehe ich nicht ganz; ich glaube nicht an die ungeheure Vernehmung der Polen, in der Beziehung thun auch die Deutschen eigentlich ihre Schuldigkeit. (Weiterkeit.) Aber hauptsächlich werden durch die Haltung der polnischen Bevölkerung zahlreiche Deutsche aus der Provinz Posen verdrängt. Die Thätigkeit der Ansiedelungskommission bedarf mannigfacher Reformen. Wir können die geforderten Summen ruhig bewilligen. Die kulturelle Hebung des Ostens ist die einzige Möglichkeit, um die Deutschen auf die Dauer dort zu erhalten; die Polen bleiben immer in ihrer Heimat, man mag das Land noch so sehr verlottern und verclumpen lassen. In möglichst viele polnische Städte Garnisonen gelegt werden. Das das deutsche Beamtenum anlangt, dem man so vielfach Mandarinentum vorwirft, so ist es allerdings wünschenswert, daß es sich etwas mehr am öffentlichen Leben beteilige. Die östlichen Provinzen sind ein Teil der Monarchie; wenn ein Teil eines Körpers krank ist, so leidet darunter das Ganze. Deshalb darf keine Provinz sich weigern, zur Gesundung der östlichen Provinzen beizutragen. (Beifall.)

Fürst v. Sasfeld:

Die polnische Agitation ist in ganz radikale Bahnen eingelenkt; sie arbeitet der Sozialdemokratie in die Hände und sieht mit dem Ausland in Verbindung. Ihre Staatsgefährlichkeit sieht fest. Eine energische Abwehrpolitik ist absolut notwendig.

Graf Doernbroch:

Die Regierung ist verpflichtet, das Deutschtum des Ostens zu stärken. Dazu ist diese Vorlage ein geeignetes Mittel. Die Polen verhalten sich herabsetzend den deutschen Katholiken gegenüber. Freilich zu bedauern ist, daß man in einigen Kreisen die Protestantisierung des Ostens als die Lösung der polnischen Frage bezeichnet. Ich würde der Regierung dankbar sein, wenn sie auch in diesem hohen Hause erklärte, daß sie diese Tendenzen nicht billigt.

Reichszankler Graf Bülow:

Es handelt sich für die preussische Regierung hier um nationale, nicht um konfessionelle Gegensätze und Aufgaben. Jeder Gedanke an eine sog. Protestantisierung des Ostens liegt uns vollkommen fern. In diesen nationalen Aufgaben sollen sich alle Deutschen ohne Unterschied der Konfession beteiligen. Leider ist noch nicht in genügendem Maße für die Seelsorge der deutschen Katholiken im Osten gesorgt. Es ist aber eine Verdrehung der Thatfachen, daß die katholische Kirche im Osten nur unter dem Herrschaft des Polentums gedeihen könnte. Ich danke dem Grafen Doernbroch für seine Stellungnahme zu unsrer Osmarkenpolitik. Diese Stellung ist ein Beweis, daß ein deutscher Katholik sich durch seine Sympathien für seine polnischen Religionsgenossen nicht verblenden lassen darf, die von polnischer Seite dem Deutschtum drohenden Gefahren zu erkennen und zu würdigen.

Ernst Günther Herzog zu Schleswig-Holstein:

Es ist die Pflicht der Polen, gute preussische Unterthanen zu werden. So lange dies Ziel nicht erreicht ist, ist die Aufgabe unsrer Polenpolitik nicht erfüllt. Wir haben leider gegenüber andren Nationen nicht die glückliche Hand wie die Engländer. (Sehr wahr!) Wir müssen besonders dafür sorgen, daß in der Provinz Posen möglichst viele deutsche „Gentlemen“, vornehmste Leute aus allen Ständen der Bevölkerung vorhanden sind, die diese vornehme Bestimmung im Verkehr mit den Polen nach jeder Richtung zum Ausdruck bringen. Die Quintessenz unsrer Polenpolitik sollte sein: „Fortitor in re, neavitor in modo!“ (Energisch in der Sache, mild in der Form.) Wir müssen bestrebt sein, das beste Material der deutschen Bevölkerung, z. B. abgehende Offiziere, zur Ansiedelung in den östlichen Provinzen anzuregen. (Beifall.)

Oberbürgermeister Telbrück-Danzig:

Die Vorlage steht durchaus auf dem Boden der Verfassung. Die Polen freilich, wenn sie auch formell die Verfassung nicht verletzen, kämpfen mit ihren ganzen Anschauungen materiell gegen die Verfassung. Dafür zeugen alle modernen polnischen Schriftsteller, auch der historisch korrekte Einiewicz. Die Fortschritte der Polen liegen auf wirtschaftlichem Gebiete, und deshalb ist der Grundgedanke der Vorlage, ihnen auch auf wirtschaftlichem Gebiete entgegenzutreten, durchaus richtig.

Graf Droste-Bischoering:

Ich halte es nicht für recht, die Polen unter ein Ausnahmengesetz zu stellen. Die bisherige Ansiedelungspolitik hat nur sehr

geringe Erfolge erzielt. Möge die Regierung eine Politik der Ausföhrung treiben und nicht die Politik der Unterdrückung weiter verfolgen.

Fürst Bismarck:

Herr v. Rosciolski hat uns eine kleine Fabel erzählt. Ich möchte auch auf eine Fabel hinweisen, die vom Lamm und dem Wolf. Dabei spielen die Polen die Rolle der Wölfe, nicht umgekehrt, wie man es auf polnischer Seite darzustellen liebt. Herr v. Rosciolski rief aus: „Wir bleiben Polen!“ Ich hätte lieber gehört, wenn er gesagt hätte: „Wir bleiben Preußen, wenn auch mit polnischer Sprache!“ Die große Gefahr der Ansiedelungspolitik ist die, daß die deutschen Ansiedler gewöhnlich in der zweiten Generation Polinnen heiraten und dann ihre Kinder polnisch sprechen lassen. Dies ist bei der bekannnten Energie der Polinnen nicht verwunderlich. (Weiterkeit.) Das Hauptgewicht lege ich auf die Vernehmung des Domänenbesandes. Ich begrüße die Vorlage mit großer Gemüthsruhe und hoffe, daß die jetzige Politik konsequent fortgeführt werde und nicht wieder eine Zeit des Schwankens folge. (Bravo!)

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an eine Kommission von 15 Mitgliedern.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Rain-Redarbahn-Vertrag, kleinere Vorlagen und Petitionen.) Schluß 5 Uhr.

Die Zolltarif-Kommission

Berlin, 12. Juni.

Offenbar hat sich der Präsident vor Schluß des Reichstags die Ermächtigung zur späteren Feststellung der Tagesordnung für das Plenum, das am 14. Oktober erst wieder zusammentritt, erteilen lassen, damit er je nach dem Gange der Beratung in der Zollkommission die Eventualität ins Auge fassen kann, die 2. Lesung des Zolltarifs schon am 14. Oktober auf die Tagesordnung setzen zu können. Wenn er aber bei seiner gestrigen Anwesenheit in der Zollkommission, als diese ihren Geschäftsplan beriet, nochmals eine solche Möglichkeit überprüfte, mußte er aus den divergierenden Äußerungen aus allen Parteien zu der Ansicht kommen, daß sich dieser Wunsch schwerlich verwirklichen läßt. Die Sachverhalte, den Entwurf bis zum 14. Oktober in der Kommission durch die 1. und 2. Lesung zu legen, sind für alle Parteien unüberwindlich, wenn sie auf sachliche und gründliche Durchberatung Anspruch erheben. Die beste Begründung hierfür ist aus dem heuligen Kommissionsbericht zu ersehen.

Im Eingang der Sitzung macht der Vorsitzende die Mitteilung, der Präsident des Reichstags, Graf Vallerstrem, habe ihm seine Absichten bezüglich der Diktiergenauigkeit an die Kommission; er, der Vorsitzende, bittet darum, die Diskussion über den imzunehmenden Geschäftsplan zu vertagen, bis die Mitteilungen des Präsidenten eingelaufen seien. (Beifall.)

Zu Position 363 des Entwurfs, Zündpfeifen, Zündhütchen, Patronen — 36 Mark, stellt Geheimrat Bernuth anheim, diesen Zoll entsprechend den Vorschriften über Pol. 301/62 auf den von Ostheim beantragten Satz von 30 M. herabzusetzen. Die Kommission beschließt demgemäß 30 M. Zoll. Pol. 364, Zündhölzer, Zündstößchen aus Pappe 10 M., wird nach der Vorlage angenommen. Zu Pol. 365, Zündkerzen aus Stearin, Wachs oder ähnlichen Stoffen 12 Mark, beantragen die Sozialdemokraten Zollfreiheit; Geheimrat Fuld beantragt 10 Mark. Nach kurzer Debatte, in der Stadthagen den Antrag auf Zollfreiheit begründet, wird der Antrag Müller-Fuld angenommen.

Auch bei Pol. 368, Feuerwerk aller Art; Antimon-, Magnesium-, Zinkfäden — 50 M., stellt Geheimrat Müller anheim, den Zoll entsprechend dem Vorgang bei Schießpulver herabzusetzen.

Wollenbühre begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit im Interesse der Pyrotechniker. Die sozialdemokratischen Vorstände können für die Pyrotechniker das Abbreimen der Rohreiten verhindern und bedeuten daher materielle Vorteile. Man könne sicherheitspolizeiliche Vorschriften doch nicht, wie die Motive des Entwurfs nahe legen, mit einem Zoll belohnen.

Müller-Fuld beantragt 30 M. Zoll; Ostheim 3 M. Zoll. Brömel, der an Goldsins Stelle in die Kommission eingetreten ist, begründet letzteren Antrag und giebt zu, daß, wenn die Verhältnisse so liegen, wie Wollenbühre sie schildert, die Regierung einen Thorenstreich mit dem Zoll beginge.

Müller-Sagan will die Einfuhr fremden, besonders chinesischen Feuerwerks nicht beschränkt wissen. Die Arbeiter- und sonstigen patriotischen Vereine brauchen bei ihren Festen nur einheimische Feuerwerkskörper zu verwenden, dann würde die Industrie besser gestärkt, als durch den Zoll.

Sachverständigen Wollenbühre bezüglich der polizeilichen Schutzvorschriften bemängelt hatte.

Dahn und Förster-Sachsen beantragen Schluß der Debatte. Die Klassen wird nach dem Antrag Müller-Fuld, den Zoll auf 30 M. herabzusetzen, Pol. 367, Zündkerzen 5 M., wird nach der Vorlage angenommen.

Brömel erinnert daran, daß ein Beschluß der Kommission, wonach ein Namensverzeichnis der im wirtschaftlichen Auschuß vernommenen Sachverständigen den Mitgliedern der Kommission zugehen soll, nicht zur Ausführung gelangt ist.

Graf Posadowsky erklärt, das könne sofort geschehen. Die Verteilung erfolgt.

Darauf tritt die Kommission in die Beratung über den Geschäftsplan ein. Zuerst wird die Frage erörtert, ob zwischen der ersten und zweiten Lesung eine Pause eintreten soll. Spahn und Stadthagen treten für eine Pause ein; sie wünschen auch, daß eine Zusammenstellung der Beschlüsse erster Lesung an alle Mitglieder des Hauses übermittelt werden. Sachverständigen, daß dieser Zusammenstellung auch alle dazu gestellten Anträge beigegeben werden. Graf Posadowsky bestimmt freilich für die Verdringung der 2. Lesung.

Graf Posadowsky bittet, die Dispositionen so zu treffen, daß der Entwurf bei Wiedervereintritt des Plenums dort in zweiter Lesung genommen werden könne.

Speck wünscht, daß am 18. oder 20. Juli die erste Lesung beendet wird und die zweite Lesung am 1. September beginnt.

Dahn meint, die zweite Lesung müsse am 1. Oktober beendet sein. Wenn schnell gearbeitet wird, stellt uns das eine Brämie in Aussicht. (Weiterkeit.)

Brömel will keine Verschleppung, aber eine gründliche, eingehende Prüfung, dann könne das Plenum immer noch die zweite Lesung vornehmen, die er und seine Freunde wünschten.

v. Kardorff erwidert, Mitglieder der freisinnigen Vereinigung hätten ihm gesagt, sie wollten dafür sorgen, daß die Vorlage nicht aus der Kommission an das Plenum komme. (Brömel ruft: Namen nennen!)

Graf Posadowsky legt der Kommission in eindringlichen Worten nahe, das Wert nicht zu gefährden durch Hinauszögerung und dadurch das Ansehen Deutschlands vor dem Auslande herabzusetzen. Wollenbühre ist für eine Pause zwischen 1. und 2. Lesung, ebenso Müller-Sagan. Blauenhorn ist der Ansicht, daß der Termin des Wiedervereintritts des Plenums jedenfalls zwischen Regierung und Parteien vereinbart ist, in der Voraussetzung, daß die Kommission sich besitt mit ihrer Arbeit. Er giebt sich der Hoffnung hin, daß auch noch eine Pause vor dem 14. Oktober eintritt.

Bromel legt Verwahrung gegen die von Nordhoff ausgesprochene Beschuldigung der Verschleppung ein; er und seine Freunde wollten die zweite Lesung im Plenum.

Speck will die Sache nicht über 8 Rte brechen, sie sei zu wichtig, das werde man allerwärts einsehen; das Ansehen des Parlaments sei bisher gewahrt. Es sei unmöglich, wenn die Vorlage bis zum 14. Oktober nicht fertig werde, dann etwa trotzdem im Plenum die zweite Lesung zu beginnen, man könne nicht erst drei bis vier Stunden in der Kommission sitzen und dann im Plenum sofort weiter arbeiten, denn die Kommissionsmitglieder werden auch im Plenum die Hauptarbeit zu verrichten haben.

Stadthagen giebt zu bedenken, daß man vielleicht mit der Fortführung der zweiten Lesung in der Kommission nach dem 14. Oktober red. müsse. Daher empfehle sich, zwei Monate — August und September — Pause zu machen. Die bisherigen Vorschläge genügen nicht zur gesundheitlichen Kräftigung.

Müller Sagan befreit, daß bis jetzt nicht schnell genug gearbeitet worden sei, in anderen Kommissionen, z. B. für die Weinsteuer, habe man sich viel mehr Zeit gegönnt.

Paasche beantragt, nach der 1. Lesung eine Pause einzutreten zu lassen und am 16. August die 2. Lesung zu beginnen.

Spahn hat nichts dagegen, wenn die 2. Lesung am 1. September beginnt, aber eine Pause müsse nach der 1. Lesung eintreten.

Hoch meint, es sei unangängig, den Termin der 2. Lesung festzusetzen.

Speck beantragt, bis zum 18. Juli zu tagen, dann Pause bis zum 1. September eintreten zu lassen.

Beschlossen wird, die erste Lesung in einem Zuge zu vollziehen, dann über die Pause zu beschließen.

Bezüglich der Tagung für die erste Lesung entspinnt sich eine weitere längere Debatte.

Graf Rantz beantragt, die Tage vom 22. bis 29. Juni und vom 13. bis 20. Juli tagungslos zu lassen.

Stadthagen wünscht, daß in der Regel Sonnabend, Sonntag und Montag keine Sitzung stattfindet.

Inzwischen ist der Präsident **Graf Vassestrom** in die Kommission eingetreten, der das Wort zu einer Mitteilung bezüglich der Diätengewährung erhält. Er legt einen Plan der Diätengewährung im Vorschlagswege vor. Es sollen für jeden Sitzungstag 15 Mark Vorschuß gewährt werden. Der Plan wird ohne Diskussion acceptiert.

Beschlossen wird, diese Woche die Sitzungen von Freitag bis Mittwoch ausfallen zu lassen, in der Regel aber von Dienstag bis Freitag zu tagen. Ueber längere Pausen soll später beschlossen werden. Die Sitzungen werden täglich von 9—2 Uhr stattfinden.

Darüber wird die Beratung über den Entwurf bei dem Unterabschnitt G. chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, anderweitig nicht genannt, fortgesetzt.

Zu Position 308, **Wißströmpe** usw. 120 M., beantragen die Socialdemokraten, ebenso **Bromel** unter Veränderung des Textes Zollfreiheit. Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Position 309 **Elweh** ist früher erledigt, zu 370, **Käsestoff** (Casein) Käsestoffgamm 10 M., beantragen die Socialdemokraten, ebenso **Bromel** Zollfrei.

Antick erstattet Bericht über die Petitionen und begründet auch den Antrag auf Zollfreiheit. Die Einfuhr von ca. 8000 Doppelcentner rechteckige den Zoll nicht, zumal die einheimische Industrie nicht im mindesten dadurch beeinträchtigt werde. Höchstens werde die Wapppapier-Industrie angereizt, ebenfalls einen Zoll zu verlangen. Nach längerer Debatte wird die Position nach der Vorlage angenommen.

Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

Nachmittagsitzung.

Die Positionen 371—374, **Leim** betreffend, werden zur Beratung zusammengefaßt.

Die Socialdemokraten beantragen zu diesen Positionen Zollfreiheit. **Bromel** beantragt für 372 Leim aller Art und Gelatine 3 M., statt 5 M., der Vorlage; für 374 Elastischer Leim zu Buchdruckwalzen 3 M., statt 20 M.

Antick begründet den Antrag auf Zollfreiheit. Die langwierige Debatte erstreckt sich auf die durch den Zoll begünstigte Kartellbildung, sowie auf die handelspolitischen Momente dieser Zollposition.

Mollenbuhr ironisiert besonders die diplomatische Art der Regierung, einmal einen Zoll als geeignet zu erklären für Herabsetzung gewisser ausländischer Zölle, während sie gelegentlich, wie bei Rüben auf Säuren, das Gegenteil empfahl.

Antick wendet sich besonders gegen die Methode, die heute auch **Graf Rantz** wieder empfohlen habe, erst die Rohstoffe zu verzollen und dann als Endschädigung einen Zoll auf Fabrikate zu verlangen; daher fordern er und seine Genossen konsequent Zollfreiheit.

Speck beantragt zu Pos. 374 statt 20 M. zehn Mark zu legen.

Pos. 371, **Kohleim**, 3 M., wird nach der Vorlage angenommen; ebenso 372, **Leim** aller Art, 5 M.; ferner 373, **Wälder**, **Plättchen** zc. aus Gelatine 30 M. Zu Pos. 374, **Elastischer Leim**, wird der Antrag **Speck** angenommen. Pos. 375, **Holztee**, ist früher erledigt.

Pos. 376, **verdikete Gase**, einschließlich der Stahlflaschen, wird bis zu Pos. 803 angesetzt. 377, **Alkohole**, frei, wird angenommen. 378, **Kolloidum** und **Celloidin** 24 M., die Socialdemokraten beantragen; Zollfrei. Nach Begründung des Antrags wird die Position nach der Vorlage angenommen. Zu 379, **Chloroform** und **Chloralhydrat**, 30 M., wird trotz eingehender Begründung eines Antrags auf Zollfreiheit durch **Stadthagen** ein Antrag **Speck**, 20 M. zu legen, angenommen.

Pos. 381, **Gerbstoffe**, ist früher erledigt.

Pos. 382, **Künstliche Süßstoffe**, wird wegen des neuen Saccharin-gesetzes ausgelegt; ebenso 383, **Süßholzwurz**; 384, **Wassame**, künstliche, nicht über- oder weingeistig 40 M.; äther- oder weingeistig 60 M., wird nach der Vorlage angenommen. 385 ist früher erledigt. 386, **zubereitete Arzneiwaren** 40 M., wird ebenfalls trotz des socialdemokratischen Antrags auf Zollfreiheit nach der Vorlage angenommen. Besonders wurde auf die Belastung der Krankenkassen durch diesen Zoll hingewiesen. 387, **Gebheimittel**, 500 Mark. **Stadthagen** erhebt die Position überhaupt auf dem Tarif zu streichen. Wolle man gegen den Geheimmittelschwindel aufstehen, solle man den Vertrieb von Geheimmitteln verbieten. In der Diskussion wird auf das Amoralische hingewiesen, Geheimmittel mit Bewilligung des Staates einzuführen zu lassen.

Hahn und **Paasche** beantragen 1000 Mark Zoll, um prohibitorisch zu wirken. Die Position wird nach der Vorlage angenommen; ebenso Position 388, **Chemische Erzeugnisse**, anderweitig nicht genannt — frei.

Schluß 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

Sociales.

Radikale Wohnungspolitik. In der „Socialen Prozeß“, Nr. 37, schreibt ein Kreisarzt Dr. Richter in Remscheid über die Wohnungsfrage unter dem großen Titel: „Was darf in städtischer und gesundheitlicher Beziehung von einer menschlichen Wohnung in einem Kulturlande unbedingt verlangt werden?“ Darin finden sich folgende Sätze:

„Wohnräume und Küche müssen mindestens so hoch sein, daß die Einwohner sich aufrecht darin bewegen können.“

„Besondere heizbare Räume außer der Küche dürfen kaum zu verlangen sein.“

„Das Wasser muß klar und von gutem Geschmack sein, so daß Celerregung ausgeschlossen ist.“

Die ganze Bewegung für Reform und Regelung des Wohnungs-wesens könnte ruhig einpausen, wenn es die Grenze ihrer Forderungen darstellte, daß in einer Familienwohnung außer der Küche kein heizbarer Raum vorhanden zu sein braucht. Schließlich braucht auch kein Kulturmenschen ärztliche Belehrung darüber, daß in einer

Wohnung die Menschen mindestens sollen aufrecht stehen können und daß das Trinkwasser nicht ekelregend sein soll.

Gewerkschaftstarife bei staatlichen Arbeiten. Das Oberbergamt in Halle hat auf ein Verlangen des Tarifamtes der deutschen Buchdrucker die Erklärung abgegeben, daß bei Vergabung der Druckarbeiten des Oberbergamts nach Möglichkeit nur tariftreue Druckereien beschäftigt werden würden.

Die sächsische Regierung und die Konsumvereine.

In Klingenberg (Dresden) hatte der Konsumverein für den Plauenischen Grund ein Zweiggeschäft errichtet und von den zahlreich dort wohnenden Bohrarbeitern traten auch eine Anzahl ein, denn bei ihren keineswegs glänzenden Löhnen haben sie ja alle Veranlassung, billig einzukaufen. Die Betriebsdirektion Dresden-Alstadt erhielt von diesem schrecklichen Ereignis Wind und verbot ihren Arbeitern die Mitgliedschaft in dem nach ihrer Meinung offenbar staatsgefährlichen Konsumverein. Der Vorstand, der sich natürlich eine solche geschäftliche Schädigung nicht gefallen lassen wollte, wandte sich beschwerdeführend an die Generaldirektion und sandte zur Orientierung ein Statut und einen Rechenschaftsbericht mit, damit sich die Generaldirektion daraus über den Zweck der Konsumvereine unterrichten könne. Trotzdem entschied Herr v. Kirchbach in einem Schreiben, nicht in der Lage zu sein, das Verbot der Betriebsdirektion aufzuheben. Der Vorstand des Konsumvereins wandte sich nun an das Finanzministerium. Aber das Finanzministerium antwortete, „daß nach dem Ergebnis der angestellten Erörterungen für das Ministerium kein Anlaß vorliege, die Zustimmung des von der Eisenbahnverwaltung an ihre Bediensteten erlassenen Verbots der Beteiligung an dem Zweig-Konsumverein in Klingenberg zu verlegen.“

Diese schweren Bedenken der sächsischen Eisenbahnverwaltung gegen den Konsumverein erschienen und begrifflich angefaßt der Thatsache, daß ihr selbst das Gelingen des Dresdener Konsumvereins um Geleisenschluß für seine Niederlagen einen schweren Gewissenskonflikt verursachte, der erst nach langwierigen Verhandlungen gelöst wurde, nachdem der Verein sich bereit erklärt hatte, sein Grundstück durch einen hohen und dichten Pflanzergaum gegen das Bahngrundstück abzusichern.

Ebenso wie den Bahnarbeitern in Klingenberg wurde übrigens den Forstarbeitern in Tharandt amlich verboten, dem Konsumverein anzugehören.

Sonderbar berührt dieses Verfahren aber doch, wenn man es mit der Denkschrift der sächsischen Regierung über die Konsumvereine vergleicht, worin der große wirtschaftliche Nutzen der Vereine und der handelsmäßige Fortschritt, den sie darstellen, offen anerkannt wird. Scheute sich doch auch die sächsische Militärverwaltung nicht, leidhaftige königlich sächsische Unteroffiziere in die Kaserne des Leipzig-Platziers Konsumvereins zu schicken, um deren Einrichtungen zu studieren zum Zweck der Rüstbarmachung bei der Errichtung einer neuen Militärkaserne.

Es scheint fast, als ob das sächsische Finanzministerium seine Kollegen in der Regierung an Furcht vor den Konsumvereinen bei weitem überträte.

Strafentzahn mit Königstreue. Der Rat der Stadt Dresden hat eine Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter beschlossen, nach der alle Arbeiter bei der Aufnahme in den städtischen Dienst dem König Treue und Gehorsam schwören müssen. Nach einem planmäßigen Grunde für diese Vorschrift fragt man sich vergebens. Sofort entlassen kann ein Arbeiter auch werden, wenn er andre Arbeiter zu Handlungen gegen das Interesse der Stadt aufweget. Da selbstverständlich von einer Garantie des Koalitionsrechtes in der Arbeitsordnung nicht die Rede ist, so muß man befürchten, daß schon die Agitation für die Teilnahme an einer Berufsorganisation unter dieser Vorschrift gebracht werden kann. Die Arbeitsordnung setzt auch einen Mindestlohn und eine Pension für die Hinterbliebenen städtischer Arbeiter fest, doch ohne jeden Rechtsanspruch. Die Bewilligung erfolgt vom Räte in jedem einzelnen Fall nach seiner Entschlieung und kann jederzeit wieder zurückgenommen werden.

Die Anwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bleibt ausgeschlossen.

Die Stadtverordneten haben die Arbeitsordnung noch nicht beschlossen.

Beschränkung der Kinderarbeit in Kopenhagen. Das neue bänische Fabrikgesetz, das zu Neujahr in Kraft getreten ist, giebt den Kommunen das Recht, durch besondere Verordnungen, die vom Ministerium des Innern genehmigt sein müssen, und nach eingeholter Erklärung des Arbeiterrates, die Arbeit der Kinder und Jugendlichen in gewissen Erwerbszweigen zu verbieten und einzuschränken. Der Magistrat Kopenhagens hat nach Rücksprache mit der Schuldirektion bereits Ende Januar der Stadtverordneten-Versammlung die beschlossene Vorlage unterbreitet. Hieraus sind nun folgende Bestimmungen hervorgegangen, die am 9. Juni in der Stadtverordnetenversammlung angenommen wurden. Für Kinder unter 12 Jahren sind folgende Arten der Erwerbstätigkeit verboten: 1. Das Anstrichen von Wänden, Brot und Zeitungen für Geschäftsleute, gleichviel, ob sie von diesen direkt oder durch Zwischenpersonen dazu verwendet werden; 2. Dienstleistungen außerhalb des Elternhauses auf Regalbahnen, Schankstätten, an Karussellen, Spiel- und Schießständen; 3. Beschäftigung bei Abfällen von Bier oder Petroleum; 4. Ausübung von Handel für andere Personen als die Eltern. Vom zwölften Lebensjahre bis zur Beendigung der Schuljahre dürfen Kinder in den genannten Erwerbszweigen nur 6 Stunden einschließlich einer halbstündigen Ruhepause täglich, und nur in der Zeit zwischen 6 Uhr morgens und 8 Uhr abends beschäftigt werden; sie dürfen nicht während der Zeit des Schul- und Konfirmations-Unterrichts, und auch nicht in den letzten 1 1/2 Stunden vor dem Beginn des Unterrichts zu solchen Arbeiten verwendet werden, und nicht an Sonn- und Feiertagen. Ferner wurde festgesetzt, daß Handelslehrlinge beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahre nicht in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens beschäftigt werden dürfen, ausgenommen am Abend vor Sonn- und Feiertagen. Für diejenigen, die die Handelsschule besuchen, ist die Arbeitszeit so einzurichten, daß sie nicht am Schulbesuch gehindert werden. Ehe ein Kind oder junger Mensch angenommen wird, soll sich der Arbeitgeber durch ärztliches Attest vergewissern, ob bei dem Gesundheitszustand des Kindes oder jungen Menschen die Beschäftigung in dem betreffenden Erwerbszweig zulässig ist. Die Kommunalverwaltung der Rådhusstr. 12, **Fredrikzberg** hat dieselben Verordnungen beschlossen, nachdem vorher ein Einverständnis zwischen den beiden Gemeinden herbeigeführt worden war.

Prozeß Sanden und Genossen.

Dreizehnter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichts-Direktor **Heidrich** wird die Verhandlung bei dem Teil der Anklage wieder aufgenommen, der von den Terrain-Spekulationen der Angeklagten **Ed. Sanden** und **Buchmüller** und der Art, wie diese verhandelt worden sind, handelt. Es handelt sich im wesentlichen um die Prüfung der Frage, welche Hypothesen und in welchem Betrage Sanden und Buchmüller persönlich bezug, die ihnen gehörige Grundverbaufs-Gesellschaft an die Preußenbank und die deutsche Grundschuldbank geliefert haben und welche Beträge dieserhalb und wegen der sonstigen Geschäfte der Genannten aus der Kasse der Preußenbank geflossen sind. Ueber die betreffenden Verordnungen der Herren Richter und Hofmann, die von den Rechtsanwaltschaften **Wernstein**, **Dr. Voller** und **Justizrat Wronker** wiederholt bekämpft werden, finden lange Erörterungen statt, wobei die Sachverständigen **Herrn Rat Dr. Hecht** und **Kommerzienrat Lucas** ausführende Erklärungen zu geben suchen.

Ueber die sehr schwierigen und komplizierten Buchungsfragen läßt sich **Herrn Rat Dr. Hecht** in einer umfangreichen Darlegung der ganzen Buchungsmethode, die bei dem Spielbanc-Concert in Prag geübt wurde, aus. Aus einigen von ihm vorgelegten typischen Fällen ergibt sich ungefähr folgendes Bild: Sanden und Buchmüller kauften ein

Terrain; die Bank erhielten sie von der Aktiengesellschaft, diese erhielt die Bank an demselben Tage von der Preußenbank. Ferner eine Parzelle von Sanden und Buchmüller verkauft wurde, so gab die Bank die Bausgeld-Hypothek, die für Sanden und Buchmüller eingetragene Kaufgeld-Hypothek wurde an die Aktiengesellschaft gegeben und von da gelangte sie an die Preußenbank und die Grundschuldbank. Dabei wurde oft eine Permutation vorgenommen, so daß die Spitzen später an die Grundschuldbank kamen. Dieses Verfahren ist öfter auch abgelehrt worden. Bei ganz juristisch-formalen Verfahren hätte man eine Cession an die Aktiengesellschaft machen müssen und von da eine Cession an die Preußenbank und die Grundschuldbank, man hätte die Sache aber ab und es fand eine direkte Abtretung an die Preußenbank statt. Als Resultat ergibt sich, daß die Preußenbank das bare Geld gab und sie und die Grundschuldbank zweit- und drittstellige Hypothesen erhielten. Nun entstanden bei den Bausgeld-Hypotheken Inzinsrückstände, es wurden dann antizipatorische Verwaltungen eingerichtet, bei den zweiten und dritten Stellen entstanden auch Inzinsrückstände und es kamen Substitutionen vor, und für die Verluste, die daraus entstanden, wurde das Konto Buchmüller belastet. Es hat sich ergeben, daß sich nicht alle Hypothesen-Verträge prüfen lassen. Der Sachverständige, der erklärt, daß Geschäfte solcher Art bei Hypothesenbanken nicht vorkommen sollten, hält die vorliegende zahlmäßige Aufstellung für richtig und geht noch näher auf die komplizierten Buchungen bei diesen „Kaufgeschäften“ ein, durch welche die Inzinsrückstände beseitigt wurden und bei welchem die Aufschreibebücher die Ueberprüfbarkeit verlieren mußte. Ihm selbst sei bei der Prüfung dieser Buchungen manchmal schwindlig geworden, denn

Millionen spielten gar keine Rolle,

ein Posten von 23 Millionen sei beispielsweise in einer einzigen Zeile gebucht zc. zc. Bei diesen Buchungsmethoden zu einer Klarheit zu kommen, sei ungemein schwer. Darüber könne kein Zweifel sein, daß der Geldbeutel bei den hier in Frage kommenden Geschäften der Angeklagten Sanden und Buchmüller unter allen Umständen der Preußenbank war. Nach der zahlmäßigen Aufstellung hat die Deutsche Grundschuldbank 9 897 745 Mark Hypothesen erhalten und ihnen 1 758 000 Mark bares Geld geliehen, so daß sie im Laufe der Jahre 7 959 745 M. mehr erhalten hat, als sie zu fordern hat. Wohin diese Summe verschwunden ist, läßt sich nicht feststellen. Wichtig wäre es auch, das buchmäßige Verhältnis der einzelnen Gesellschaften untereinander im einzelnen festzustellen; wenn man die Conten der verschiedenen Gesellschaften miteinander vergleicht, so ergeben sich auch sehr merkwürdige Dinge. So hatte beispielsweise im Jahre 1892 die Preußenbank nach ihren Büchern bei der Aktiengesellschaft ein Guthaben von 23 Millionen, nach den Büchern der Aktiengesellschaft aber nur ein Guthaben von 17 Millionen, im Jahre 1893 lauten die betreffenden Zahlen auf 21 Millionen in den Büchern der Preußenbank und auf 16 Millionen in den Büchern der Aktiengesellschaft usw. Die Conten stimmen also nicht. Was die Grundschuldbank betrifft, so hat sich dieselbe als Ablagerungsstätte für

Hypothesen zweiter und dritter Stelle

herausgebildet. Der Einwand der Angeklagten, daß sie die Terrain-geschäfte gemacht haben, um der Preußenbank Amortisations-hypothesen zu verschaffen, erfordere nach der Ansicht des Sachverständigen die Antwort: konnte die Preußenbank bei den Schwierigkeiten, die ihr aus den Normativbestimmungen erwachsen, keine Hypothesen erhalten, so dürfte sie zu diesem Kreditsmittels nicht greifen, sondern ihre Bedingungen ändern.

Staatsanwalt Veed: Er wolle noch einmal feststellen, daß den Angeklagten der Vorwurf gemacht werde, daß sie Hypothesen-geschäfte für eine Rechnung gemacht haben, die aus diesen Geschäften entstandenen Verluste jedoch auf die Tochtergesellschaften ab-geschoben haben.

Angell Buchmüller befreit dies. Er hebt nochmals hervor, daß die ganzen Terrain-geschäfte nur vorgenommen seien, um der Preußenbank unterlagfähige Hypothesen zu schaffen. Im Laufe der Jahre sei die Konkurrenz der Aktien- und ähnlicher Gesellschaften eine sehr erhebliche geworden und daraus habe sich die Notwendigkeit solcher Geschäfte herausgestellt.

Die Sachverständigen **Bücherrevisoren Kruse** und **Huske** lassen sich auch eingehend über die verschiedenen Fragen der Buchführung aus. Daß die Conten der einzelnen Gesellschaften nicht stimmen, sei eine ganz naturgemäße Sache, denn die Angeklagten haben die Salden, wie sie sie haben wollten; die in den Conten sich ergebenden Differenzen erklärten sich dadurch, daß bei der Preußenbank Buchungen vorgenommen wurden, von denen die Aktiengesellschaft nichts wußte. Diese Buchungen wurden im folgenden Jahre einfach wieder storniert. Verschwunden seien Hypothesen nicht, sie ergeben sich einfach aus den Conto- und Kontoforrent-Buchungen. Das Thema „Grundschuldbank-Spekulationen“ von

Sanden und Buchmüller

und die darauf bezüglichen Buchungen veranlaßt noch eine Reihe weiterer Auseinandersetzungen zwischen den Rechtsanwaltschaften **Vernstein**, **Dr. Voller**, **Justizrat Wronker** und **Justizrat Stern** auf der einen, sowie **Staatsanwalt Veed**, **Kommerzienrat Lucas**, **Herrn Rat Hecht**, den **Bücherrevisoren Kruse** und **Huske**, sowie den Herren **Richter** und **Hollmann** auf der andern Seite.

Die Anklagebehörde faßt das Ergebnis der Feststellungen dahin zusammen: das Risiko der Spekulationen trugen die Preußenbank und die Grundschuldbank und die Angeklagten beliehen die Grundstücke auf Grund von unrichtigen Taxen weit über die statutenmäßige Grenze hinaus und zwar gegen verhältnismäßig geringe Zinssätze, zahlten die Zinsen nicht in Bar und Provisionen überhaupt nicht. Dagegen erlitten die Banken dadurch, daß ihnen die insolvente Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothek-Verkehr als Schuldnerin überwiesen wurde, einen erheblichen Ausfall.

Justizrat Wronker: Ueber diese Aktiengesellschaft seien wiederholt gelegentliche nicht schöne Bemerkungen gemacht worden. Da dies mitteilbar auch ihn angehe, so wolle er schon jetzt bemerken, daß er sich weiteres bis zu dem Augenblick vorbehalten, wo die Verhandlung zu dieser Aktiengesellschaft kommen werde. Er hoffe, dann nachweisen zu können, daß sich die Sachverständigen da sehr oft auf einem Wege befinden, den man unter andern Verhältnissen einen „Holweg“ nennt.

Justizrat Wronker beantragt noch die Vorladung zahlreicher Zeugen, die am Montag vernommen werden sollen.

Es folgt die Verhandlung eines Abschnitts der Anklage, bei welchem **Heinrich Schmidt** und **Ed. Sanden** der Untreue beschuldigt werden.

Wie durch die Sanden-Buchmüller'schen Terrain-geschäfte die Preußenbank, so soll die Grundschuldbank durch Terrain-geschäfte des **Edward Sanden** und **Heinrich Schmidt** geschädigt worden sein.

Der Vorsitzende sagt die Thatsachen, um die es sich handelt, dahin zusammen: **Heinrich Schmidt** hat zusammen mit dem **Bau-meister Max Jiegra** 1892 in der Gegend des Saviignylages in Charlottenburg verschiedene

Bauterrains

erworben, parzelliert und die Parzellen zu Bauzwecken veräußert. Auf diesen Parzellen sind in der Folgezeit etwa 40 Häuser errichtet worden, deren Eigentums- und Hypothekverhältnisse bei vier Grundstücken genauer untersucht sind. Alle diese vier Fälle haben das Gemeinsame, daß **Schmidt** und **Jiegra** den Grund und Boden um mehr als das Doppelte weiterveräußert haben, daß die Käufer keine oder eine nur sehr geringe Anzahlung leisteten und daß der Kaufpreis voll oder nahezu voll hinter einer Bausgeldhypothek eingetragen wurde, welche die Preussische Hypothekbank besaß. Der Verdienst **Schmidts** bestand danach zunächst in seinem Anteil an den eingetragenen Kaufgeldern abzüglich des auf ihn im Verhältnis zur verkauften Parzelle entfallenden Teils des Terrain-Einlaufpreises. **Schmidt** soll sich zum Schaden der von ihm geleiteten Bank einen großen eigenen Vorteil verschafft haben. **Edward Sanden** wird für die Straftat **Schmidts** insofern mit in Anspruch genommen, als er die beanstandeten Geschäfte als sein General-bevollmächtigter besorgt hat.

Engelkoffer Heim. Schmidt bleibt bei seiner Behauptung, daß er bei den Verkäufen der Parzellen in keiner Weise sich beteiligt habe und daß Eduard Schmidt von dem Gewinn 1/3 erhalten sollte. Er benimmt für beide Behauptungen eine Anzahl von Zeugen, die zu morgen geladen werden sollen.

Es werden dann die Verhältnisse von vier dieser Häuser im einzelnen erörtert, um zu zeigen, welche Schwäche die Hausgeldhypotheken gehabt haben und wie die Deutsche Grundschuldbank durch sie geschädigt worden ist. Es wird behauptet, daß bei diesen Grundstücken - Schillerstr. 69, Schlüterstr. 67, Grolmannstr. 14 und Kanitzstr. 23 - die Angeklagten ihres eigenen Vorteils wegen überhohe Belastungen

durch die Deutsche Grundschuldbank herbeigeführt haben. Auch bei anderen Schmidt u. Jürgensen Grundstücken sind die von der Deutschen Grundschuldbank gegebenen Hypotheken von der staatlichen Prüfungskommission beanstandet worden. Der nach der letzteren Schätzung im einzelnen sich ergebende Rinderwert variiert bei den einzelnen Häusern zwischen 15 000 und 45 000 M.

Ueber einzelne Grundstücke, welche Schmidt und Jürgens verkauft haben, berichtet Vizepräsident K r u s e. An diesen Grundstücken hat die Deutsche Grundschuldbank erhebliche Verluste erlitten bezw. zu gewärtigen.

Engelkoffer Heim. Schmidt bestätigt wiederholt, daß er von den Vorgängen keine Kenntnis gehabt habe, da er nur zu Unterschriften zugezogen worden sei. Es werden zu diesem ganzen Thema noch mehrere Zeugen benannt, die morgen vernommen werden sollen.

Die Verhandlung wird auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Kindel. Gewiß sind in Teget Badeanstalten für Männer und Frauen. J. J. 38. Für so junge Kinder besetzt unser Wissen keine Einrichtung zur Verpflegung in Sommerfrühen.

12. P. P. Ausbildung zur Hebamme erhalten Sie im Hofmannen: Institut der Charité, aber nicht unentgeltlich. Kursus 6 Monate; Wohnung im Institut, Verpflegung, Ausbildung usw. kosten zusammen etwa 300 Mark.

Reminis. Wenden Sie sich an Witt. Ros. Bäder, Wolgasterstr. 3/4. **A. S. 1.** 1. Der heilige Georg, Schutzherr der Ritter. 2. Sicherheit im Sturm. 3. Die besondere Heronankunft läßt sich nicht feststellen; im allgemeinen ist darüber zu sagen, daß die Träger der Münze sich hiesig und hiesig glaubten.

G. S. 26. Vom Elementarfall bei Straußberg ist ein großer Teil für Kaufmänner geeignet. Die Hauptverleumdungen können schreien werden. **M. S. 8.** Die Anstalt wird durchweg gerühmt. Trotzdem sollten Sie sich noch nachträglich mit der Krankenkasse in Verbindung setzen. Von den Krankengeldern wird nur nach Vereinbarung für jeden einzelnen Fall ein Teil abgezogen; an sich fällt das Krankengeld zum größten Teil der Versicherungsgesellschaft zu. - **2. 00.** 1. In dem ersten Bande der Berliner Arbeiterbibliothek (Buchhandlung Vorwärts) finden Sie eine treffliche Darstellung von O. S. Eine neuere ist und nicht bekannt. 2. Sie leben außer Untertugend, können aber nachher oder gerichtlich einen Beitrag im Sinne eines Vertrages fällen, wie Sie ihn S. 25 Nr. 22 des dem "Arbeiterrecht" beigegebenen Hefens finden. Das "Arbeiterrecht" liegt in den öffentlichen Verhältnissen aus. 3. Leider nein; der Anspruch ist veräußert. 4. Die Adressen der Baugenossenschaften stehen im Adresskalender. - **Alter 21.** 1. Ja. 2. Eine Reihe besonders hervorzuhebender Forderungen. 3. Nein. 4. Mit der Eintragung wird eine Hypothek gültig. - **178. Ja.** - **W. G. 11.** 1-5, 7; Nein. 6 und 8: Ja. - **Generalpächter.** Mangel anderer Vereinbarung könnte nur unter Einhaltung einer halbjährlichen Kündigungsfrist zum Ablauf des nächsten Jahres gekündigt werden. - **E. R. 2.** Nein; nur dann, wenn etwa die Eltern veräußert zum Unterhalt aufgefordert waren, könnten Sie die Eltern mit Erfolg regreßpflichtig machen. - **H. R. 57.** Nein. Sie würden nur für einen Monat Miete verlangen können. - **G. Wesenberg.** Die Deirat zweier sogenannter zusammengebrachter Kinder, also Kinder, welche beide Eltern in die Ehe mitgebracht haben, ist zulässig, und zwar auch dann, wenn aus der Ehe der Eltern ihnen halbwürdige Geschwister geboren sind. - **O. P. Ja.**

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 13. Juni.
Opernhaus. Robert der Teufel. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Jugend von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Der polnische Jude. Die Hand. Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Theaterpark: Offenbach. Cagliostro. Regimentsjäger. - Freizeiter und Liebhaber. - Kasperl und Hölzer. Anfang 8 Uhr.
Schiller. Die Mottenbürger. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die verkaufte Blode. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiten. Godefrone. Ab. 7 1/2 Uhr.
Metropol. (Moritz-Oper.) Der Gefallen von Konstantin. Anfang 8 Uhr.
Neues. Die Großstadtluft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Heidberg. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Coralle u. Cie. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Gastspiel der Schiller. Almenrausch und Edelweiß. Anfang 8 Uhr.
Velle-Alliance. Die Dame aus Tsauville. Hieraus bei ungenügender Witterung im Theater: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Reich. Die Viper. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Einen Zug will er sich machen. Anfang 7 1/2 Uhr.
G. v. Holzhausen. Neues Theater (Niederbrett). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Serenissimus-Zwischenspiele. Rosenmarkt. - Schöne Seelen. - Kollegen. Anfang 8 1/2 Uhr.
Cryphon. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Nypho. Lustspiele. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Heidhallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vollage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Vollage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr.

Die deutsche Ostseeküste.

CASTANS Panoptikum
Friedrich-Strasse 105. Photographische Aufnahme von der Insel **Martinique** und von den Schlachtfeldern **Transvaals.**
Im Konzertsaal: **Schwedische Künstlerkapelle** 4 Damen, 2 Herren.

Passage-Panoptikum.

Der weibliche Affenmensch. Die Seefluger. Der Tigerknabe.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.

Willy Prager

16 Elite-Nummern.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Nur noch kurze Zeit. Die Viper. Arminioskauispiel in 7 Akten.

Central-Theater.

Freitag, den 13. Juni 1902, Anfang 8 Uhr. Zum 153. Male: **Coralie & Cie.**

Schall und Rauch

(Kleines Theater) Unter den Linden 44. Freitag, 13. Juni, Anfang 8 1/2 Uhr: **Serenissimus-Zwischenspiele u. a.**

Prater-Theater

Sahaniens-Allee 7-9. Täglich: **Durch fremde Schuld.**

Wintergarten.

Aus dem interessantesten Juni-Programm: „Das Mädchen mit dem gold. Haar“ und 16 erstklass. Spezialitäten.

W. Noacks Theater.

Wilmersdorferstr. 16. Täglich im Garten: **Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.** **Onkel Don Juan.**

Apollo-Theater

Um 7 Uhr: Garten-Konzert. Um 8 Uhr: Die neuen sensationellen Spezialitäten! Um 9 Uhr: Kolossaler Lächererfolg. Paul Linckes Ausstattungs-Operette

Lysistrata

mit dem Luftballon „Grigolatta“ Kassenöffnung 7 Uhr.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 7. **Hermann Imbs.** Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn. Täglich im Garten, bei ungenügender Witterung im Saal: **Hoffmanns Norddeutsche Säger und Konzert.** Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Konzertausch.** **Tausch frei!** Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr. **Eintritt 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.**

Max Kliems Sommer-Theater.

Häselheide 13-15. Artistischer Leiter: Gust. Bock. Täglich: **Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung** Jeden 1. und 15. d. Monats: **Wechselndes Programm!** **Donnerstag: Elite-Tag.**

Frühels Allerlei Theater

früher Pahlmann Schönhauser-Allee No. 148. Durchweg glanzvoll erneuert! Täglich: **Gr. Garten-Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.** **Kommen! Sehen! Stammen!** **Abendstück köstlicher Beifall** **des erlauchtesten Meisters Programms!** **Im Prater: Gr. Ball.** Anfang Konzert 5 Uhr, Ball 6 Uhr. **Eintritt 30 Pf., Speck 50 Pf.** **Vorzeige dieser Annonce** **geben auf alle Plänen d. Hälfte.** **Bei ungenügender Witterung** **finden die Vorstellungen im Saal statt.**

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.** Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. **Tageskasse 11-17 Uhr.** **Neues Programm!**

Extrajahrt

Sonntag, den 15. Juni: **nach Teupitz, Abfahrt 7 Uhr** **an der Straßener Brücke** **(Stat.: Kahn & Herzer).** **Fahrtpreis hin und zurück 2 M.** **43384 L. Kahn, Stralau.**

Herren-Kragen.

rein leinen, garantiert 1fach, künstliche neue Fasern in allen Weiten **Stück 15 Pf.,** so lange der Geschlossene Kragen **per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.** **Manschetten, prima, garantiert 4 fach,** **1/2 Dutzend 2,25 Mark,** **Oberhemden, Servietten, Krawatten** **in größter Auswahl. Tricotagen,** **Strümpfe. Detailverkauf zu Engrospreisen.** **43152* Ernst Marouse, Mühlstr. 33.**

Wilhelm Gierke

am 11. Juni nach schwerem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Friedrichshofs, Doppel-Allee, aus statt. **Emma Gierke nebst Tochter** **und Schwagersohn,** **Streitbergerstr. 51, II.**

Berein der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Todes-Anzeige. Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser langjähriges, treues Mitglid, der Kamerad **Wilhelm Gierke** am 11. Juni verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichshofs in der Doppel-Allee aus statt. **257/14** **Um recht zahlreiche Beteiligung** **erlaubt** **Der Vorstand.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer

(G. S. Nr. 2. Hamburg.) Den Mitglidern zur Nachricht, daß das Mitglid unserer Kasse, der Zimmerer **Wilhelm Gierke,** **Streitbergerstr. 51 wohnhaft,** **am 11. d. Mts. verstorben ist.** **Die Beerdigung findet am Sonntag,** **den 15. d. Mts., nachmittags 4 Uhr,** **von der Leichenhalle des Friedrichshofs** **des Friedrichshofs Gemeinde in der** **Doppelallee aus statt. 259/9** **Um rege Beteiligung bitte!** **Der Vorstand, Bez. II.**

Möbelfabrik „Victoria“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Berlin, Krautstr. 52. Bilanz-Conto am 31. Dezember 1901.

Aktiva	
in Fabrikations-Conto	
Materialien	16 719,45
Cassa-Conto	461,52
Juvenilar-Behände	5 567,00
Conto-Corrent-Conto	
Debitoren	1 061,25
Gewinn- und Verlust-Conto	2 046,09
Conto, Verlust	2 046,09
Passiva	
Per Darlehen	15 577,82
Accepte	4 903,25
Conto-Corrent-Conto	
Creditoren	4 805,44
Geschäftsanteile (per Mitglieder)	480,-
Marl 25 856,51	
Gewinn- und Verlust-Conto	
am 31. Dezember 1901.	
Debet	
in Umlaufen und Käufen	21 163,11
Abrechnung vom 31. Januar	618,68
Marl 21 781,79	
Credit	
Per Fabrikations-Conto	
Geschäftsgewinn	19 735,10
Bilanz-Conto, Verlust	2 046,09
Marl 21 781,79	
Im Laufe des Geschäftsjahres 1901	
ist ein Genosse freiwillig ausgeschieden,	
neu eingetreten keiner. 1926	
Zahl der Genossen am 31. Dezember	
1901: 16.	
Die Haktsumme der Genossen be-	
trägt am 31. Dezember 1901: 480 M.	
Der Vorstand:	
Ginsche, Schulze.	

Sommertheater Marienbad

Badr. 35/36, Gesundbrunnen. Täglich: **Gr. Spezialität-Vorstellung.** **Berliner Wäghermädel.** **Wittwochs und Sonntags: Ball.** **Eintritt 20 Pf.**

Schweizer Garten

Am Königsthor 42022* **Am Friedrichshain** Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.** **Freier Damentanz bis 7 Uhr.** **Um 10 Uhr: Enjaune im Bade.**

Dankfagung.

Den Mitglidern der Central-Sterbekasse der Zimmerer, Zahlstelle 7, und dem Centralverband der Zimmerer, Bezirk 7, sowie allen Kollegen sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. **Ww. Preuss geb. Rung** **nebst Kindern.**

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines lieben Vaters **Karl Voigt** sagen wir hiermit allen Bekannten, Genossen und Freunden unseren herzlichsten Dank. **Witwe Friederike Voigt** **und Kinder.**

Achtung, Charlottenburg!

Sonntag, den 15. Juni, in den Gesamträumen des neuen Volkshauses, Rosenstraße Nr. 3:

III. Stiftungs-Fest

des **Verbands der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.** (Zahlstelle Charlottenburg) **beschend in** **Konzert und humoristischen Vorträgen.** **Festrede,** gehalten von dem Genossen **Waldock Manasse.** **Bei eintretender Dunkelheit: Große Kinderfackelprozession,** **womit jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält. Eintritt 25 Pf. Herren,** **welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. 64/12** **Anfang des Konzerts 4 Uhr. - Ende?** **Zahlreicher Besuch erwünscht. Das Komitee.**

In Folge grosser Abschlüsse

in **Teppichen, Portieren, Gardinen, Stores, Divan-, Tisch- und Steppdecken, Läufern, Möbelstoffen und Plüsch** sind wir in der Lage, solche für die Hälfte des regulären Wertes zum Verkauf zu stellen, und können wir Lagerbesuch nur dringend empfehlen. **43592**

Teppichhaus Adler & Co.,

Königstr. 20-21, dicht am Rathaus.

Zum Abschluß von

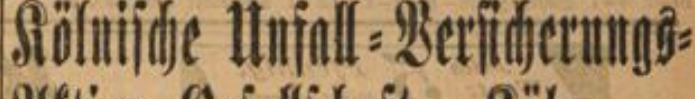
Einbruch- Diebstahl- Versicherungen empfiehlt sich die

Rölnische Unfall-Versicherungs-

Aktien-Gesellschaft in Köln a. Rh. Nähere Auskunft erteilen gerne die Generalvertreter der Gesellschaft (siehe Band II, Seite 28, im Annoncenenteil des Adressbuches), sowie die Subdirektionen der Feuerversich.-Ges. „Kolonien“, Taubenstraße 30 und der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, Kochstraße 53. **28/11**

Fern-Seher

Nach 8-tägiger Probe Retournahme. **nur 1,70 Mark frei ins Haus**



bei vorheriger Einsendung (auch Retournahme). Dieser Fernseher, welcher bequem in der Tasche mitgeführt werden kann, hat vermittelst seiner Konstruktion eine vielfache Vergrößerung, was nur durch ausgezeichnete Feldstecher erreicht werden kann.

Haupt-Katalog über Fernrohre, Feldstecher, Uhren, Uhrketten, Ringe, Broschen, Portemonnaies, Pfeifen, Musikwaren, Solinger Messerwaren, Schooren gratis u. franko.

Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen. **Alttestes Geschäft dieser Art am Platze.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Gente, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer Nr. 15:

Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Vorbereitung des Circulars des Kollegen Kniesedl (Saumoder), betreffs Gründung eines Bürstenmacher-Verbandes. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 84/11

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Montag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
Thiel, Bergstrasse 151/152:

Oeffentl. Holzarbeiter-Versammlung

Tages-Ordnung:
Vortrag des Kollegen **Kunisch** aus Dählendorf über: „Arbeiter-
verbände und Unternehmerorganisationen.“ Diskussion. 84/10
Dazu sind sämtliche Kollegen eingeladen. Der Einberufer.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5, Fernsprecher: Amt VII, 353.
Montag, den 16. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Rixdorf bei Morelet, Steinmetzstrasse 113.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Georg Davidsohn** Berlin über: „Die
oberen Schichten und die unteren Millionen.“ 2. Diskussion. 3. Ver-
bandsangelegenheiten. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Zahlreichen Besuch erwartet. 116/9

Zischler-Berein zu Berlin.

Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstrasse 15:
Versammlung.
Ausgabe der Billets zur Dampfparade am 6. Juli und Vereins-
angelegenheiten. Die Mitglieder werden ersucht, sich rechtzeitig mit Billets
zu versehen, da diese andernfalls an Gäste verkauft werden.
198/18 Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Berlin VII.

Sonntag, den 15. Juni, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokal von **Hoffmann, Pajewalkenstr. 3.**

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung. 2. Diskussion.
3. Kassenbericht. 4. Renzwahl der Ortsverwaltung. 5. Verschiedenes.
Um rege Beteiligung wird dringend ersucht. 116/7

Waldschlößchen Rahnsdorfer Mühle

8 Minuten vom Bahnhof Rahnsdorf
und 10 Minuten vom Müggelsee.
Herrlich im Walde und am Fluss
gelegene. Zu Ausflügen für Vereine
und Fabriken sowie Familien zu empfehlend.
Grosser Tanzsaal u. Hallen, 1000 Per-
sonen fassend. **Gr. Preisgelein
für Herren und Damen.**
Jeden Sonntag, Dienstag
und Freitag: **Tanz.**
74b **Karl Nuhn.**

Charlottenburg. N. Schmerberg (3811)

Wilmersdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Grosses Lager von **Uhren
und Goldwaren** zu
ausserst billigen Preisen.
Optische Artikel. Christbäume
werden schmerzlos gekleidet.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.

Spezialarzt für 25/17
Haut- und Barnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Central-Kranken- u. Sterbe- Kasse der Tischler zc.

u. anderer gewerblicher Arbeiter.
(E. S. 3. Hamburg.)
Verwaltung Berlin D. Moabit.
Sonntag, den 15. Juni, vorm.
10 Uhr, in der Brauerei Friedrichs-
höhe (vorm. Bayernhofer), Str. Moabit,
Turmstr. 25/26, II. Saal: 182/4
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Festlegung der Ent-
schädigung für die Verwaltungs-Mit-
glieder. 2. Wahl der Ortsverwaltung
und Beitragsamter. 3. Verschiedene
Kassenangelegenheiten. - Mitglieds-
buch legitimiert. - Pünktliches und
zahlreiches Erscheinen der Mitglieder
erleichtert die Ortsverwaltung.

Zum „Wahren Jakob“

Liefert elegante Vereinsmappen für 20 Pf.
Wiederbesteller gelohnt. 1895
Glabigs Buchh., Berlin, Friedrichstr. 31.

Achtung! 5. Wahlkreis. Achtung!

Sonnabend, den 14. Juni, im Schweizer Garten, am Königsthor:
Gr. Sommerfest

bestehend in Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung

arrangiert von den
Parteigenossen des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Gesangsvorträge. • Reigenfahren. • Im Saale: Gr. Ball-
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Die Kaffeeküche ist von nachmittags 3 Uhr an geöffnet. Anfang 4 Uhr.
Billet 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Das Komitee.

Gelegenheitskauf!

Nach beendeter Frühjahrssaison habe ich diverse Muster aus meinem
reichhaltigen Voger fertiger Herren- und Knaben-Garderobe ausserhalb
und stelle solche ganz bedeutend unter Preis zum Verkauf wie folgt:

Jackett-Anzüge für Herren
bisheriger Preis teilweise 30-40 Mark
jetzt nur 20 Mark.

Paletots für Herren
jetzt 10 und 15 Mark.

Herren-Hosen
bisher 8,00, 10,00 und 12 Mark.
jetzt nur 6 Mark.

Knaben-Anzüge
in Jodens, Rittels- oder Stufenform 4384*
jetzt 3,75 Mark.

Gurken-Anzüge
jetzt 9,75 Mark.

Es ist dies eine günstige Gelegenheit, zur Neise oder Ferienzeit,
wirklich dauerhafte Garderobe, wenn auch Muster oder Form von der
heutigen Mode etwas abweichen, billig zu erwerben.

Carl Stier

Fabrik für
Herren- und Knaben-Garderobe
Berlin SO.,
Oranien-Strasse Nr. 166.
Potsdam,
Rauener Strasse Nr. 23.

Sonntag vormittags 9 Uhr und mittags 1 Uhr: Andreasplatz.

Zum **Gau-Fest.**
Reservierende Mitglieder werden auf den
5. 4. des Statuts hingewiesen. -
Donnerstag Versammlung d. Wandt.
Königsgraben 14a. 12.9

Freie Scholle.

Die Mitglieder dieser Sanges-
schaft in Waldmammstul veranlassen
dort am 22. Juni ein Sommerfest,
wozu Freunde und Gesangs-
genossen hiermit eingeladen sind.
4380

Sommer! Das sich mit dem Eintritt der wärmeren Witterung gleich-
zeitig einstellende Bedürfnis nach einem angenehmen erfrischenden Getränk
leitet unsre Aufmerksamkeit unwillkürlich auf die mächtigen Transportwagen
der **Herrmann Meyer & Co., Berlin N., W. 11-12,**
welche die Strassen Berlins und Sororie durchziehen, um die ca. 300 Nieder-
lager, welche die genannte Firma unterhält, mit den verschiedensten Er-
frischungsgetränken, als Weine, Fruchtäfte, Limonaden, Selters-
wässer und Bismarck, zu versorgen. Diese Artikel erfreuen sich bereits seit
Jahren infolge ihrer vorzüglichen Qualität und ansehnlich billigen
Preise einer allgemeinen Beliebtheit und muss die Fa. ihren Betrieb von
Tag zu Tag vergrößern, um der enormen Nachfrage gerecht werden zu
können. 4380

Treptow Joëls Victoria-Garten, Ludwigs Park-Restaurant,

Köpenicker Landstrasse.
Sonntag, den 15. Juni 1902

Früh-Konzert

arrangiert von den 214/15*
Parteigenossen des IV. Berliner Reichstags-
Wahlkreises Südost.

Billets 15 Pf. Kassen-Eröffnung 4 Uhr morgens. Billets 15 Pf.
Die Kaffeeküche ist geöffnet. (Liter 60 Pf.)
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Das Komitee.**

Centralverband d. Zimmerer Deutschlands (Zahlstelle Rixdorf):

Sonnabend, den 14. Juni 1902, in Thiel's Festfäden
(früher Kantner), Bergstr. 151-152:

12. Stiftungsfest

bestehend in
Konzert und Theater-Vorstellung

ausgeführt von den Frankfurter Sängern.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Programm 25 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen
50 Pf. nach. - Anfang abends 9 Uhr.
Um recht zahlreiches Erscheinen bitte! 254/15
Das Komitee.

Lehmans Familien-Restaurant,

Friedrichstr. 16. - Lindenstr. 101-102.
Innerhalb der Handelskammer Halle-Alliance.
Frühstück, Mittag- und Abendtisch zu kleinen Preisen.
(Damen separat.) 42968*
Jeder Zeit: **Musikalische Unterhaltung. - 2 franz. Billards.**
Zimmer für Vereine und Versammlungen bis 200 Personen.

En gros - Rohtabak - En detail

Alle Sorten in großer Auswahl zu den äussersten Preisen. 41089*
Rud. Völkler & Sohn, Berlin, Köpenickerstrasse 45.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Schmiedgeschäft sofort zu verkaufen
Näheres bei **Auber, Salzweber-
strasse 8.** 784*
Vaubparzelle bei **Vierhöfen,**
66 Quadrat-Meter, unvollständiger
sofort ganz billig verkauft. **Winn-
Sauer, Weissenaustrasse 82.** 1508*
Gardinenhand **Wohlfraunfurter,**
Brau 9, parterre. 737*
Vorjährige elegante Herren-Anzüge
und Sommerpaletots aus feinen
Stoffen 20-40 Mark. Verkauf Sonn-
abend und Sonntag, **Verandahaus
Germania, Unter den Linden 21, 11.**
Schwarze Anzüge von 12 bis
60 Mark empfiehlt **Schleiger, Turm-
strasse 85.** 11742*
Krankeitholzer verkaufe billig
Rechnatur, **Dunderstrasse 10.** 2327b
Perrenanzüge, Paletots, elegante
Ausführung, geringe Teilzahlung
Kunzberg, Vondobergstrasse 13. 11408*
Weiche Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
ermors billig. **Paulsdorf, Comptoir
Kaiserstrasse 25A, früher Barnim-
strasse 4 und 5. Sonntag ge-
öffnet.** 10888*
Gastlocher! Einlogaslocher! 1,00,
Zweilochslocher! 1,50, Dreilochslocher
Gastlocher! 5,00, Gas-Größen!
7,00, Was-Wärtschen! Gas-Bügel-
apparat! Billig! **Wohlfauer, Walm-
Theaterstrasse zweiunddreißig.** 2743b

Teppiche! (leiderhafte) in allen
Größen für die Halle des Hauses im
Zepplinger-Brunn, Godesberger Markt 4,
Bahnhofstrasse. 1117*

Spottbillig! Teppiche, Betten,
Stropfen, Gardinen, Reparatursachen,
Regulatoren, Pelzwaren, Kleider-
strasse 6. Teilzahlungen gestattet.

Schloß, rothbraun, 20, wie neu.
Schäfer, Vintzenstrasse 161, I. 11492*

Pianino sofort verkauft **Ritter-
strasse 129, I.** 227*

Teppiche mit **Handelstem
Fabrikat** der **Große Kraussfurter-
strasse 9, parterre.** 737*

**Nähmaschinen, verlassene, spott-
billig** (Nierenanwahl) **Pfandleichen-
Haus, Alexanderstrasse 73.** 32b

**Halbrenner, gut erhalten, ver-
kauft Preis, Weissenaustrasse 15,
6 Uhr abends.** 1508*

**Verfallene Pfänder, goldene
Uhren, Ringe und andre Goldsachen,**
sauber und schön, werden billig ver-
kauft; auch alles Gold wird in Zahlung
genommen in der **Pfandleichen-
strasse 28, I. Gde Ritterstrasse.** 1588

**Wollklappen für Tischler, Pland
40 Pf., verkauft Handbuch, Vertriebs-
Institut Rosenthal, Spandauer-
strasse 47/48. Fernsprecher I, 3614.**

Stropfen billig **Robert Wronz
Friedrichstrasse 9, parterre.** 737*

Nähmaschinen ohne Anzahlung!
Woche 1,00, gebraucht tabellös, spott-
billig **Königsgraben 60/61, Vondob-
bergstrasse 82 I.** 790*

**Cigarrengeschäft, verschiedene
Stücke, Weisbrennen, wegen ander-
weitigen Unternehmens** sofort zu ver-
kaufen. **Umsatz jährlich 10 bis 14000
Mark.** Näheres **Expedition bei D.
Rafate.** 196b

Restaurant im Osten umhänge-
halber zu verkaufen. Näheres bei
Wolensky, Friedrichsbergerstrasse 19.

**40 Pargellen, Borori, Station
hinter Buch, 10 Minuten vom Bahnh-
hof Jevernack, prachtvolle Lage, Karte
6-8 Mark, verkauft Jevernack in
Jevernack.** 1935*

**Ein gutgehendes Schmiedgeschäft
mit Vereinzimmer** im Umhängehalber
zu verkaufen **Putzstrasse 25.** 200b

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau **Habisch, Andreas-
strasse dreiunddreißig, Rechtsfälle,
Eingabengeld, Katerstellung.** 154b*

**Insaffachen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen, Papiere, Eingabe-
strasse 65.** 2542b*

**Kostenfreie zahnärztliche Behand-
lung, Zahnärztliche Zahn-
Klinik, Chausseestrasse 1a.** 11559*

Kunstschreiber von **Hrau Koldofz,
Steinmetzstrasse 48, Quergebäude hoch-
parterre.**

Der Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge mit Futterfäden 15 Mark.
**Wagner, Schneidermeister, Frank-
furterstrasse 59 III.** 1755*

Vordruckerpressen und alle andern
Höherer kauft, beliebt **Kantuarier
Kochstrasse 56, I. Amt VI, 2397.** *

**Fahrad, auch defekt, kauft Kaylaff,
Frankfurterstrasse 7.** 1185*

Dividenden! Wer sich über diese
zuverlässige Graulaufer unter Zeit
unentgeltlich will, verlange die Flug-
blätter des **Weltbundes** gegen Divi-
denden, welche unentgeltlich versendet
werden vom **Berliner Treuhänder-
verein, Königgrüderstrasse 108.** Um
günstigen Rücksendung gebeten. 161b*

**Wahmann, Grünhaldenstrasse 68,
Ede Bahstrasse, Deffinition und Bier-
lokal, Vereinszimmer. Telefon III,
7815.** 1881b

Meiner werden **Kochgeschick,
allen Freunden und Kollegen zur
Nachricht, das ich mein Weis- und
Bavrisch Bier-Lokal Vondoberg-
strasse 1/2 eröffnen habe. Großer
Frühstücks- und Mittagstisch. Um
günstigen Zuspruch bitte **Heinrich
Schmidts.** 1746***

**Leihhaus J. Wolf, Beuthstrasse 6,
Coulanz, Discretion, Realität.** *

**Rechtsbureau, Prozeßbeistand,
Eingabengeld, Katerstellung, Fall,
Brunnenstrasse vierzig.** 198b

Mitgeschäfte richtet **Hadamann
ein! Katernung gewissenhaft! Einige
hundert Mark genügen! Koresien
„Grüßing“ **Volkant 22** erbeten. 194b**

75 Pfennige!

**Steuerberatung,
Eingabengeld, Katerstellung, Über-
billigste Schenkungen, Willkürsachen,
Kaufverträge, Zahlungsbefehle, Ge-
richtsflagen, Wulst, Stallger-
strasse 141.** 1976

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinde **Stuhlweber** bitten um
Arbeit. Stühle werden zu den
billigsten Preisen geflochten, werden
abgeholt und unentgeltlich zurück-
geliefert. Adresse: **Wulststrasse 27,
II. Etage.**

Stellenangebote.

Geübte **Rundhülfenarbeiter** und
Arbeiterinnen für deutsche Städte
verlangt **Kanton und Alfred Lehmann,
Alltagsgeschäft, Niederschönenfelder-
strasse 12.** 192b*

Tüchtiger **Lebenseisen** nach außer-
halb gesucht bei gutem Lohn und
kost. Näheres zu erfahren bei **Schalt-
schneider, Vogelbergstrasse 35.**

Tüchtiger **Korbmacher, Weib-
arbeiter, dauernde Arbeit, sofort ver-
langt.** **Umbauer, Rietzelstrasse 4.**

Gesucht junges Mädchen ins Ge-
schäft zum Anlernen, **Buchführung zc.
Waldenhaus Quiststrasse 12.** 1996

Tüchtige Stuccateure

für Werkstätten und Bau finden Ver-
schäftigung bei **Hans Chr. Berg,
Aaboulevard 44, Copen-
hagen.** 2610*

Achtung! Holzarbeiter!

Jung von Tischlern und Drechsler
Werkstatt **Max Rischstein, Spandau,
ist fernzuhalten.**

**Die Ortsverwaltung
des deutschen Holzarbeiter-
Verbandes, Spandau.**

Achtung, Tischler!

Geliefert sind folgende Werkstätten:
Albert Schultz, Krausstr. 18/19.
A. Schäffer, Peterburgerstr. 77.
Gernandt, Vintzenstr. 11.
Zugung streng fernzuhalten. 186/20*
Der **Holzverein** der **Tischler.**

Vergolder!

Die **Firma Günther, Andreas-
strasse 10, ist für sämtliche Branchen
geöffnet.**

Achtung! Holzarbeiter!

Geliefert sind folgende Werkstätten:
Vehe u. Co., Großbeerenstr. 54.
Tischler und Tischlerarbeiten.
Ordnung, Vintzenstr. 44/45.
Wegner, Wilmersdorf.
H. Schulz, Krausstr. 18/19.
83/3* **Die Ortsverwaltung.**

Die Centralkommission der Krankenkassen Berlins

Hat in dem gegenwärtigen Apothekenbottich auch für den Norden eine im Westen und in Charlottenburg seit längerer Zeit schon bestehende Neuerung geschaffen, welche für die Patienten eine Annehmlichkeit bildet und für die Kassen wiederum eine nicht unbedeutende Ersparnis zur Folge hat.

Sie hat nämlich für Berlin N. und Pantow Rezeptstellen errichtet. Es sind bei Droguisten verschlossene Kästen ausgehängt, in welche von den Patienten diejenigen Rezepte, welche nicht eilig sind, hineingelegt werden. Diese Rezepte werden dreimal am Tage abgeholt, in der Pringens-Apothek von Boesenhagen, Pringens-Allee 69, Berlin N., angefertigt und dann dem Patienten kostenlos von genannter Apotheke in ihre Wohnung geschickt.

Die Patienten brauchen dort nicht die Kosten für die Rezepte zu verauslagern und sich dann den Betrag von der Kasse oder von dem Droguisten zurückerstatten zu lassen, sondern nur das Rezept in einen der Sammelkästen zu legen und erhalten dann das Medikament in ihre Wohnung gebracht.

Es soll vorgekommen sein, daß einzelne Patienten in mancher Apotheke 1-2 Stunden und noch länger haben warten müssen. Auch geschah es, daß Patienten 2-3mal zur Apotheke hinbestellt wurden, wo man auf sie einredete, einen Bescheidbogen zu unterschreiben, der einen recht fragwürdigen Inhalt hatte, ja zuweilen nur ein leeres Blatt Papier war, das nachträglich vom Apotheker ohne Wissen des Patienten phantasiervoll ausgefüllt wurde. Solchen Mißbräuchen soll mit der Neuerung abgeholfen werden. Die Patienten brauchen nun nicht mehr wiederholt in die Apotheke zu laufen und die Kasse hat dadurch den Vorteil, daß sie auf die in der Pringens-Apotheke angefertigten Rezepte 20 Proz. Rabatt erhält und so in die Lage kommt, ihre Leistungen zu erhöhen. Die Sammelstellen befinden sich in folgenden Droguengeschäften:

1. Wohlgemuth, Adlerstr. 69.
2. Fischer, Lothringerstr. 26.
3. Schulz, Mühlenstr. 185a.
4. Wenzl, Chausseestr. 7.
5. Buchmann, Mühlenstr. 17, Pantow.
6. Hofmann, Wehmerstr. 65, Pantow.

Diese Sammelstellen sollen in kürzester Zeit noch vermehrt werden.

Der Mordprozeß Thomashke.

Schon lange vor Beginn der Sitzung drängt sich das Publikum im Vorraum des kleinen Schwurgerichtssaales zusammen, und es bedarf des energischen Auftretens der Gerichtsdienner und Schutzleute, um alle die Unzulässigen zu entfernen, denen der Zutritt zur Verhandlung nicht gewährt werden kann. Kurz vor 9 1/2 Uhr wird

Thomashke auf einer Tragbahre

von drei Gefangenen in den Saal getragen. Er liegt mit dem Kopf zur rechten Seite geneigt, die Augen geschlossen. Sein Gesicht ist leichenblau. Er wird auf der Krankenbahre liegend in den Anklageraum gestellt. Wie der Gefängnisarzt begutachtet, ist Thomashke trotz seiner Schwäche im Stande, der Verhandlung zu folgen. Der Angeklagte beweist dies auch dadurch, daß er recht energisch ein Schriftstück aus der Hand des Gerichtsdieners entgegennimmt, um den Inhalt zu prüfen. Der Präsident, Landgerichtsdirektor Pohle, erklärt, daß nur noch einige geringe Punkte zur Beweisaufnahme zu erledigen sind. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, richtet noch einige Fragen an den Zeugen Holzappel betreffend der zwischen ihm und Löffler bestandenen Geschäftsverbindung. Es gelangt noch eine ganze Reihe von Schriftstücken zur Verlesung, die bei Eröffnung des Ermittlungsverfahrens und der späteren Untersuchung gegen die Glaubwürdigkeit des Hl. Kreischmar eingelaufen sind. — Polizeikommissar Wilmmer wird darauf vernommen. Er giebt Aufschluß über den Gang des Verfahrens, wie es bei Eingängen von Anzeigen über Zeugen gehandhabt wird. Rechtsanwalt Dr. Werthauer bringt zur Sprache, daß

Löffler in den Diensten der politischen Polizei

gestanden haben soll und es deshalb nicht ausgeschlossen sei, daß auch andre Personen ein Interesse daran hätten, Löffler aus dem Wege zu räumen. Es solle ja auch Hl. Kreischmar vom Kriminalkommissar Schöne aufgefordert worden sein, die Verbindung festzustellen, die der verstorbene Löffler zu einem Herrn in Paris unterhalten habe. Assessor Wilmmer erklärt, hierüber keine Auskunft geben zu können. Seiner Ansicht nach hätte der Kriminalinspektor Dromm nicht anders handeln können, als er gethan, da sich die Untersuchung damals noch nicht gegen eine bestimmte Person richtete. — Das Gericht beschließt, den Kriminalkommissar Schöne sofort als Zeugen zu laden und ihm aufzugeben, vom Polizei-Präsidenten die Erlaubnis einzubohlen, über den Löfflerschen Mord Auskunft zu geben, damit festgestellt werde, ob Löffler etwa einem

politischen Mord

zum Opfer gefallen sein könnte. Der Verteidiger, Justizrat Dr. Sello, richtet an die Zeugin Kreischmar noch einmal die Frage, ob sie sich nicht erinnern könne, daß am Nachmittag oder Abend des 30. September ein Fremder bei Löffler gewesen sei. — Die Zeugin verneint dies.

Es gelangen darauf die Akten betreffend die Vergangenheit der Zeugin Kreischmar zur Verlesung. Der Staatsanwalt beantragt, während dieses Teils der Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschließen. Der Gerichtshof beschließt nach dem Antrage, gestattet aber den Vertretern der Presse, im Saale zu bleiben. Durch die Verlesung der Akten wird ein böses Licht auf das sittliche Verhalten der Zeugin Kreischmar in ihrer Jugend geworfen. Ein Bild grenzenloser sittlicher Verwahrlosung! Bei ihrer Jugend seien ihr über mildernde Umstände zugebilligt worden und das Gericht habe es für angezeigt gehalten, sie einer Zwangserziehungsinstitution zu überweisen. Die Kreischmar hat dann zwei Jahre lang im Kloster „Zum guten Hirten“ zubringen müssen. — Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird Kriminalkommissar Schöne aufgerufen. Der Vorsitzende verliest ein Schreiben des Polizeipräsidenten v. Windheim, inhaltlich dessen er dem Kriminalkommissar Schöne die

Erlaubnis verweigern

müsse, in der Löfflerschen Mordsache als Zeuge aufzutreten. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, wünscht zu wissen, ob sich die Vergabung der Erlaubnis auch auf die Einsicht in die Akten erstreckt. Kriminalkommissar Schöne erwidert, daß er auch aus den Akten nichts mitteilen könne, da er nicht wisse, wie der Polizeipräsident darüber denke. Kriminalkommissar Schöne wird darauf wieder entlassen. — Präsi.: Nun Thomashke, werden Sie im Stande sein, mir auf meine Fragen Antwort zu geben? — Angekl.: Ich werde es versuchen. — Präsi.: Warum haben Sie denn wieder einen Selbstmordversuch gemacht? — Angekl.: Aus Verzweiflung darüber, weil ich so unschuldig verdächtigt werde und weil ich so hart und ungerecht wegen der Urkundenfälschung bestraft worden bin. — Präsi.: Lediglich aus diesem

Grunde wollen Sie den Selbstmordversuch gemacht haben? — Angekl.: Gewiß, nur deshalb. Holzappel hat in diesem Prozeß falsch gegen mich ausgesagt. — Präsi.: Halten Sie denn noch alle Ihre Angaben, die Sie in dieser Verhandlung abgegeben haben, noch aufrecht? — Angekl.: Jawohl. — Der Angeklagte bleibt dabei, daß Löffler ihm Uhr nebst Kette sowie die Papiere bereits am 27. September gegeben habe, also zu einer Zeit, als Löffler noch nicht wußte, daß er von der Leistung des Offenbarungseides befreit bleiben würde. Aus demselben Grunde habe Löffler ihm am Morgen des 30. September den Cognac gegeben. — Präsi.: Sie haben früher vor dem Untersuchungsrichter andre Angaben gemacht. Sie haben gesagt, Sie hätten den Cognac gekauft. — Angekl.: Natürlich, Herr Präsident, ich werde mich doch nicht selbst einer strafbaren Handlung befleißigen. — Auf weiteres Befragen betreffend der Vorgänge am 30. September in der Löfflerschen Wohnung bleibt Thomashke bei seinen früheren Angaben. — Der Staatsanwalt hielt dem Angeklagten vor, daß er noch am 21. Oktober Angaben gemacht habe, die später von ihm widerrufen worden seien. Thomashke erwidert, daß er, unter dem Drucke des auf ihm ruhenden Verdachts, wohl manche

falsche Mittel

ergriffen habe. Der Präsident geht noch einmal mit dem Angeklagten dessen Einnahmen und Ausgaben durch, sowie alle Punkte, welche als belastend gegen ihn angeführt worden sind. Einer der Beisitzer hält dem Angeklagten vor, daß Löfflers Lage doch keineswegs eine so verzweifelte war, um die Annahme eines Selbstmordes für gerechtfertigt zu halten. Thomashke meint demgegenüber doch, daß Löffler mit schweren Verlegenheiten zu kämpfen hatte. Der Angeklagte macht alle seine Ausführungen von feiner Lagerstatt aus mit deutlicher Stimme und mit begleitenden Bewegungen der rechten Hand. Er bleibt dabei, daß er Versicherungen und Geschäfte in Wein und Cigarren abgeschlossen und dabei manches verdient habe. Der Staatsanwalt erwidert ihm, daß durch die Beweisaufnahme zur Genüge dargethan sei, welcher Art seine Versicherungsgeschäfte gewesen seien. Rechtsanwalt Dr. Werthauer wünscht zu wissen, nach welcher Photographie der Holzdamit von Thomashke hergestellt worden sei, welcher derzeit im „Lokal-Anzeiger“ erschienen sei. Der Präsident stellt fest, daß dies auf Erinden des Untersuchungsrichters geschehen sei. Es ist ein Aufruf von Jüngern damit verknüpft gewesen. — Auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Sello gelangt ein Brief zur Verlesung, den die Buchhalterin Hl. Kreischmar am 24. Oktober v. J. an einen Herrn Langemann gerichtet hat. Es kommt darin u. a. folgender Satz vor: „Ich bin geradezu in Verzweiflung, wenn Sie den Wechsel nicht pünktlich einlösen, denn v. Rheinbaben, der das Geld bezogen, würde im Nichtzahlungsfalle Herrn Löffler in Anspruch nehmen.“ Auf Befragen der Verteidigung, welches Interesse sie an der Einlösung des Wechsels hatte, will die Zeugin sich erst nicht bestimmen lassen, giebt dann aber zu, daß ihr von dem Eingange eine Provision zufließe. Es kommt zur Sprache, daß auch ein

Freiherr v. Rothkirch

mit Löffler im Wechselverkehre stand. Da derselbe angeblicher Hochstapler wegen in der Schweiz verhaftet und nach Berlin gebracht wurde, so beschließt der Gerichtshof, ihn aus dem Untersuchungsverfahren vorläufig zu lassen. Er befundet, daß er von Löffler ein Darlehen von 6000 Mark bekommen habe, ihm dafür aber einen Wechsel von 6000 Mark gegeben habe. — Präsi.: Wollen Sie, wer das Geld an Löffler gegeben hat? — Zeuge: Mir wurde gesagt, es sei ein Hamburger Kaufmann gewesen. — Justizrat Dr. Sello: Ja, es ist der Herr v. Rheinbaben gewesen. Ist der Wechsel bezahlt? — Zeuge: Nein. — Justizrat Dr. Sello: Die Frage, die ich jetzt an Sie richte, brauchen Sie nicht zu beantworten, falls Sie beschränken müssen, sich dadurch einer Selbstbeschuldigung aussetzen. Worauf begründeten Sie Ihre Ansicht, den Wechsel bezahlen zu können? — Zeuge: Ich weiß nicht. — Justizrat Dr. Sello: Wollten Sie vielleicht eine reiche Heirat machen und gebrauchen dazu das Geld? — Zeuge: Jawohl. — Präsi.: Diese Heirat ist nicht zu Stande gekommen? — Zeuge: Nein. — Der Staatsanwalt richtet an den Angeklagten die Frage, warum er am Tage nach dem Tode Löfflers an Holzappel gesagt habe, er sei Tags zuvor nicht bei Löffler gewesen. Es habe damals ja noch keinerlei Verdacht gegen ihn vorgelegen. Der Angeklagte erwidert, es sei doch klar, daß er in Verdacht geraten könne, wenn es sich herausstellte, daß er abends zuvor bei Löffler gewesen. — Auf den Antrag des Justizrats Dr. Sello soll der Zeuge v. Rheinbaben aus Hamburg nochmals telegraphisch geladen werden.

Der Staatsanwalt teilt mit, daß das Reichsgericht die von Thomashke eingelegte Revision gegen das Urteil vom 15. März (6 Jahre Zuchthaus usw.) verworfen hat. Darauf wird die Verhandlung bis Freitagvormittag 9 1/2 Uhr verlagert.

Tokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

In der gestrigen Sitzung war der Vorschlag Langershans gendigt, vor Eintritt in die Tagesordnung noch einmal auf die Kadaverzucht zurückzukommen, die die freisinnige Mehrheit der Versammlung vor acht Tagen ausgesprochen hatte. Er hatte ein Schreiben unres. Genossen Stadthagen zu verlesen, in dem dieser dagegen protestiert, daß ihm in der vorigen Sitzung vom Vorleser unter Nichtbeachtung der Bestimmungen der Geschäftsordnung das Wort entzogen wurde. Herrn Langershans blieb nichts andres übrig, als zuzugeben, daß er sich versehen habe.

Bei der Beratung des Antrages Perls betreffend die Hergabe eines Platzes für ein Gordenberg-Denkmal befragte sich der Antragsteller darüber, daß der „Vorwärts“ über freisinnige Denkmalschmerzen“ gelacht habe. Als der Oberbürgermeister die Versicherung abgab, daß der Berliner Pressum sein Gordenberg-Denkmal bekommen werde, zog Herr Perls befriedigt seinen Antrag zurück.

Die Magistratsvorlage über die Erhöhung der Gehälter der Oberlehrer der höheren und mittleren Schulen und die Erhöhung des Schulgeldes an diesen Anstalten führte zu einer ausgedehnten Debatte. Die Gehaltserhöhung wurde von allen Fraktionen, auch von der sozialdemokratischen, unterstützt; Meinungsverschiedenheiten bestanden dagegen über die Frage der Schulgelderböschung. Die freisinnigen Redner erklärten sich sämtlich gegen die Erhöhung des Schulgeldes. Der Hauptredner, Herr Cassel, triefte dießmal förmlich von Schul- und Bildungsfremdbildlichkeit. Er will dem „Mittelstand“, der seine Kinder die höheren Schulen besuchen läßt, die Bildung nicht um 10 W. pro Jahr verteuern; gerade hier „sei eine gewisse Freigebigkeit am Platze“. Die sozialdemokratische Fraktion steht in dieser Frage auf dem Standpunkt, daß für die Real Schulen, die als eine Fortsetzung der Gemeinder Schulen gelten können und vielfach auch von Kindern minder bemittelter Bürger besucht werden, die Erhöhung des Schulgeldes abzulehnen ist, daß aber für die fast ausschließlich von den Kindern der Wohlhabenden besuchten höheren Lehranstalten (Gymnasien etc.) in Anbetracht des bedeutenden und von Jahr zu Jahr steigenden Zuzusses, den die Stadt hier zu leisten hat, die Schulgeld-Erhöhung gerechtfertigt erscheint, so lange nicht die grundsätzliche Forderung der Sozialdemokratie, daß der gesamte Schulunterricht allgemein unentgeltlich sein soll, verwirklicht ist. Genosse Singer, der diesen Standpunkt näher begründete, riefte die Bildungsfremdbildlichkeit derer um Cassel in die richtige Beleuchtung, indem er ihnen vorhielt, daß gerade sie die höheren Schulen für die bestehenden Klassen reservieren wollten. Herr Cassel suchte den Angriff dadurch zu parieren, daß er die Debatte vom dem schulpolitischen

auf das parteipolitische Gebiet hinüberspielte, wurde aber von Singer in nochmaliger Erwiderung gründlich abgeföhrt. Die Vorlage wurde schließlich an einen Ausschuss verwiesen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam unter andern das Projekt des Ausbaues der Tegeler Wasserwerke zur Erörterung. Singer nahm hierbei Veranlassung, die eigentümliche Art zu beleuchten, in der der Fiskus bei den erforderlichen Landverkäufen die Zwangsfrage, in der sich die Stadt Berlin befindet, zu seinen Gunsten auszunutzen versucht.

Die Verleumdungswut der gutgemeinten Presse hat sich in diesen Tagen wieder einmal herrlich offenbart. In Nr. 132 kopierten wir die „Deutsche Tageszeitung“ ein wenig auf die Fingern, weil sie die erlogene Mitteilung gebracht hatte, daß die Geschäftsführung des „Vorwärts“ die Kinder aus der Zeitung insoweit vorteilhaft, als sie nichts dagegen habe, daß die bei der Parteipetition angestellten Frauen Kinder beim Zeitungsanstragen beschäftigen. Daß die „Deutsche Tageszeitung“ von unsrer Nichtstiftung keine Notiz nahm, ist nicht zu verwundern; von diesem Blatte sind wir gewöhnt, daß es in Ermangelung ausländiger Kampfwaffen, wenn es gegen die Socialdemokratie geht, auch die Praktiken der Gassenbuben nicht verschmäht. Aber auch die liberalen Blätter, welche jene verleumderische Notiz als fetten Wissen zu sich genommen haben, scheinen eine Nichtstiftung nicht für nötig zu halten. Bis jetzt hat unres. Wissen noch keine einzige der diesen Zeitungen, welche den Versammlungsbericht vom letzten Sonnabend nach den Principien der „Deutschen Tageszeitung“ ausschalteten, es der Mühe wert gehalten, ein paar Zeilen der Entschuldigung zu bringen. Das ist dießmal zur Kennzeichnung der gegnerischen Kampfmethode festgesetzt.

Impfung gegen Tollwut. Der Polizeipräsident teilt mit: Im Jahre 1901 sind in Preußen 187 Menschen von tollwütigen oder tollwutverdächtigen Tieren, meist Hunden, seltener Katzen und andren Tieren, gebissen worden. 146 der Verletzten unterwarfen sich der Schutzimpfung nach Pasteur, davon einer in Wien, die übrigen im Institut für Infektionskrankheiten zu Berlin. Erfreulicherweise hat die Zahl der Bisseverletzungen durch tolle oder tollwutverdächtige Tiere im Jahre 1901 gegenüber früheren Jahren abgenommen. Leider aber scheint die Schutzimpfung etwas an Volkstümlichkeit verloren zu haben, indem sich 1901 ein geringerer Prozentsatz der Gebissenen als 1899 und 1900 der Schutzimpfung unterzogen hat. Es ist dies bedauerlich, so doch eine große ist. Dies hat sich auch 1901 wieder gezeigt, indem von den 146 geimpften Personen keine, von den 41 nicht geimpften aber eine an Tollwut gestorben ist. Man denke immer daran, daß jeder, anscheinend auch noch so leichte Biß oder Biss durch Hunde oder Katzen lebensgefährlich werden kann, und lasse sich daher, sofern auch nur der geringste Verdacht besteht, daß das beißende Tier tollwütig war, ärztlich behandeln und Schutzimpfen. Die Schutzimpfungen werden im königlichen Institut für Infektionskrankheiten zu Berlin, Hörsierstraße, kostenlos ausgeführt und erfordern nicht die Aufnahme in ein Krankenhaus.

Dr. Georg v. Belschöder †. Der Automobilunfall, über den wir gestern berichteten, ist tödlich verlaufen. Mittwochabend erlag Dr. Belschöder in seinem Schlosse Lehenich bei Dären seinen schweren Verletzungen.

Der Geh. Baurat Adolf Heyden ist am Mittwoch im 63. Lebensjahre gestorben. Heyden hat mit dem Geheimrat Walter Rühlmann zusammen eine Reihe großer Bauten ausgeführt, die dem Namen der Architektenfirma berechtigtes Ansehen verschafften. Die Kaiserpaläste und das Admiralsgarten-Mod in Berlin, die Postgebäude in Breslau und Rostock, das Logengebäude in Potsdam verdienen aus ihren Schöpfungen hervorgehoben zu werden.

Fiskalismus in den städtischen Bade-Anstalten. Gestern teilten wir mit, daß die städtischen Behörden das Gesicht eines jungen Mannes, ihm den Wert der Kleidungsstücke zu erstatten, die ihm in einer städtischen Bade-Anstalt gestohlen waren, abgewiesen haben. In diesem Fall sendet uns der Vater des Verstorbenen folgende interessante Zuschrift: Wesentlich wird dem Besuche der städtischen Bade-Anstalten eine verschleißbare Bekleidung überlassen. In diesem Fall ist die Bekleidung entweder gewaltsam vermittelst Nachschlüssel, oder aber durch Verleihen eines Angestellten bei der Kontrolle oder andren Besuchern geöffnet worden. Hierzu kommt, daß das Aufsichtspersonal an jenem Tage, einem Sonntag, verfehlt war. Wie kann man, selbst wenn die aushängenden Bedingungen so lauten, dem lustig im Wasser schwimmenden Besucher die Aufsicht über die scheinbar sicher untergebrachte Garderobe zumuten? Mein Sohn hat bis zur Herbeischaffung andrer Bekleidung, er wohnt auf dem Gellindbrunnen, zwei Stunden auf dem Trodenboden der Anstalt zubringen müssen. Hätte er nur einen Anzug besitzen, hätte man ihn vielleicht nachend nach Hause schicken können. Der Fall, so komisch er wirkt, so traurig ist er und so wenig Ehre macht er den städtischen Einrichtungen. Eine offizielle Benachrichtigung über die Ablehnung des Gesichtes ist mir bisher noch nicht zugegangen. Venerlandswert ist auch das Verhalten der Polizei; sie hat, trotz der von mir erstatteten Anzeige, bis heute, nach 8 (acht) Monaten noch gar nichts von sich hören lassen.

Das „Votum“ seines Fahrzeuges wurde gestern Donnerstag einem Automobilist verhängnisvoll. Die Express-Fahrradwerke in der Luisenstr. 37 vernichteten gestern, Donnerstagsmorgen, ein Automobil im Werte von 10 000 W. In derselben Zeit, als sie der Kriminalpolizei von ihrem Verlust Anzeige machten, kam ein junger Mann mit einem weißlackierten Automobil, dem ein Pferd vorgehängt war, nach einer Reparaturwerkstatt in der Nähe des Alexanderplatzes. Er wußte augenscheinlich mit dem Ding nicht recht Bescheid, ließ sich von dem Meister die Handhabung erklären und einigte kleine Schäden ausbessern. Das Fahrzeug war bald in Ordnung. Der junge Mann schied den Kutscher mit dem Pferde nach Hause und bestieg dann mit dem Meister und einem Gefellen das schöne Schloß, um eine Probefahrt zu machen. Zunächst lief es ganz flott. In der Frankfurterstraße aber wurde das Automobil plötzlich wieder bedrig und war nicht mehr von der Stelle zu bringen. Die Bemühungen, es wieder in Gang zu bringen, hatten nun einen großen Menschenauflauf zur Folge. Unter der Menge aber befand sich zufällig auch ein Kriminalbeamter, der von dem Diebstahl schon wußte. Da die Beschreibung genau pökte, so setzte er sich als vierter Mann mit auf das Automobil, wartete so lange bis es wieder ging und ließ es nun nach dem Alexanderplatz lenken. Hier stellte man den Dieb als einen jungen Mann Namens Herbert Reader fest, einen Engländer, der auf der Friedenauer Sternbahn als Schrittmacher beschäftigt war. Reader hatte bei einem Fahrradfall die Gelegenheit ausgenutzt und wollte mit dem Automobil über Hamburg nach London. Er hat Helfershelfer, will sie aber nicht nennen.

Straßensperrung. Die westliche Hälfte des Straßendamms der Warthenerstraße von Mühlenstraße bis obere Rudolfstraße und der Warthenerbrücke von obere Rudolfstraße bis zur Brombergerstraße wird befristet definitiv verpflastert von heute ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt. Der Große Weg von der Charlottenburger Chaussee bis zur Brückens-Allee wird wegen Reibschaltung der Chausseedecke und Einlegung von Vordrücken vom 17. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt; ebenso die Hochstraße von der Wielen bis zur Gerichtstraße ohne Kreuzung, desgleichen die Inselbrücke vom 18. d. Mts. ab und endlich die Grünstraßen-Brücke vom 23. d. Mts. ab.

Verhaftung eines irrtümlich entlassenen Zuchthändlers. In der Französischen Straße wurde gestern vormittag 10 Uhr durch die Kriminalpolizei ein Einbrecher Namens Lehmann verhaftet, der

Bereits fünf Jahre Zuchthaus hinter sich hat und in Untersuchungshaft genommen war wegen eines Verbrechens, das ihm vielleicht noch zehn Jahre Zuchthaus einbringen wird. Während seiner letzten Untersuchungshaft erkrankte er demnach, daß er auf Gerichtsbeschluss der Charité überwiesen wurde. Vor vierzehn Tagen schrieb ihn der ihn behandelnde Arzt gesund und verfügte seine Entlassung, ohne dabei zu beachten, daß Lehmann Untersuchungshaft gefangen war. Anscheinend liegt eine unliebsame Verwechslung mit einem andern Charitékranken vor. Als die Verwechslung erkannt wurde, war der Zuchthäusler nicht mehr zu fassen, weshalb Meldung an die Kriminalpolizei erging. Nun war es dem Inhaber des Schloss-Bräu in der Friedrichstraße aufgefallen, daß sein erst kürzlich engagiertes Dienstmädchen Ida Adernann Umgang mit einem verdächtigen Manne hatte. Das Mädchen hatte Mittwoch Ausgehlag, kam aber erst gestern früh 8 Uhr wieder zurück und forderte einen Krankenschein, da es nicht arbeiten könne. Der Schein wurde ausgestellt, gleichzeitig aber wurde die Kriminalpolizei hiervon benachrichtigt, da man annahm, daß die Adernann sich mit jenem Zuchthäusler treffen werde. Daß dieser mit dem irtümlich entlassenen Lehmann identisch war, bewies die in den Händen der Kriminalpolizei befindliche Photographie. Als nun das Mädchen auf dem Wege zum Krankenhaus an der Ecke Friedrich- und Französischestr. mit seinem Gatten zusammentraf, schritten Kriminalschutzleute ein und nahmen den Zuchthäusler fest. Dieser suchte sich zwar mit dem Messer seiner Angreifer zu erwehren, wurde aber überwältigt. Bei dem Ringen hatte er sich Verwundungen an den Armen zugezogen.

Ein Raubmordversuch

rief gestern, Donnerstag, mittig in der Sellenstraße eine große Aufregung hervor. In dem Hause Nr. 14 wohnt im Obergebäude im ersten Stock die 82 Jahre alte Arbeiterwitwe Albertine Altman mit ihrem Sohne Max und einem andern Arbeiter, der von ihr eine Schlafstelle gemietet hat; mit einer Enkelin, die im vierten Stock wohnt, besorgt die Greisin ihrem Sohne die Wirtschaft. Gestern vormittag um 11 Uhr verließ die Enkelin ihre Großmutter, nachdem sie ihr eine Stunde lang geholfen hatte. Bald darauf klingelte ein junger Mensch, der heruntergekommen aussah, und fragte nach einem Aftersmieter Ritter. Als die Greisin antwortete, daß sie den nicht kenne, drängte er sich durch den Thürspalt hindurch in die aus Küche, Korridor und Stube bestehende Wohnung hinein, schlug die alte Frau, die ihn vergeblich abzuwehren versuchte, auf den Kopf, würgte sie so lange, bis sie aus Mund, Nase und Ohren blutend regungslos in der Küche liegen blieb, und plünderte dann alle Behältnisse. In der Küche fand er 3 Mark 50 Pf., in der Stube kein bares Geld, obwohl er Spindeln, Kommoden und andere Behältnisse vollständig anräumte. In der Meinung, daß die Greisin, die sich nicht rührte, tot sei, ließ er sich Zeit. Nachdem er alles durchsucht hatte, zog er seine abgetragene Kleidung: einen grauen Anzug, eine grünlichgraue Zoppe, ein Paar Jagdstiefel, Strümpfe und Hemd, alles schmutziges Zeug, aus und legte dafür einen grauschwarzen Matengo-Anzug — der Rod mit schwarzem Sammetragen — von Max Altman und die rotbraunen Stiefel und einen Strohhut des Aftersmieters an. Nach der Umkleidung fand er noch ein paar Sparbüchsen, deren unbedeutenden Inhalt er sich auch noch aneignete. Um die hilflose Greisin, die er zu ihrem Glück für tot hielt, kümmerte er sich nicht weiter. Es wurde 12 Uhr, bis die Frau, der man die Würgemale noch deutlich am Hals sieht, so weit wieder zu sich kam, daß sie sich nach dem Korridor schleppen, um Hilfe rufen und die Thür öffnen konnte. Der Thäter war unterdessen verschwunden. Hausgenossen holten nun die Polizei, die den Thatbestand aufnahm und die Verfolgung des Täubers einleitete. In den zurückgelassenen alten Kleidern fand man eine Mundharmonika. Hiernach und nach der Personalbeschreibung ist der Räuber ein mittelgroßer Mann mit braunem Haar und Schnurrbart, der am Mittwochabend vor dem Hause zum Ertrinken der Kinder auf einer Mundharmonika längere Zeit spielte. Frau Altman ist zum Glück nicht schwer verletzt, wenn ihr auch der Schreck bei ihrem hohen Alter geschadet hat. Sie konnte in ärztlicher Behandlung in ihrer Wohnung bleiben.

Ein schwerer Unfall ereignete sich vorgestern in der Telegraphen-Bauanstalt von Lorenz (Elisabethhof). In der genannten Fabrik ist man bestrebt, soweit wie nur möglich die billigeren und auch gefügigeren weibliche Arbeitskraft an Stelle der männlichen zu verwenden. Seit ungefähr acht Tagen war ein achtzehnjähriges Mädchen an der Schraubenschlitzmaschine, die bisher stets von männlichen Arbeitern bedient wurde, beschäftigt. Sie kam mit dem rechten Arm in die Maschine und wurde entsetzlich verstümmelt. Mittels Drohse wurde die Verunglückte sofort dem Krankenhaus am Urban zugeführt. Wie uns mitgeteilt wird, soll dem Manne eine Schwappvorrichtung die Schuld an dem Unglück zuzuschreiben sein.

Der Gefinder Hermann Ganswindt ist gestern, Donnerstag, nachmittags um 4 Uhr, aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Drei entscheidende Gutachten der Sachverständigen waren am Mittwoch mit den Untersuchungsakten der Staatsanwaltschaft eingereicht worden. Die Verhaftung Ganswindts erfolgte gerade gestern vor acht Wochen.

Der Mohrleger Hannaschke. Zu dem Morde, den heute vor acht Tagen der 58 Jahre alte Mohrleger August Hannaschke an der Tilsiterstraße an der Frau Marie Weder in der Tilsiterstr. 10 verübte, wird folgendes mitgeteilt: Hannaschke ist von den Verlegungen, die er sich beim Selbstmordversuch am Hals und an den Händen beibrachte, schon fast ganz wiederhergestellt. Zur Verantwortung wird er kaum gezogen werden können. Der Mann ist seit 18 Jahren verheiratet, die Ehe ist kinderlos. Frau Hannaschke betrieb früher im Norden der Stadt eine Plätterei. Ihr Mann, der damals noch mit ihr zusammenwohnte, war ohne Grund sehr eifersüchtig auf Männer, die in dem Plätteller geschäftlich zu ihm hatten. Eines Abends im Jahre 1889 kam er mit einem Revolver bewaffnet nach Hause und gab zwei Schüsse auf seine Frau ab. Beide Augen gingen fehl. Hannaschke wurde wegen versuchten Mordes in Untersuchungshaft gesetzt, aber nicht verurteilt, da er, nach längerer Beobachtung seines Geisteszustandes, für geisteskrank erklärt wurde. Die Folge war seine Unterbringung in der Irrenanstalt zu Dalldorf. Im Jahre 1896 wurde er als gebessert und nicht gemeingefährlich aus der Anstalt entlassen. Seine Frau nahm ihn nicht wieder auf, da sie an seine Ungefährlichkeit wohl nicht recht glauben machte. Hannaschke arbeitete nun wieder in seinem Beruf und wohnte in Schlafstelle, die er häufig wechselte. Unterhaltung suchte er mit Vorliebe in dem „ersten Berliner großen Witwenverein“. Mit drei Witwen hatte er nacheinander ein Liebesverhältnis, das nach seiner Scheidung zur Ehe führen sollte. Alle drei aber wandten sich von ihm ab, sobald sie seine Vergangenheit erfuhrten, zuletzt Frau Weder, in deren Nachbarschaft in der Tilsiterstr. 13 er die letzte Zeit wohnte.

Selbstmord? Auf dem Weihen See in dem nach ihm genannten Vororte fand man ein umgeschlagenes Boot und Tags darauf nicht weit vom Ufer die sich fest umschlungen haltenden Leichen eines jungen Mannes und eines Mädchens. Ersterer wurde als der 21 jährige Arbeiter Wegner aus Weihensee erkannt.

Eine Straßenbahn-Verbindung zwischen Berlin und Spandau wird jetzt hergestellt werden. Wobler weigerte sich die Igl. Eisenbahn-Direktion, die Geleise der Hamburger und der Lehrter Eisenbahn zwischen Spandau und dem Spandauer Berg von den Schienen einer

Straßenbahn kreuzen zu lassen. Jetzt ist dazu endlich die Genehmigung erteilt worden. Die Spandauer Straßenbahn-Gesellschaft wird nunmehr die Strecke nach dem Spandauer Bod bauen zum Anschluß an die dort endigende Charlottenburger Straßenbahn.

Verstümmelter Gattenmord. Der früher in Rixdorf, jetzt in seiner Vaterstadt Elbing wohnhafte Drechsler Franz Hoffmann lebt seit mehreren Jahren von seiner Ehefrau getrennt. Letztere wohnt für sich in Rixdorf, Anseebest. 46 und hat bisher alle Annäherungsversuche ihres Mannes entschieden zurückgewiesen, weil er ein gewaltthätiger, roher Mensch sein soll, unter dessen brutalen Händlungen die Frau früher schwer zu leiden gehabt. Am letzten Mittwoch traf Hoffmann nun plötzlich per Rad aus Elbing in Rixdorf ein, besuchte die Hermannstraße 102 wohnhafte, mit ihm und seiner Ehefrau befreundete Familie Dehnert und bat Frau D., seine Gattin zu einer wichtigen Unterredung herzubitten. Frau D. kam diesem Wünsche ihres Besuches nach, fand Frau Hoffmann auch bereit, hinzukommen, unter der Bedingung, daß zwei andre Personen, eine Frau Fleischer und der bei Dehnert wohnhafte Schlosser Georg v. Geisler der Unterredung zu ihrem Schutz beizuwohnen dürften. Wohl oder übel war Hoffmann damit einverstanden und so fand Mittwoch gegen Abend im Weisem der genannten Personen die Zusammenkunft beider Eheleute in der Dehnertschen Wohnung statt. H. empfing seine Frau auf das herzlichste und wollte ihr bei der Umarmung ein Stück Zucker in den Mund stecken, doch riß ihm Frau Hoffmann daselbe aus der Hand, weil sie befürchtete, der Zucker könne vergiftet sein, hatte ihr Mann früher doch wiederholt gedroht, sie umbringen zu wollen. H. verlangte nun, daß seine Frau sich mit ihm auslöschen und ihn nach Elbing begleiten solle. Frau D. lehnte dies Ansuchen jedoch entschieden ab, da ihr Mann sie doch bald wieder schreien behandelte würde. Da die Frau auf ihrer Weigerung beharrte, zog H. plötzlich einen Revolver aus der Tasche und legte ihn seiner Frau auf die Brust. Die als Zeugen anwesenden Personen rissen seinen Arm zurück, konnten jedoch nicht hindern, daß H. 3 Schüsse auf seine Frau abferte, die jedoch glücklicherweise nicht trafen. Dagegen traf ein Schuß den Schlosser v. Geisler und verletzte diesen nicht unerheblich. Infolge der Schüsse eilten zahlreiche Hausbewohner herbei, welche über Hoffmann herfielen und ihn festhielten, bis Polizeibeamte erschienen und den Revolverhelden nach der Polizeidirektion brachten.

Zwei Straßenbahn-Unfälle, bei denen Kinder zu Schaden kamen, haben sich am gestrigen Tage ereignet. Gegen 5 Uhr nachmittags spielten in der Swinemünderstraße auf dem Fahrdamm eine größere Zahl von Knaben. Der 13jährige Schüler Reinhold Becker, dessen Eltern Kronaplatz 18 wohnen, lief, von einem Spielkameraden verfolgt, quer über die Straße, ohne darauf zu achten, daß ein Straßenbahnzug der Linie Schöneberg-Vinetaplatz heraufkam. Der Kleine rannte blindlings gegen die Seitenwand des Motorwagens Nr. 1983 und stieß mit dem Kopf so heftig gegen den Wagen, daß er halb-bekannt zuridaumelte. In diesem Moment kam aus entgegengelegter Richtung ein mit Steinen beladener Arbeitswagen; der Knabe fiel gegen den Wagen und wurde niedergerissen. Er erlitt eine Kopfverletzung und Quetschungen und mußte nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden. — Der zweite Unfall ereignete sich am 9. Juni gegen 9 Uhr am Weinbergsweg. Hier spielte der dreijährige Knabe Erich Regis vor dem Hause Nr. 4 und rannte auf den Fahrdamm, als der Anhängel-Straßenbahnwagen 2524, welcher aus dem Betrieb ausgesetzt, von Pferden gezogen nach dem Bahnhof XI fuhr. Das Kind geriet zwischen Pflanze und Wagen und zwar so unglücklich, daß es unter die Vorderplattform liegen blieb. Durch den Sturz auf das Straßenpflaster hatte der Knabe eine Kopfverletzung davongetragen.

Feuerbericht. Mittwochabend gegen 7 Uhr wurde die Wehr nach der Dresdenstr. 76 gerufen. Hier war in einer Postermaterial-Handlung ein Feuer ausgebrochen, das Indiofaleon, den Fußboden und die Schalbede ergriffen hatte. Die Wehr hatte hier längere Zeit zu thun, um die Flammen zu ersticken. Kurz nach 8 Uhr abends hatten in der Hochstädterstr. 23 Lappen etc. in einer Küche Feuer gefangen. Gardinen und Kleidungsstücke gingen gegen 10 Uhr in der Elisabethstr. 28 in Flammen auf, die indes bald erstickt werden konnten. Außerdem hatte die Wehr in der Wischewitzstr. noch Alarmierungen von der Reibstr. 22 und der Voedstr. 39 zu verzeichnen, die jedoch auf geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

Im Sportpark Friedenau treffen am Freitagnachmittag von Paris kommend Tom Weston, Bonhours und E. Taylor ein, die sämtlich an den Dauer-Konturrenzen des zweitägigen Meetings (16./22. Juni) teilgenommen. Wohl ist mit seinen Fährtenmaschinen bereits am Donnerstag angelaufen. Wie am Donnerstag, so findet auch am Samstagabend von nachmittags 4 Uhr an Konzert im Sportpark statt.

Aus den Nachbarorten.

In Zehlendorf spricht Reichstags-Abgeordneter Peus Sonntag-nachmittags Alkenstraße 28 über den Wert der Konsumgenossenschaften. Besonders werden die Frauen auf diese Versammlung aufmerksam gemacht.

Schöneiche, Klein-Schönebeck, Richtenau und Umgegend. Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 2 Uhr, findet in Schöneiche im Saale des Herrn Karl Klafen (Waldschloß) eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen: Aktion! Zeichen zu! Der Junke geht um! 2. Diskussion. 3. Die Bedeutung der politischen Arbeitervereine. 4. Diskussion. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Die Einverleibung von Lichtenberg in Berlin. Die Gemeinde-Vertretung in Lichtenberg hat am Donnerstag in öffentlicher Sitzung einstimmig den Entwurf eines Vertrages mit Berlin über die Vereinigung beider Orte zu einem Gemeinwesen angenommen.

Der § 1 bestimmt, daß die Vereinigung in Kraft tritt mit dem Tage, der in der beschlossenen Kabinettdorder festgesetzt wird. § 2 sagt, daß die beiderseitigen Vermögen zu einem Ganzen verschmolzen werden und die erweiterte Stadtgemeinde Berlin in die privatrechtlichen Verbindlichkeiten und Rechte der Gemeinde Lichtenberg eintritt. Die Verwaltungsgeschäfte der Stadt Berlin übernehmen alle diejenigen Rechte und Pflichten, welche als staatliche Obliegenheiten nach Gesetz oder auf Grund besonderer Rechtsmittel von den Gemeinde-Organen Lichtenberg wahrgenommen wurden. § 3 spricht von der Gleichstellung der beiderseitigen Gemeindeglieder in Rechten und Pflichten, soweit durch diesen Vertrag nicht anderweitige Bestimmungen getroffen sind. § 4 regelt die Versorgung des bisherigen Lichtenberger Gebietes mit Wasser und Gas, wozu in längstens 5 Jahren die bisherigen Lichtenberger Bestimmungen und Preise durch die im erweiterten Stadtbezirk geltenden ersetzt sein müssen. Dasselbe trifft für die Entwässerung zu, auch für den Teil des Lichtenberger Gebietes, der heute noch nicht an die Berliner Kanalisation angeschlossen ist. Der bereits angeschlossene Teil wird mit dem Tage der Einverleibung gleich dem übrigen Berlin behandelt. Im übrigen erhalten die in Berlin bestehenden Ortsstatute, Regulative und Gemeindefestsetzungen einschließlich der Steuerregulative, des Schatzzwanges und der obligatorischen Fleischschau unter Aufhebung der bisherigen Lichtenberger Bestimmungen Stellung. § 5 sieht vor, daß während der ersten fünf Jahre vom Tage der Einverleibung ab die Einkommensteuer um 25 Prozent höher erhoben werden soll, als diese im übrigen Teil von Berlin erhoben wird. Soweit der frühere Lichtenberger Bezirk in Frage kommt, wird festgesetzt: während an Stelle der Grundwertsteuer die Eigentümer bebauter Grundstücke gleich dem übrigen Berlin die Steuer vom Kapitalwert zu entrichten haben, sollen die Besitzer unbebauten Terrains, zu denen auch diejenigen bebauten gerechnet werden, wo die unbebaute Fläche mehr als das Doppelte der bebauten ausmacht oder die Bauflächen, die in Schuppen, Vorhöfen und ähnlichen der einseitigen Benutzung oder vorübergehenden Zwecken dienen, bestehen, einen Steuerfuß von 100 Proz.

des gemeinen Wertes (Grundwertsteuer) entrichten. Die Gemeindevertretung von Lichtenberg soll vor dem Einverleibungstermin aus ihrer Mitte drei Stadtverordnete wählen. Die Beamten der Landgemeinde Lichtenberg, so bestimmt der Schlussparagraf 7, sollen, so weit diese sich der Gemeinde Berlin zur Verfügung stellen, ihren Anstellungen- und Vertragsverhältnissen entsprechend in die Berliner Beamtenchaft eingereiht werden.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung am Mittwoch von den 42 Punkten der Tagesordnung nur 10 erlebte. Infolge dessen muß in der nächsten Woche eine außerordentliche Sitzung stattfinden. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß in der bekannten Klage zwischen Magistrat und Stadtverordneten am 24. d. M. Termin vor dem Bezirksauschuss anberaumt ist. Möglicherweise kommt es nicht zur Durchführung des Prozesses, da zwischen beiden beteiligten Körperschaften Vergleichsverhandlungen schweben.

Eine längere Geschäftsordnungs-Debatte knüpfte sich an die nochmalige Abstimmung über die Vorlage betr. die Beschaffung von Wohnungen für die minderbegüterten Klassen. Der Vorsitzende erklärte, er wolle, um Weiterungen aus dem Wege zu gehen, einfach nochmals abstimmen lassen. Dem trat Genosse Hirsch entgegen, der darauf hinwies, daß es gar nicht darauf ankomme, Weiterungen aus dem Wege zu gehen, sondern die gefälligen Vorarbeiten zu befolgen. In der vorigen Versammlung seien die Bestimmungen der Städte-Ordnung bereits außer acht gelassen, und auch heute geschehe das anscheinend wieder. Der Vorsitzende hätte nach § 42 zur nochmaligen „Beratung“ einladen müssen. Die Socialdemokraten, als Hüter des Rechtes, würden an einer etwaigen Abstimmung, da dieselbe ungeschicklich sei, nicht teilnehmen, sondern sich der Stimme enthalten. Namens der Liberalen schloß sich Dr. v. Liszt dieser Erklärung an. Trotzdem schritt der Vorsitzende zur Abstimmung, deren Resultat die Annahme der Ausschuhträge mit allen abgegebenen Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen war. Die Socialdemokraten und Liberalen gaben ihren abweichenden Standpunkt schriftlich zu Protokoll.

Zur Annahme gelangte ein Antrag des Stadtv. Proke, den Magistrat zu ersuchen, den Betrieb der Kanalisation jenseits der Spree wenn möglich noch vor dem 1. Oktober 1902 zu eröffnen. Eine lebhafteste Diskussion entspann sich über eine Petition der Weisenburgerinnen betr. Errichtung eines Säuglingsheims und eines Waisenhauses. Während der Petitionsauskunft Ueberweisung als Material beantragte, beantragten die Socialdemokraten, die Petition, soweit sie sich auf die Errichtung eines Waisenhauses bezieht, dem Magistrat zur Veranschlagung zu überweisen. Der socialdemokratische Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Die am 14. Februar im vierten Bezirk der dritten Abteilung erfolgte Wahl unfres Parteigenossen Widler beantragte der Ausschuss für ungültig zu erklären, weil der Gewählte angeblich weder Hausbesitzer, noch dauernder Nießbraucher eines Hauses, sondern nur zehn Jahre lang Nießbraucher sei, was im Gegensatz zu dem Referenten Stadtv. Gleim, der der Meinung Ausdruck gab, daß die Städte-Ordnung einen Nießbrauch auf Zeit nicht kenne, wies Gen. Hirsch nach, daß bereits im Allgemeinen Landrecht von einem Nießbrauch auf Zeit die Rede sei. Der Referent bestand demnach auf seinem Irrtum in diesem Punkte ein, hielt aber sein weiteres Bedenken, daß der Vertrag zwischen Widler und seiner Ehefrau nicht der Form, aber dem Effekt nach ein antizipatorischer Kaufvertrag sei, aufrecht, obwohl Genosse Hirsch an der Hand von Reichsgerichtspräsidenten darauf aufmerksam machte, daß, wenn in einem Gesetz eine bestimmte Rechtsform vorgeschrieben ist, gar nicht noch dem wirtschaftlichen Zweck, sondern nur danach zu fragen ist, ob die in der Rechtsform vorgeschriebenen Bedingungen innegehalten sind. Das sei aber hier der Fall. Der Anschauung unseres Redners traten fast alle Juristen der Versammlung bei, so Prof. v. Liszt, Justizrat Rosenberger und Rechtsanwält Holzh. Auch der Stadtsyndikus griff in die Debatte ein, um zwei Bedenken geltend zu machen, aber doch zu erklären, daß seiner Meinung nach keine so schweren Rechtsverletzungen vorliegen, daß der Magistrat einen etwaigen Beschluß der Versammlung auf Gültigkeitserklärung brandstücken würde. Besondere Beachtung verdient die Rede des Stadtv. Dr. von Liszt, der es als bedenklich bezeichnete, über den Wortlaut des Gesetzes hinweg hinter den Motiven etwas zu suchen, an das der Gesetzgeber selbst nicht gedacht habe. Man müsse über den Parteien stehen und auf den klaren Wortlaut des Gesetzes achten. War die Debatte bis dahin sachlich verlaufen, so nahm sie einen rein persönlichen Charakter an, als Stadtv. Duka sich einzumischen für nötig hielt. Dieser Herr begnügte sich nicht damit, die Wahl Widlers für ungültig zu erklären, er hatte sogar im Ausschuss beantragt, den, der die zweitmeisten Stimmen hatte, einer seiner engeren Parteifreunde, als gewählt erklären zu lassen. Genosse Hirsch gab ihm zu verstehen, wie man über ein derartiges Mandat denkt, er zog sich dafür eine Klage, und als er noch deutlicher wurde, und Herrn Duka Mangel an Objektivität vorwarf, einen Ordnungsruf zu. Die Wahl wurde schließlich in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 18 Stimmen für ungültig erklärt.

Dagegen erklärte die Versammlung die Wahl des Maurermeisters Mittag (8. Bezirk der 2. Abteilung) für gültig. Hieraus wurde die Versammlung, die inzwischen beschlußunfähig geworden war, geschlossen.

Der Erlaß des Ministers v. Hammerstein, wonach Frauen in einem besonderen Segment an den Versammlungen politischer Vereine teilnehmen dürfen, scheint in Weihensee noch nicht bekannt zu sein. Eine Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins, welche dieser Tage daselbst abgehalten werden sollte, wurde polizeilich aufgelöst, obgleich den anwesenden Frauen ein besonders abgegrenzter Raum angewiesen war. Gegen die Auflösung ist Beschwerde erhoben. Der Beschwerdeführer giebt sich der Hoffnung hin, daß die den Frauen günstige Polizeiprogis auch in Weihensee Eingang finden wird.

Eine Auffehen erregende Diebstahlsaffaire hat sich in Spandau zugetragen. In dem Vorratskeller eines Gastwirts, Neundorferstraße, waren seit einiger Zeit Diebstähle vorgekommen; um den Spigebuden auf der That zu ertappen, brachte man in aller Stille einen elektrischen Alarmapparat an, der in Tätigkeit treten mußte, sobald ein Fremder sich im Keller zu schaffen machte. Während sich vorgestern Abend die Wirtseute und mehrere Gäste, darunter auch der Hauseigentümer, in dem Schankraum befanden, ertönte der Alarmapparat; man eilte schnell in den Keller, und fand hier, in einer Ecke angestrichelt zusammengelagert, den 65jährigen Lagerbeamten Schöne vom königlichen Velleidungsamt des III. Armeekorps vor. Dieser war also der längst gesuchte Dieb. Mit dem Gastwirt, bei dem er viel verkehrte, und auch mit dem Hauseigentümer selbst war er seit langem eng befreundet gewesen. Der Dieb wurde der Polizei übergeben, die bei ihm eine Hausdurchsuchung vornahm. Dabei wurde die überraschende Entdeckung gemacht, daß er sich auch an den Lagerbeständen des Velleidungsamtes vergiffen hatte. Es wurden viele dort gestohlene Gegenstände vorgefunden. Schöne ist in Untersuchungshaft behalten worden. Er ist ein verheirateter Mann und Vater von erwachsenen Kindern; hünen lutzem sollte er mit Pension in den Ruhestand treten.

Der socialdemokratische Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Calan-Ludau tagt Samstagabend, den 14. d. M., abends 8 Uhr, im Lokale von Karl Schulze, Dieffenbachstraße 54. — Gäste willkommen!

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (Sitzung Berlin 7). Sonntag, den 15. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Hofmann, Paleowallstraße 3: Mitgliederversammlung. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung, Russenrat, Neuwahl der Ortsverwaltung.

Weiter-Prognose für Freitag, den 13. Juni 1902. Bietlich weiter bei mäßigen südlichen Winden, weiterer Erwärmung und etwas Regen zu erwarten. Berliner Wetterbureau.